

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3.30 Mark pro Quartal.
 Eingetrogen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.
 Korrespondenz: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 17. Juli 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Der Untergang der Fremden.

Obwohl noch keine Nachricht, die als unbedingt authentisch gelten könnte, über den Untergang der Fremden vorliegt, so scheint doch die Thatsache selbst kaum noch zweifelhaft, daß zwischen dem 6. und 7. Juli die Opfer der europäischen Weltpolitik verblutet sind. Wenn die englischen Sensationsblätter jetzt wieder die greulichsten Einzelheiten melden, die schon zu berichten wußten, als sich die Katastrophe noch gar nicht vollzogen hatte, so muß diese gewissenlose Befriedigung der Sensationslust Mitleid erregen; aber freilich, bei dem tiefen Verfall der bürgerlichen Presse, die nur Geschäft und ein sehr schmutziges Geschäft ist, ist solch Thun nicht verwunderlich; für diese Sorte Zeitung hat ein Lustmord in der Nachbarschaft den gleichen Reizwert wie die Tragödie in Peking, eine Tragödie, die in furchtbarer Folgerichtigkeit langjährige schlimme Schuld in Blut erlöschen läßt.

Zunächst: der Krieg kennt keine Menschlichkeit, und so mag denn in der Tobsucht des Fanatismus des Entschlichen genug geschehen sein. Besehlagin, der russische Mäler, hat uns in seinen Darstellungen russischer Kriegsgreuel die Dokumente der Vertierung in Farben gestaltet — doch wir vergessen, daß Rußland ja jetzt in erster Linie an dem Feldzug der Civilisation gegen China beteiligt ist.

In der bürgerlichen Presse aber beginnt abermals ein geiferndes Toben. Die Bestialitäten, die von den Chinesen verübt worden, sollen durch verzeugschachte Bestialitäten der civilisierten Mächte gesühnt werden. Wenn aber den Chinesen seit Wochen eine Rache angedroht wird, wie sie die Menschheit niemals gesehen, so haben allerdings — und das ist das Gefährliche solcher Preshäuerungen — die Chinesen gar nichts mehr zu verlieren und es kann sich für sie nur darum handeln, der Rache ihrerseits zuvorzukommen, zu versuchen, durch die Errichtung einer furchtbaren Schreckensherrschaft die Mächte einzuschüchtern.

Wieder erinnert man sich auch jählich des Völkerrechts und schäumt ob seiner freveln Verletzung. An das Völkerrecht hätte man in den Tagen von Kiautschou denken sollen. Wenn man einmal auf den Grundlag schwört, daß Gewalt vor Recht geht, wenn man die ganze Weltgeschichte in das Problem zusammenbringt, wer die meisten und am besten gezielten Blintenugeln besitzt — der Kassenlampf und Dasein! — der habe wenigstens den Mut des Bekenntnisses und verzichte auf die heuchlerische Eiterung des Völkerrechts. Wo ist das Völkerrecht, das den Voeren hilft, sich gegen die Bedrückung durch eine militärische Uebermacht zu behaupten? Nein, auf das Völkerrecht beruft man sich eben nur dann, wenn man am eignen Leibe einmal die Folgen der Lehre spürt, daß Gewalt vor Recht geht. Und warum findet man die Einschüchterung Bedrückter besonders abscheulich, wo es doch als höchste europäische Staatsweisheit gilt, daß man ein Volk gerade dann und deshalb überfallen müsse, weil es militärisch wehrlos ist oder doch für militärisch wehrlos gehalten wird. Der Starke hat Recht — das ist der oberste Grundlag der Weltpolitik; nun, einstweilen fählen sich die Chinesen als die Stärkeren. Worüber entrüstet man sich also? Nur die Socialdemokratie hat das moralische Recht, kraft ihrer humanen Weltanschauung die Grausamkeiten des Kriegs zu verurteilen.

Wir ersparen es uns, noch einmal die eberne Verleumdung von Ursache und Wirkung darzulegen, die zu dem jetzigen Zusammenbruch führen mußte. Aber eins sei noch in aller Schärfe hervorgehoben. Die Toten von Peking sind nicht nur die Opfer der vorangegangenen Weltpolitik, ihr Blut fließt gegen die jetzige Aktion der Mächte. Die militärische Eitelkeit der Militärstaaten hat es nicht zugelassen, daß Japan rechtzeitig zum Schutz der Fremden eingriff; hier liegt die Schuld an dem elenden Untergang der in Peking Eingeschlossenen. Ein Rästel ist es ferner, daß die 20 000 Mann, die in Tientsin lagen, nicht die Entschlossenheit besäßen, unter allen Umständen nach Peking vorzudringen. Das war ihre Aufgabe, mochten sich noch so viele Schwierigkeiten entgegen stellen. Auch dieser Verzicht auf die Stellung der Fremden läßt sich nur aus der Uneinigkeit der Mächte erklären.

So ist die Peking-Katastrophe in jeder Hinsicht durch die Schuld der Weltpolitik verursacht — ein blutiges Wahrzeichen wider das System des auf Raub ziehenden internationalen Kapitalismus.

Die Katastrophe in Peking.

Eine amtliche Depesche des Gouverneurs von Schantung besagt:

Die Geschühe der Chinesen legten eine Verstecke in die Mauern der Gesandtschaften. Nach heroischer Verteidigung und nachdem die Munition erschöpft war, wurden alle Ausländer getötet.

Ähnliche Meldungen — sie kommen sämtlich über Shanghai — bestätigen, im einzelnen abweichend, die Katastrophe.

Dem „Daily Mail“ wird aus Shanghai vom Sonntag gemeldet:

Die Verteidiger der britischen Gesandtschaft machten während der Belagerung Tag und Nacht häufige Ausfälle. Der erste Versuch, die Gesandtschaft, nachdem Verstecke gelegt war, zu stürmen, wurde unter schwerem Verlust zurückgeschlagen. Der zweite Versuch gemacht wurde, erschienen Prinz Tsching und General Wang-wengtschao auf dem Kampfsplatz und griffen Tuans Truppen an, wurden aber schließlich ausmünder gesprengt. Wang-wengtschao wurde getötet, Prinz Tsching wird vermißt. Während der Nacht wurden mehrere andre Angriffe abgewiesen und die Angreifer zogen sich zurück, als gegen fünf Uhr morgens General Tung mit einer starken Abtheilung Kangju-Truppen von Tientsin her eintraf. Als die Sonne aufging, war die Munition der Verteidiger erschöpft. Die noch Ueberlebenden erwarteten dicht anein-

ander gedrängt den Ansturm der überwältigenden Massen und starben so.

Der „New York World“ wird aus Shanghai gemeldet: Der Telegraphendirektor Scheng ließ den Konsuln eine Benachrichtigung zukommen, in welcher er ihnen mitteilt, daß die Fremden in Peking getötet worden seien. Er tabelt den freundschaftlichen General Tung und sagt hinzu, daß dieser General über den Widerstand, den die britische Gesandtschaft leistete, so entrißet war, daß er den Befehl gab, sie mit schweren Geschühen zu beschießen, so daß sie in Flammen aufging und die Fremden infolge dessen ihren Tod fanden.

Wie der phantastische „Daily Express“ sich den Hergang vorstellt, ist aus dem folgenden — in allen Einzelheiten offenbar erfundenen — Sensationsbericht zu ersehen. Das romanhafte Blatt erzählt:

„Sheng, der Zootoi von Shanghai, verlangte Audienz bei dem gefanten Konsularkorps und benachrichtigte es anscheinend mit tiefer Bewegung, daß gegen den 30. Juni gregorianischer Zeitrechnung sämtliche Ausländer in der britischen Gesandtschaft ermordet worden sind. Er hätte, sagte er, diese Nachricht vom Gouverneur von Schantung Huanhsitai empfangen, der meldete, daß die fremden Gesandten und Legationswachen, die mit Frauen und Kindern Hungerqualen litten, da sie seit vielen Tagen ohne Lebensmittel waren, beschloffen, in der Nacht zum 30. Juni einen Ausfall zu machen. Der Angriff erfolgte unerwartet. 200 chinesische Truppen wurden von den Legationswachen getötet. Tung-fuh-siangs Truppen, die die Thore der Gesandtschaft besetzt hielten, wie die Boger, versuchten alldem die Gesandtschaften zu stürmen, stießen aber auf verzeugschelten Widerstand und zogen sich zurück.“

Während gemacht durch diesen Widerstand und die Verluste seiner Truppen, ließ General Tung schwere Geschühe auffahren und die Gesandtschaft beschießen, bis sie zerstört war und in Flammen stand, alle Fremden, die nicht durch Kanonenfeuer oder durch Lungstruppen oder die Boger getötet wurden, lanen in den Flammen um. Tuan hatte die Gesandtschaften umringen und die Lebensmittel-Zufuhr abschneiden lassen, in der Annahme, daß die Gesandten, um ihr Leben wie das der Frauen und der Kinder zu retten, sich bedingungslos ergeben würden, und er dann in der Lage sein würde, mit den Mächten Unterhandlungen wegen der Freilassung der Takufort anzuknüpfen. Tuan vermochte nicht zu verstehen, wie die Fremden so lange standhalten konnten, und entdeckte schließlich durch Wachen, daß Prinz Tsching sie mit Lebensmitteln und Munition versah. Auf seinen Befehl wurde auf Tschings Wachenstruppen gefeuert. Diese wurden mit großem Verlust zurückgetrieben. Das Schicksal Tschings ist unbekannt, er soll entweder getötet oder schwer verwundet sein. Der Angriff auf die Gesandtschaft wurde nach den ersten sechs oder sieben Tagen stets bei Einbruch der Nacht eingestellt und die Fremden, die von Tsching mit Munition für ihre Gewehre aber nicht für die Maschinengewehre versehen wurden, glaubten, sie könnten die Soldaten an den Thoren nachts erfolgreich überrumpeln und sich durchschlagen.

Der Ausfall wurde am frühen Morgen des 1. Juli gemacht. Alle Fremden nahmen daran Teil. Die Frauen und Kinder befanden sich in der Mitte eines von den Truppen gebildeten Vierecks. Alle Fremden waren mit Revolvern bewaffnet. Viele Boger wurden getötet, weil sie den Angriff nicht erwarteten und die meisten zur Zeit schliefen. Die Boger geberdeten sich, wie wilde Bestien, als sie merkten, daß die Fremden sie angriffen. Tung ließ die schweren Geschühe gegen die Fremden spielen und andre Kanonen gegen die schwächsten Stellen der Mauern der Gesandtschaft wenden und Dreschen in diese zu schleichen.

Die Fremden, sagt der Läufer, der die Nachricht überbrachte, wurden ebenfalls toll und töteten alle ihre Frauen und Kinder mit ihren Revolvern, anstatt auf die Boger zu feuern. Als die schweren Kanonen geladen waren, wurden sie alle gleichzeitig abgefeuert. Die Fremden wurden wiedergemacht wie Gras, die Boger stürzten sich auf die Gefangenen und zerschlugen Lebendige wie Leichen. Viele Ausländer liefen, als die Kanonen abgefeuert wurden, ins Gebäude zurück, in der Hoffnung, dem Gemeyel zu entgehen, die Boger verfolgten sie. Die Fremden waren nahe dem Gebäude, als die Kanonen näher gebracht und dieses zerstört und in Brand geschossen wurde. Verfolgte wie Verfolger verbrannten in der Legation. Die Boger, sagt der Läufer, waren wie Dämonen. Als es keine Ausländer mehr zu töten gab, vertünmeln sie die unherliegenden Leichen, dann griffen sie die Quartiere der eingeborenen Christen an und megelten alle nieder, die sich ihnen nicht anschließen wollten. Sie vergewaltigten die Frauen und töteten kleine Kinder mit dem Gewehrfolien. In den Straßen der Tartarenstadt floß das Blut in Strömen.“

Auf die Katastrophe bereiten die folgenden Meldungen vor:

Der belgische Minister des Auswärtigen empfing von der belgischen Vertretung in Shanghai folgendes vom 14. Juli datiertes Telegramm: Der Telegraphendirektor Scheng hat ein Telegramm des Gouverneurs von Schantung vom 7. Juli übermittel, welches besagt, die europäischen Truppen, welche die Gesandtschaften vertheidigten, hätten einen Ausfall gemacht und 200 Soldaten des Generals Tung getötet. Die Boger hätten die Gesandtschaften nicht erschützen können und zwei Kanonen aufgeföhren, um eine Verstecke zu schleichen, die Lage sei sehr kritisch. In der Depesche der belgischen Vertretung wird hinzugefügt, Scheng halte die Lage für gefährlich.

Das „Niederische Bureau“ meldet aus Shanghai vom 13. Juli: Von amtlicher Seite wird mitgeteilt, daß der Gouverneur von Schantung unter dem gestrigen Tage herber telegraphiert habe, die chinesischen Soldaten und die Boger hätten gemeinsame Sache gemacht und die Gesandtschaften einige Stunden lang angegriffen. Es sei ihnen aber bisher nicht gelungen, in dieselben einzudringen. Sie beschloffen die Gesandtschaften jetzt mit schweren Geschühen, um eine Verstecke für den letzten entscheidenden Angriff zu legen. Der Gouverneur fürchte, daß alle Gesandten ebenso wie die chinesische Regierung selbst in großer Gefahr schweben. Die Regierung sei von der größten Besorgnis erfüllt.

Was nun?

Die bürgerlichen Blätter hoffen nun, nachdem es zu spät ist, auf ein einiges Vorgehen der Mächte. Man beargwöhnt nicht voraus! In solchem Vorgehen wäre doch weit mehr Anlaß gewesen, als es noch etwas zu retten gab. Jetzt bliebe doch wirklich nur noch ein Feldzug zweckloser Rache übrig; vorher hätte man eine Aktion der Rettung ausführen können. Wenn man nicht einig werden konnte, als es galt, Menschen zu retten, so ist nicht einzusehen, warum man es jetzt werden sollte, wo man nur noch in der Luft, Menschenleben zu vernichten. Ist diese Aufgabe wirklich das edlere und höhere Ziel, um dessentwillen nun plötzlich alle Hindernisse beiseite gesetzt werden? Wenn man die Auslassungen der Zeitungen liest, muß man allerdings glauben, daß die Bourgeoisie solcher Logik hulldigt, daß am Retten nichts liege, sondern nur am Rächen.

Eine merkwürdige Juridichaltung, die zeigt, wie gefährlich das chinesische Rästel den besonnenen Konservativen scheint, beobachtet die „Kreuz-Zeitung“. Sie schreibt:

„So scheinlich und verbrecherisch, grausam und heimtückisch die Greuelthaten in Peking sind, so wird die europäische Diplomatie doch lang daran thun, die ganze Nordgeschichte auch weiterhin als ein Sivilverbrechen anzusehen, für das man das chinesische Reich als Ganzes kann verantwortlich machen kann. Hat in der That auch die chinesische Regierung es an Heuchelei und Falschheit nicht fehlen lassen, so mangelt doch der Maßstab dafür, inwieweit dieses auf den schließlichen Mord Einfluß gehabt hat; jedenfalls behalten die Verbündeten freie Hand, wenn sie den oben angeedeuteten, auch vom Grafen v. Helldorf offenbar eingenommenen Standpunkt festhalten; das wiederholt betonte, wenn auch vergebliche Eingreifen des Prinzen Tsching zu Gunsten der Fremden giebt für diese Auffassung auch eine reelle Grundlage.“

Kühler kann man die Sachlage nicht beurteilen. Allerdings sind die Konservativen niemals Freunde der Weltpolitik gewesen.

Wie die chinesische Diplomatie die Dinge ansieht, zeigt eine Aeußerung des chinesischen Gesandten in Tokio. Dieser hat dem japanischen Minister einen Besuch abgestattet und ihm eine Depesche mitgeteilt, welche, wie er sagte, die erste sei, die ihm seit Beginn der Unruhen aus Peking zugegangen sei. Diese Depesche besagt, die Ermordung des deutschen Gesandten und anderer Ausländer sei die Folge der Ereignisse in Tsaku und der Entsendung der Expedition Schemours gewesen. Die Regierung thue jetzt, was in ihren Kräften stehe, um die Fremden in Peking zu räumen.

Die Kämpfe in Tientsin.

Die Nachrichten lassen erkennen, daß die Kämpfe in Tientsin täglich stattfinden. Die Truppen der Mächte kämpfen mit wechselndem Erfolg. Ihre Lage scheint noch wie vor sehr gefährdet.

Wir stellen die Meldungen chronologisch zusammen.

6.—8. Juli. Depesche aus Tientsin über Tschifu vom 10. Juli:

Die Zahl der Chinesen wächst beständig, ebenso nimmt ihre Beweglichkeit zu; sie schließen die Stadt täglich enger ein. Durch ihr Feuer sind schon viele Gebäude in Trümmer gelegt, darunter ein Gasbehälter. Nachdem die Engländer und Amerikaner in der Nacht vom 6. auf den 7. ohne Erfolg den Versuch gemacht hatten, ein Geschüß der Chinesen zu nehmen, machten letztere einen heftigen Angriff auf die Fremdenniederlassung, wurden jedoch von den Japanern zurückgeworfen. Am 7. wurde das Bombardement auf Seiten der Chinesen von mehreren neuen Winden aus wieder aufgenommen. Eine Granate fiel in das Lager der britischen Marine-Mannschaften und tödtete und verwundete je zwei Mann. Das Artilleriegefecht dauerte am 8. noch fort, als die Depeschen abgingen.

9. Juli. Amtliche Depesche des Admirals Schemour aus Tientsin vom 9. Juli:

Die Stellung des Feindes südwestlich der Fremden-Niederlassung wurde heute früh 4 Uhr von uns angegriffen. Die Japaner vertrieben den Feind durch einen Plausenangriff und seiner Stellung und eroberten vier Geschühe. Die Kavallerie verfolgte den Feind und verbollständigte seine Niederlage, indem sie eine große Anzahl von Soldaten und Bogern tötete. Die verbündeten Truppen bombardierten sodann das westliche Arsenal und nahmen dasselbe, wobei sie noch zwei Kanonen erbeuteten. Da sie dasselbe nicht bezeugt halten können, wurde es niedergebrannt. Der Verlust des Feindes beträgt an Toten 350 Mann. Die Verbündeten hatten nur geringe Verluste.

Eine spätere Meldung berichtet über denselben Tag:

Die Chinesen unterhielten ein furchtbares Bombardement, welches sich namentlich gegen die Baracken der Verbündeten und das Hauptquartier richtete. Eine Granate fiel in eine britische Baracke, tötete einen Mann und verwundete zwei. In der vorangegangenen Nacht wiesen die Japaner einen neuen heftigen Infanterieangriff auf den nordwestlichen Teil der Fremden-Niederlassung zurück. Britische und anglojapanische Artillerie, Infanterie und Seebatalion mit deutscher und japanischer Infanterie und Kavallerie und einer Abteilung japanischer reitender Artillerie, insgesamt 2000 Mann, gingen erst nach Südwesten vor, schwenkten dann nach Norden und zerpöngten den Feind vollständig, obwohl derselbe zweimal heftigen Widerstand zu leisten versuchte. Die japanische, anglojapanische und britische Artillerie beschöß sodann das West-Arsenal, welches von den Japanern erkümt, später aber wieder aufgegeben wurde. 400 Chinesen wurden getötet und sechs Geschühe erbeutet. Die japanische Kavallerie und Artillerie leisteten hervorragende Dienste. Am Nachmittage begannen die Chinesen wieder von der Chinesenstadt aus die Fremdenniederlassung zu beschießen. Ein Schuß traf die Baracken der englischen Seebatalion. Dabei wurden zwei Mann getötet.

Depesche des Generals Dorward aus Tientsin vom 10. d. Mts. datiert und in Tschifu am 13. Juli eingetroffen: Gestern früh 8 Uhr griff eine Abtheilung von 1000 Japanern unter dem Befehl des Generals Fukushima, von 650 Mann britischer Infanterie, 400 britischen Marine-Soldaten, 100 Amerikaner und 400 Russen unter dem Kommando des Generals Dorward die feindlichen Stellungen im Südwesten der Stadt an. Derselben wurden rasch gewonnen, wobei der Feind an Toten 350 Mann verlor und vier kleine Geschühe einbüßte. Sodann griffen die verbündeten Truppen das

In einem Brief, den Salunin am 8. Dezember 1860 an Herzog von Salaparuta richtete (M. Salunin's social-politische Briefwechsel. Herausgegeben von Dragomanov. Stuttgart 1866. Colta.), findet sich folgende, heute doppelt interessante Stelle:

... Aus den Zeitungen werdet ihr den von ihm abgeschlossenen Vertrag erfahren, aber was ihr nicht erfahren werdet, das ist die beispiellose Barbarei der englischen, besonders aber der französischen Heere in China. Die ersten begünstigten sich meistens mit Raub, sie besahen vorzüglich aus Siphais, die letzteren jedoch, echte Franzosen, notzuchtigsten Frauen und erlöschten oder töteten sie darauf und schulten ihnen die Weine ab. Daraus zog die russische Scharfsichtigkeit und die russische Disciplin Nutzen: an der Spitze von 19 Kosaken erschien Ignatiev als Retter Chinas, und jetzt haben wir bereits festen Fuß am Stillen Ocean gefaßt.

Jetzt ist allerdings an der Verbreitung europäischer Kultur die ganze Welt beteiligt.

Unfreiwillige Freiwillige.

Von verschiedenen Seiten gehen uns Meldungen zu, daß wo Freiwillige für China sich nicht meldeten, solche einfach ausgelost wurden. Die Kriegsverwaltung sollte sich über diese Frage, die geeignet ist, große Unruhe in der Bevölkerung hervorzurufen, schleunigst äußern.

Unser Vortier Partei-Organ berichtet: Im vorigen Donnerstag oder Freitag wurden die im April eingestellten Einjährig-Freiwilligen und Vierjährig-Freiwilligen des Maschinenpersonals, die auf den Halls einquartiert sind, zusammengetrommelt und von den ihnen vorgesetzten Maschinen-Ingenieuren gefragt, wer von ihnen freiwillig nach China wolle; sie mühten aber ein halbes Jahr kapitulieren. Von den etwa 70 Mann meldeten sich alle bis auf 17. Bald darauf sollte sich heraus, daß ein halbes Jahr nicht kapituliert werden könne, es müßte mindestens ein Jahr sein. Kam, da sie einmal ja gesagt hatten, bitten sie auch in diesen saueren Apfel. Die 17 Unlustigen mühten am andern Tage vor dem Kapitänleutnant v. Oriola aufzutreten, der sie ob ihres Mangels an Vaterlandsliebe und Mut heruntermachte. Der Erfolg war, daß auch die reuigenen 17 sich nun „freiwillig“ nach China meldeten und kapitulierten.

Sie belamen eben noch so viel Zeit, um diesen heroischen „eigenen Entschluß“ ihren Eltern zu melden. Dann wurden sie nach Kiel dirigiert. Dann kamen die Vierjährigen daran. Von diesen weigerten sich nur fünf, freiwillig nach China zu gehen. Den Fünften wurde Bedenkzeit gelassen, nach deren Ablauf sie erklärten, sie wollten wohl freiwillig nach China gehen, aber nur für die Dauer des Krieges. Diese Bedingung steht nicht in den Instruktionbüchern der Marine. Doch bis der Zwischenfall erledigt, kam Befehl, der jüngste Jahrgang solle nicht nach China, sondern ein älterer. Der schwierigste Fall war ohne Entscheidung erledigt. Die Vierjährigen konnten hier bleiben und die Einjährigen werden wohl wieder zur Freude der Bahnverwaltung von Kiel nach Wilhelmshaven transportiert werden sein.

In der Augsburg. „Volksztg.“ lesen wir: Ein Soldat des 3. Infanterie-Regiments, der in den nächsten Tagen mit andern nach China eingeschifft werden soll, hat jetzt vorkauf zu thun, von seinen Angehörigen, Freunden und Bekannten Abschied zu nehmen, konnte dabei jedoch nicht die Gefühlsäußerung unterdrücken, daß er nur sehr ungern nach China gehe. Auf den Einwurf, daß er sich dann nicht hätte melden sollen, erwiderte er, er habe sich gar nicht freiwillig gemeldet.

Rechtliche Verträge gehen auch uns zu. Gibt es denn thatsächlich nicht die genügende Anzahl wirklich Freiwilliger?

Hungerlöhne.

Der langwierige Prozeß gegen die früheren Direktoren und Aufsichtsräte der Stettiner National-Hypotheken-Aktiengesellschaft hat mit einem auffallend milden Urteil gegen die Angeklagten geschlossen. Bezeichnend waren einige Äußerungen in den Plaidoyers der Verteidiger, von denen wir für eine größere Öffentlichkeit wenigstens eine zitieren möchten, um den stets unzufriedenen Arbeitern zu zeigen, wie unberechtigt ihr Streben nach höheren Löhnen und besserer Lebenshaltung ist. Der Rechtsanwalt Dr. Delbrück-Stettin, der den Angeklagten Hülfsadel zu verteidigen hatte, machte im Hinblick auf seinen Klienten, der nur 10-11 000 M. jährliches Gehalt bezog, folgende klassische Feststellung: „Aber so viel steht doch fest, wenn ein alter Hypothekendarsteller ein jährliches Gehalt und eine Tantieme von 10-11 000 M. bezieht, dann kann das nur als Hungerlohn bezeichnet werden.“

Was doch den Herren der Bauwelt der Kamm geschwollen sein muß, daß für sie ein auskömmliches Gehalt bei mehr als 11 000 M. jährlich beginnt. Wenn ein Einkommen von 10 000 und 11 000 M. nicht genügen kann, um auskömmlich und reichlich zu leben, was müssen die Millionen deutscher Arbeiter, die jährlich noch nicht den zehnten Teil dieses Hungerlohns verdienen, denken, wenn sie lesen, daß für einen Banddirektor 10-11 000 M. einen Hungerlohn bedeute. Wie groß müssen danach erst die Gehaltsätze anderer Banddirektoren sein! Wichtig ist ja, daß im Bankfach Gehälter bezahlt werden, die in keinem Verhältnis zu den individuellen und durchschnittlichen Leistungen der Betreffenden stehen, die das Einkommen der höchsten Reichs- und Staatsbeamten um das Doppelte, ja bis zum Vierfachen übersteigen. In dieser Beziehung mag ja denn ein Einkommen von 10-11 000 M. noch als gering erscheinen.

Wenn die Arbeiter selbst beschriebene Lohnforderungen stellen, wenn sie dafür in den Streik treten, so werden sie in der Presse der Kapitalisten und des Unternehmertums und ihrer Unerschlichkeit, ihrer Ungenügsamkeit und wie die Schlagworte sonst alle lauten, eifrig geschmäht. Und dabei handelt es sich fast ausschließlich um ganz geringe Zuschläge zu Löhnen, die weit unter 1000 M. im Jahre betragen! Was werden diese geschmähten Arbeiter nun sagen, wenn die nämliche Presse widerstandslos berichtet, daß im andern Lager ein Einkommen von 10-11 000 M. als Hungerlohn bezeichnet werden kann und darf?

In Sachen hat eben das Landgericht Freiberg entschieden, daß den streikenden sächsischen Bergleuten, die seiner Zeit gemahregelt wurden, ihre vor der Entlassung eingezahlten Beiträge nicht herausgezahlt seien; damit ist den sächsischen Bergarbeitern ihr Recht auf eine Versicherung ihrer Lebenslage eventuell durch den Streik hinweggenommen, thatsächlich genommen oder doch so beeinträchtigt, daß sie sich in Zukunft sehr überlegen werden, ob sie ihren kaum 1000 M. betragenden Jahreslohn durch eine Lohnforderung aufbessern wollen. Was werden diese Arbeiter, denen ihre sauer verdienten Pfennige in einem Rechtsstreit von Rechtswegen aberkannt werden können, dazu sagen, wenn sie die kapitalistische Feststellung eines Rechtsanwalts vor einem deutschen Gericht vernehmen: 10-11 000 M. ist ein Hungerlohn, für das eine brauchbare Kraft im kapitalistischen Betriebe nicht existieren kann.

Koloniale Kämpfe. Nach Meldungen aus Kamerun befreit es sich, daß Hauptmann v. Vetter am 7. Juni ein glückliches Gefecht gegen die Eloi bestritten hat. v. Vetter ist am rechten Arm und an der linken Hand verwundet worden, doch scheinen seine Verletzungen nicht ernster Natur zu sein.

Vom Fremdenhate. Wir gaben neulich „Stimmen des Volks“ über den chinesischen Krieg wieder. Darin wurde u. a. die Äußerung mitgeteilt: „Die Chinesen haben doch kein Unrecht; sie werfen einfach die Fremden, die sich bei ihnen nicht als Gäste benehmen, hinaus.“ Dazu fragt uns die „Kreuz-Zeitung“:

West-Arsenal an, das nach kurzer Beschießung von Amerikanern und Japanern erstickt wurde. Das ganze Gelände westlich des Arsenal's war von den Chinesen unter Wasser gesetzt, ein weiteres Vordringen in dieser Richtung war somit unmöglich. Der Zweck des Vorstoßes, der darin bestand hatte, die feindlichen Geschütze zu beschießen und den Feind mehr in westliche Richtung zu drängen, war vollkommen erreicht. Die Ehre des Tages hatten die Japaner und Amerikaner. Während dieser Vorgänge wurden die britische und die französische Niederlassung von den im Nordosten stehenden chinesischen Batterien heftig mit Granaten beschossen. Die Engländer hatten keine Verluste, die Russen und Amerikaner gar keine.

10. 11. Juli. Der Chef des deutschen Kreuzergeschwaders meldet telegraphisch ab Taku, den 12. d.:

Während der Nacht auf den 11. haben die Chinesen das Ostarsenal von Tientsin beschossen, sie wurden zurückgewiesen. Gleichzeitig haben die Japaner einen Teil der Chinesenstadt besetzt.

Das folgende ist ein Bild der militärischen Lage in Tientsin: Die Russen halten das Ostarsenal und Lager auf dem linken Ufer, südlich vom Bahnhof.

Die übrigen Rationen stehen auf dem rechten Ufer, teilweise in den zugehörigen Niederlassungen die Deutschen, in der Universität am äußersten Südostende der deutschen Niederlassung. Die deutsche Hauptaufgabe ist das Offenhalten des Weiho-Flusses zum Besuche mit Taku. Dieser ist umgeben. Täglich gehen Artilleriebeschüsse nach Tientsin. Die Chinesen halten die detaillierte Citadelle in der chinesischen Stadt und das Lager nordöstlich davon. Die telegraphische Verbindung ist wieder hergestellt von dem russischen Lager nach Taku. Allezeit mit Anwesenheit ist in Tientsin.

11. Juli. Depesche des Admirals Seymour vom 12. Juli:

Die Chinesen machten gestern früh 8 Uhr in großer Stärke einen energischen Angriff auf die Bahnhofsstation. Sie wurden zwar schließlich gegen 6 Uhr früh zurückgeworfen, die Verbündeten hatten aber einen Verlust von 150 Toten und Verwundeten. Die Verluste der Chinesen sind unbekannt; man glaubt, aber, daß sie schwer sind. Die Forts wurden am Nachmittag von den Engländern und Franzosen beschossen. Ein Fort und die Pagode, welche als Signalum benutzt wurde, wurden zerstört. Unsere Truppen haben durch Ankauf von 1500 Amerikaner Verstärkungen erhalten.

12. Juli. „Daily Mail“ berichtet aus Shanghai, daß die verbündeten Truppen am 13. d. M. einen gemeinsamen Angriff auf die Eingeborenenstadt von Tientsin gemacht hätten, der mit einem Verlust der Europäer von mehr als 100 Toten zurückgeschlagen worden sei. An Toten und Verwundeten hätten die Engländer 40, die Japaner 60 Mann verloren, auch die Russen und Amerikaner hätten schwer gelitten. Zwei amerikanische Oboen und ein russischer Artillerie-Oberst seien gefallen. Die Chinesen hätten sehr hartnäckig gekämpft und sicher und tödbringend geschossen.

Ausdehnung der Unruhen.

Das „Neuerliche Bureau“ meldet aus Shanghai: In Ning-p'o ist es zu ersten Unruhen gekommen. Die römisch-katholische Mission ist niedergebrannt. Einzelheiten fehlen noch.

Petersburger Meldung. Die Eisenbahn-Linie nördlich von Niutschwang wird von den Boxern und mit ihnen verbündeten Truppen in Stärke von etwa 40 000 Mann bedroht, die Schutzmannschaft genügt nicht zur Verteidigung der Bahn, die bereits an mehreren Punkten zerstört ist. Die Aufständigen erschienen sogar bei Niutschwang, welches von Kosaken und Artillerie verteidigt wird. Der Telegraph Wladivostok-Port Arthur ist zerstört.

Wie die „Agenzia Stefani“ aus Shanghai meldet, berichtet der dortige italienische Konsul, daß die italienische Mission in Hunan zerstört sei, der Bischof Pantofani und zwei Missionare seien getötet worden; auch die Missionen in den Provinzen Honan und Hupe seien überfallen worden.

„Daily Express“ meldet aus Shanghai: Alle Fremden aus der Provinz Che-Kiang sind hierher geflohen. 20 000 chinesische Christen sind in den Provinzen Hupe und Honan in den letzten Tagen unter den furchtbarsten Martern hingerichtet worden. Tausende von Boxern rüden auf Wei-Hai-Wei vor. Die Bewegung macht reichende Fortschritte im Lande.

Dem „New York Journal“ wird aus Tschifu gemeldet: Die Geschäfte der im Hafen befindlichen Kriegsschiffe sind auf dringende Nachrichten vom Lande, daß ein Aufstand befürchtet werde, auf die Stadt gerichtet worden. Alle Ausländer sind zum Nachdienst aufgefordert worden. Der Dienst nach wurde mit Eifer nachgekommen. Posten wurden aufgestellt, um die Eingeborenen zu überwachen. Die Besatzungen der Schiffe sind bereit, nötigenfalls sofort zu feuern, aber die Notwendigkeit ist noch nicht eingetreten.

Eine chinesische Antwort.

Der kaiserliche Konsul in Tschifu hatte dem Generalgouverneur der Provinz Schantung die Botschaft des Kaisers, enthaltend das Versprechen von Geldpreisen für die Befreiung eines jeden der in Peking eingeschlossenen Fremden telegraphisch bekannt gegeben. Der Generalgouverneur hat darauf am 13. d. M. dem Konsul zurück telegraphiert, die Einschließung der Fremden gehe ihm sehr zu Herzen; Versuche zu ihrer Befreiung seien wegen des Aufstandes in Tschifu gescheitert; er wolle jetzt nach besten Kräften neue Versuche machen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Juli.

Zur „Einigkeit der Mächte“.

Der Washingtoner Korrespondent des englischen Regierungsorgans „Standard“ telegraphierte am Freitag, der Gesandte Chinas bei den Vereinigten Staaten habe ihm mitgeteilt, die zwanzigtausend Mann verbündeter Truppen in China hätten sehr gut nach Peking vorrücken können, wenn dies nicht geschehen sei, so gebe es bloß drei Erklärungen: entweder seien die Mächte eifersüchtig auf einander, oder die militärischen Führer verträgen sich nicht, oder den Truppen fehle der Mut und Disziplin. Bemerkenswert ist, was der „Standard“ zu dieser Äußerung sagt: „Die letztere Möglichkeit betrachten wir“ — so heißt es in dem Leitartikel des vorigen Sonnabend — „als einfach ausgeschlossen. Wir fürchten eben, die beiden andern Annahmen sind nicht ganz grundlos. Das „europäische Konzert“ hat sich schon bei früheren Gelegenheiten sehr schlecht benahmt; und durch das Hinzutreten der Japaner und amerikanischer Elemente ist die Aktionsfähigkeit des „Konzerts“ sicher nicht vermehrt worden. Es ist nur zu wahrhaftig, daß das „Piaflo des „geeinigten Europa“ in der kretischen Angelegenheit sich in größerem Maßstab wiederholen wird. Wie wir erfahren, sind die Operationen in Tientsin durch den Mangel einheitlicher Leitung und durch die Weigerung verschiedener Kommandeure, zusammenzuwirken, gelähmt worden. Diese Behauptung ist durch eine Note des französischen Ministeriums des Aeußern in vollem Umfange bestätigt worden. Es ist allerdings höchst eigenartig, daß 10 000 europäische Truppen in Tientsin kaum im Stand gewesen sein sollen, ihre Stellungen gegen die Chinesen zu verteidigen. Und unbegreiflich ist es, daß 20 000 der tüchtigsten Soldaten, die in allem zur Verfügung stehen, nicht ausreichen sollen zur Rettung ihrer in Peking vom furchtbarsten Geschick bedrohten Landsleute. Wir würden uns allerdings vor dem Urteil der „Leute am Ort“ verneigen, wenn wir sicher wären,

daß sie frei urteilen und handeln können. Allein diese Gewißheit haben wir leider nicht. Große Truppenendungen gehen in aller Eile nach China ab. Wir selbst schätzen mehr Streitkräfte, als wir ursprünglich für nötig hielten. Aber wer soll die verbündeten Armeen kommandieren und auf welcher strategischen Basis sollen sie vorgehen? Das ist eine Frage, deren Beantwortung nicht hinausgeschoben werden kann. Sie muß sofort geregelt werden, wenn die Verzögerungen, denen mittlerweile die Ausländer in Peking vielleicht zum Opfer gefallen sind, nicht noch weiteres Unheil herbeiführen sollen.“

So das jedenfalls gut unterrichtete und vorsichtige Organ des englischen Ministeriums am vorigen Sonnabend.

Ueber die Katastrophe von Peking haben wir inzwischen Gewißheit erlangt. Nach der Auffassung des englischen Regierungsbüros ist sie durch die Eifersucht und Uneinigkeit der Mächte verursacht.

Auch der Brüsseler Vertreter der Münchener „Allg. Ztg.“ versichert übereinstimmend, daß bisher zwischen den Großmächten über die Ernennung eines gemeinsamen Oberbefehlshabers der in China gelandeten oder noch zu landenden Streitkräfte keine Einigung erzielt worden sei.

Das deutsch-amerikanische Handelsabkommen.

Ueber das neue deutsch-amerikanische Handelsabkommen finden sich in der liberalen Presse derartig mißverständliche Anschauungen, daß man stutzig werden kann, ob denn dieses Presse die Bedeutung dieses sogenannten neuen Abkommens überhaupt klar ist. Da wird als besonderer Erfolg hervorgehoben, daß Deutschland keine Konzessionen hätte einzuräumen brauchen, dort wird von einem neuen Gegenseitigkeitsvertrag geredet; es herrscht Jubel und Freude, als ob Wunder was für ein handelspolitisches Werk geschaffen wäre! Die „Freisinnige Zeitung“ verleiht sich sogar zu dem Sage: „Seit den Tagen des Grafen Caprioli ist es jetzt der Reichsregierung zum erstenmal wieder gelungen, einen handelspolitischen Erfolg von größerer Tragweite zu erzielen. Das neue Abkommen gewährt Deutschland die volle Meistbegünstigung.“ Es ist erfreulich, daß die Regierung der Vereinigten Staaten durch das neue Abkommen eine langjährige Differenz zwischen Deutschland und Amerika beseitigt hat, aber zu mehr als etwa einem Gefühl der Genugthuung liegt nicht der mindeste Grund vor.

Es handelt sich zunächst gar nicht um einen neuen Gegenseitigkeitsvertrag, es handelt sich, genau gesehen, nicht einmal um ein neues Handelsabkommen, sondern das bisherige Verhältnis bleibt noch wie vor das der Meistbegünstigung, nur daß die Vereinigten Staaten sich zu einer lokalen Auslegung dieser Meistbegünstigung entschlossen haben. Durch das Abkommen sind die Verhandlungen gänzlich zu Ende geführt, die über die Auslegung der Meistbegünstigung seitens Amerikas zwischen der deutschen und amerikanischen Regierung schon sehr lange Zeit geführt worden sind.

Unsere Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten beruhen noch wie vor auf dem preussisch-amerikanischen Abkommen vom Jahre 1828 und den gleichartigen Vereinbarungen der anderen deutschen Seeserstaaten. Die einschlägigen Bestimmungen, die zu Differenzen in der Auslegung führten, haben folgenden Inhalt. Der Artikel 5 sieht vor, daß auf den Eingang der Erzeugnisse des einen vertragschließenden Landes in das andere Land weder andere noch höhere Abgaben gelegt werden sollen als diejenigen, welche auf dieselben Artikel irgend eines andern fremden Landes gelegt sind oder gelegt werden möchten. Der Artikel 9 aber lautet: Wenn von einem der kontrahierenden Teile in der Folge andern Nationen irgend eine besondere Vergünstigung in betreff des Handels oder der Schifffahrt zugestanden werden sollte, so soll diese Vergünstigung sofort auch dem andern Teil mit zu gute kommen, welcher dieselbe, wenn sie ohne Gegenleistung zugestanden wird, ebenfalls ohne eine solche, wenn sie aber an die Bedingung einer Vergeltung geknüpft ist, gegen Bewilligung desselben Vergeltung genießen wird. Aus diesen beiden Artikeln hat Deutschland mit Recht stets gefolgert, daß ihm hinsichtlich aller Zollfragen die unbeschränkte Meistbegünstigung zustehe, daß es dagegen auf etwaige besondere Vergünstigungen anderer Art, die von Seiten Amerikas dem Handel und der Schifffahrt eines dritten Staats gegen Entgelt gewährt werden, nur dann Anspruch machen könne, wenn auch Deutschland sich zu entsprechenden Gegenleistungen gegen Amerika versteht. Die amerikanische Regierung hat aber nach Einführung des Dingley-Tariffs plötzlich eine andre Auffassung vertreten, nämlich, daß die im Artikel 9 des Vertrags enthaltene Einschränkung allgemein gedacht und also auch in Zollfragen maßgebend sei, der Art. 5 also durch den Art. 9 eingeschränkt werde. Nach dieser Auslegung würden dann die handelspolitischen Beziehungen geregelt, Deutschland thatsächlich um das garantierte Meistbegünstigungsrecht gebracht. Daß Deutschland sich diese Auslegung nicht gefallen ließ und in ihr ein ganz unhaltbares Unrecht erblickte, war um so klarer, als die amerikanische Regierung selbst in früherer Zeit sich gleichfalls auf den deutschen Standpunkt der Auslegung der Artikel 5 und 9 ausdrücklich gestellt hatte. Durch einen Akt des amerikanischen Kongresses im Jahre 1842 Section 8 § 5 waren österreichische Weine in Flaschen in Amerika höher tarifiert worden als die sicilischen Weine in Flaschen; dagegen erhob die österreichische Regierung Anspruch. Daraufhin erging am 5. Aug. 1844 ein Circularschreiben des Schatzsekretärs der Vereinigten Staaten über die Bedeutung der Meistbegünstigungsklausel, in dem ausgesprochen wird, daß die Forderung Amerikas, den österreichischen Flaschenwein höher zu tarifiern als den sicilischen, dem § 5 des Handelsvertrags, der in § 5 und § 9 wörtlich mit dem amerikanisch-preussischen Vertrag von 1828 übereinstimmt, nicht entspreche. Das Rundschreiben fährt nach dieser Feststellung fort: „Die vertragswidrigen Abmachungen müssen mit der größten Treue ausgeführt werden. Die politische Loyalität der Vereinigten Staaten steht über jeder Geldfrage und über jedem Preis. Der Kongreß der Vereinigten Staaten, als er den Art. von 1842 annahm, hat ausdrücklich erklärt, daß keine Interpretation beliebt werden solle und keine Anwendung dieses Aktes stattfinden dürfe, welche geeignet wäre, die vertragswidrigen Abmachungen, die mit fremden Staaten existieren, irgendwie zu verschärfen.“ Hier liegt also eine authentische amtliche Auslegung des Meistbegünstigungsverhältnisses seitens Amerikas vor, die sich vollständig mit der deutschen Auslegung deckt.

Daß Deutschland eine andre, und thatsächlich der Meistbegünstigung vererbende Auslegung sich nicht gefallen lassen durfte, war selbstverständlich. Amerika hatte sich ins Unrecht gesetzt und es mußte, falls die amerikanische Regierung loyal bleiben wollte, dieses Unrecht wieder gut machen. Es hat lange gedauert, bis Amerika sich dazu entschlossen hat. Durch das sogenannte Abkommen zwischen dem deutschen Gesandten in Washington und dem amerikanischen Staatssekretär hat sich nichts weiter erreicht, als daß Amerika sich zu einer lokalen Auslegung der Meistbegünstigungsklausel verstanden hat.

Aus Washington wird berichtet: In der Proklamation, durch die Präsident McKinley die neuen, dem Gegenseitigkeitsabkommen mit Deutschland entsprechenden Zollbestimmungen in Kraft setzt, sagt der Präsident, da Deutschland einem Abkommen zugestimmt habe, durch welches reziproke Zugeständnisse zu Gunsten der Vereinigten Staaten gewährt würden, ermähige er die Zölle auf aus Deutschland eingeführten Weinstein, Brandt oder andere aus Getreide oder anderen Materialien hergestellte oder destillierte Spirituosen, nichtausflüchtige Weine, Biermalz, Gemälde und Statuen nach Maßgabe der 3. Section des Dingley-Tariffgesetzes.

Die Präsidenten McKinley die neuen, dem Gegenseitigkeitsabkommen mit Deutschland entsprechenden Zollbestimmungen in Kraft setzt, sagt der Präsident, da Deutschland einem Abkommen zugestimmt habe, durch welches reziproke Zugeständnisse zu Gunsten der Vereinigten Staaten gewährt würden, ermähige er die Zölle auf aus Deutschland eingeführten Weinstein, Brandt oder andere aus Getreide oder anderen Materialien hergestellte oder destillierte Spirituosen, nichtausflüchtige Weine, Biermalz, Gemälde und Statuen nach Maßgabe der 3. Section des Dingley-Tariffgesetzes.

Was würde der „Vorwärts“ sagen, wenn wir diesen Satz auf Juden, die sich in Deutschland ähnlich benehmen, anwenden wollten?

Wir geben der „Kreuz-Zeitung“ sehr gerne die gewünschte Antwort. Erstlich haben die Juden bisher nicht verlangt, was die fremden Gesandten in Peking forderten, daß jeder, der sie bedroht oder der die antisemitische „fremdenfeindliche“ Bewegung unterstützt stracks hingerichtet werden solle, widrigenfalls die Heere aller Kulturstaaten in Deutschland einmarschieren würden. Zweitens hat die „Kreuz-Ztg.“ die Meinung übersehen, daß die deutschen Juden keine Fremden sind, sondern vollberechtigte Staatsbürger. Und drittens verteidigt der „Vorwärts“ keinerlei Fremdenhaß, er erkennt nur das Recht der Selbstwehr gegen Fremdherrschaft an. Wir internationalen Sozialdemokraten sind eben doch die einzigen aufrichtigen und prinzipiellen Nationalen. Die „Kreuz-Zeitung“ freilich nennt es „antinational“, wenn man die Auslieferung gegen nationale Fremdherrschaft als berechtigt anerkennt.

Einen seltenen Fall sozialdemokratischer Ehrenherrlichkeit nagelt wieder einmal das Organ des würdigen Kaplans Dasbach fest. Der Fall, den das Blatt, dessen Terrorismus-Märchen früher gerichtlich in blauen Tusch aufgelöst worden sind, diesmal anführt, hat mit der Sozialdemokratie nicht das Mindeste zu thun. Es handelt sich bei der Auslieferung nur um einen spontanen Rohheitsausbruch einiger Mauer, der zwar durch Lobhudeleien hervorgerufen wurde, für den aber weder die Gewerkschaft, noch die Partei die Verantwortung trägt. Wenn freilich das Organ des Herrn Dasbach behaupten will, daß die Sozialdemokratie deshalb für alle Ausschreitungen von Arbeitern verantwortlich ist, weil sie das Recht der Arbeiter auf höheren Anteil an dem Werte ihres Arbeitsproduktes verteidigt, so müssen wir einer derartigen Beweisführung gegenüber die Waffen strecken. Die Behauptung, daß die sozialdemokratische Agitation die Arbeiter zu Ausschreitungen geneigt mache, während sich genau das Gegenteil aus allen Ländern beweisen läßt, ist eine derart thörichte und gehässige Unwahrheit, daß man ihr nachgerade nur noch in Blättern von dem Kaiser der „Welt-Volks-Zeitung“ begegnen mag Herr Dasbach weiter — fabulieren.

Vom fürstlichen Pannypopol. Der Fürst Ferdinand von Bulgarien, hinlänglich bekannt wegen seiner stetigen Geldverlegenheiten, hatte, um kurz zu erzählen, wiederholt einem Münchener Hoteldirektor die Bezahlung eines Vertrags von 3000 M. versprochen, um die der Hoteldirektor durch den Privatsekretär des Fürsten gestellt worden war. Trotz des Versprechens kam aber kein Geld und nach jahrelangem Hinhalten klagt der Geschäftsmann gegen den Fürsten. Am 3. Juli sollte nun endlich vor dem Landgericht in München ein Termin stattfinden, um dem Fürsten begreiflich zu machen, daß auch für ihn die Moral des schlichten Mannes aus dem Volk, wenigstens in Geldangelegenheiten, zu gelten habe. Wie erspant mag nun der Kläger gewesen sein, als ihm bedeutet wurde, daß gegen die eigentümliche Fürstenmoral des bulgarischen Monarchen der deutsche Rechtsstaat keine Einsprüche, daß der deutsche Gerichtsvollzieher gegen den säumigen Fürsten nicht mobil gemacht werden könne. Der Erste Staatsanwalt hatte dem Gerichtsvollziehenden die Mitteilung zugehen lassen, daß mit höchster Entscheidung des Staatsministeriums der Justiz vom 5. Juni 1900 in Verbindung mit dem Staatsministerium des Innern, des Außen- und des Reichs beschließen wurde, die erbetene Mitwirkung zum Zweck der Justizleistung der Klage abzulehnen, da fremde Souveräne der deutschen Gerichtsbarkeit nicht unterworfen seien. Die Verhandlung konnte demnach nicht stattfinden, da dem Beklagten die Klage nicht übermitteln wird. Diese Ausnahmestellung der Fürsten, von dem für andere Menschen geltenden Rechtsverfahren verweisen wir zwar durchaus, aber, wenn sie nun einmal besteht, so sollte man meinen, daß die Minister der privilegierten hohen Herren wenigstens so viel Solidarität entwickeln, um solche Geschichten, wie sie dem Fürsten Ferdinand passierten, ganz und gar zu vermeiden. Glücklicherweise kommen derartige Fälle sehr selten vor. Indessen selbst einzelne Ausnahmen sind geeignet, nach außer hin das allgemeine Standesansetzen stark zu beeinträchtigen. Würde es angesichts solcher Vorfälle nicht doch zu empfehlen sein, daß die Herren Minister in den verschiedenen Staaten, die in die peinliche Lage geraten, einem recht hochstehenden saumigen Schuldner das geltende Gesetz außer Wirkung setzen zu lassen, eine Vereinbarung treffen, wonach etwaige uneinbringbare Schulden, die aller Voraussicht nach von den Schuldnern nicht bezahlt werden, aus einem gemeinsam zu bildenden Fonds bestritten würden, damit wenigstens einigermaßen dem Gerechtigkeitsgefühl der Öffentlichkeit Genüge geschähe. Es ist ja dazu nicht eine besondere internationale Diplomatenkonferenz nötig, die Sache läßt sich auf ganz einfache Weise durch vertrauliche Korrespondenz erledigen. Wir würden uns freuen, wenn durch diesen Vorschlag der angepumpte und vom Fürsten Ferdinand hinstangehaltene Hoteldirektor in München doch noch zu seinem Gelde käme. Denn er zweifelt heute schon an der allgemeinen Gültigkeit des Moralgrundgesetzes: ein Mann ein Wort.

Gemütvoll. In einer Klaunderel des „Berliner Lokalanzeiger“ lesen wir: „Die kriegsstarke Compagnie der Eisenbahner, welche am Dienstag an ihrem Formationsort Berlin zusammenkam, um sich für die Abreise nach China zu rüsten, wird nicht nur im fernem Osten für die dort, oh, so notwendigen Verbindungen zu sorgen haben, sondern auch darauf verpflichtet werden müssen, eingebend zu sein, daß die bereits bestehenden Anschlüsse mit dem weiblichen Berlin W auf keinen Fall unterbrochen werden dürfen. Die 200 behelmten Söhne des Mars, die sich dem bewimpelten Schiff zur großen Fahrt anvertrauen, dürfen die Schiffe nicht ganz hinter sich abdrücken, indem sie, geführt auf die Vertragsklausel, daß der Krieg als höhere Gewalt gilt, sich plötzlich allen Vereinbarungen mit der Geliebten ihres Herzens zu entziehen suchen. Das alte Lied: „Andre Städtchen, andre Mädchen!“ wird an der Türe dieser 200 Mann, von denen kein einziger sich bisher auf dem Standesamt gebunden hat, eisernt zu Schanden werden. Sie werden allesamt gesund und wohlbehalten zurückkehren, nachdem sie den Betrieb zwischen Peking und Laku so sicher wie zwischen Jüterbog und Pöffen gestellt haben. Das sei hier zum Troste aller Mädchen in Schöneberg und den angrenzenden Straßenzügen feierlich niedergeschrieben! Denn die Abschiedsküssen dort stehen wie das Bäcklein auf den Bienen.“

Unterschied. Unter diesem Stichwort reimt der „Klabberdatsch“: Wer alles Fremde haßt wie Gift, Wie Sünde und wie Schande, Wer es, wo er es immer trifft, Ausrotten möchte im Lande, Wer steht nur, was laundmännlich ist, Und nie will anders lesen, Der heißt bei den Christen Nationalist Und Vögel bei den Chinesen.

Vom Fremdenkrieg. In unserer Kolz, die wir unter obiger Epithete in Nummer 161 des „Vorwärts“ vom 14. d. M. veröffentlichten, geht uns vom Ober-Reichsanwalt folgende Verurteilung zu: „Seitens der Reichs-Anwaltschaft sind keinerlei Erhebungen gegen die Polenvereine Deutschlands eingeleitet.“ Der Reichsanwalt, Olschauen. Wir hatten diese Kolz der Berliner „Volks-Zeitung“ angenommen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Parteitag der deutsch-fortschrittlichen Partei während nahm einstimmig einen Beschlusstrat an, in welchem erklärt wird, daß der Sprachgegensatz für Währen sei für die Deutschen unannehmbar, da er der ungeschwächten Aufrechterhaltung der inneren deutschen Amtssprache nicht Rechnung trage und das Geltungsgebiet der tschechischen Sprache, ohne daß ein wirkliches Bedürfnis dafür vorliege, wesentlich erweitern wolle. Der Beschlusstrat fordert die Abgeordneten auf, die Verwirklichung des Beschlusstrats zu verhindern.

Schweiz.

Jürich, 10. Juli. (Sig. Ver.) In Sachen der Verwertung des **Vasler Wohnungsgesetzes** war im „Grillaner“ gesagt worden, daß hieran nicht zum kleinsten Teil die unentschiedene Haltung der sozialdemokratischen Partei schuld gewesen sei. Nun antwortet darauf der Genosse, Nationalrat Wullschläger im gleichen Blatte. Aus seinen Ausführungen entnehmen wir folgende beachtenswerten Sätze: „Zunächst möchte ich der bestimmten Uebersetzung Ausdruck geben, daß das Wohnungsgesetz, auch wenn sich die sozialdemokratische Partei offiziell für seine Annahme erklärt hätte, mit entschiedener Mehrheit wäre verworfen worden. Von den Sozialdemokraten, die sich an der Abstimmung beteiligten, haben sicherlich mindestens drei Viertel, und von der Arbeitererschaft überhaupt, soweit sie stimmte, wenigstens vier Fünftel nein gesprochen. Weitauß die meisten hätten dies unter allen Umständen getan, selbst wenn ihnen die sozialdemokratische Partei noch so eindringlich die Annahme empfohlen haben würde. Wullschläger erklärt, daß er das Gesetz bekämpfte und dasselbe im Großen Rat wie in der Volksabstimmung verwarf, weil es weder sozialdemokratischen Charakter hatte noch auf dem demokratischen Grundgedanke der Selbstverwaltung beruhte und somit auch kein sozialreformatorisches Gesetz war. Er begründet diesen seinen Standpunkt folgendermaßen: Unter Sozialreform verheißt sich den Erlaß von Gesetzesvorschriften, die Durchführung von Maßregeln und die Schaffung von Institutionen, welche der ökonomischen Besserstellung und sozialen Befreiung der unterdrückten Volksklassen dienen. Diesen Zweck konnte das Wohnungsgesetz seinem Inhalte nach nicht erfüllen. Es enthielt einige schöne Rezepte, wie man gesund wohnen kann und pipette in dem Gebote: wohne gesund! Es glied den Kochbüchern, welche uns mit ihren herrlichen Rezepten den Mund wässrig machen, aber leider nicht sagen, wo wir das nötige Kleingeld bekommen, um uns die köstlichen Speisen zubereiten zu lassen. . . . Wenn diese Vorlage ein notwendiges Etica Sozialreform bedeuten sollte, so war es jedenfalls eine sonderbare und sehr wohlfeile Sorte von Sozialreform. Das Wohnungsgesetz war lediglich ein sanitäres Gesetz. Diesen Umstand mache ich ihm keineswegs zum Vorwurf. Genossinnen können und sollen Sozialdemokraten auch für sanitäre Gesetze, die je nach Umständen von Wichtigkeit sein und indirekt zur Förderung der Sozialdemokratie beitragen können, einstehen, sofern diese Gesetze wirklich nützlich und durchführbar sind. Allein bloße sanitäre Gesetze soll man nicht als Sozialreform anpreisen, wodurch die letztere bloß in Mißkredit gebracht wird, und nicht schon deshalb annehmen, weil sie gut gemeint sind. Zudem war das Vasler Wohnungsgesetz gerade in seinem sanitärischen Zwecke leider derart verpfuscht, daß man an der Möglichkeit seiner wirklichen Ausführung ernste Zweifel hegen mußte.“

Letzteres ist gewiß richtig. Das Gesetz war nichts weniger als geschickt abgefaßt, während gerade eine geschickte Fassung der Gesetze in der Demokratie eine unerlässliche Notwendigkeit ist. Dagegen scheint uns die Auffassung des Wohnungsgesetzes als eines bloßen sanitären Gesetzes eine etwas einseitige zu sein angesichts der großen Bedeutung der Wohnungsfrage für die Arbeiter und des großen Einflusses der Wohnungsverhältnisse auf die Kulturhöhe des arbeitenden Volks. Stellt man sich aber auf den Standpunkt des Genossen Wullschläger, der jedenfalls von vielen der Verwerfenden ebenfalls eingenommen wurde, dann kann man auch in der Verwerfung des Wohnungsgesetzes keinen Mißerfolg der Sozialpolitik erblicken und dann schmüpft die Bedeutung der vielbesprochenen Verwerfung des Vasler Wohnungsgesetzes auf ein Minimum zusammen. Dies um so mehr, als die Regierung beschlossen hat, nun eine Revision der Verordnung über Kost- und Schlafangelegenheiten vorzubereiten, wodurch der durch die Verwerfung angerichtete Schaden zum Teil wieder gut gemacht werden kann.

Frankeich.

General Pellier, einer der Reichsbedingten am Dreifußhandel, ist gestorben. Im „Esterbazz“ und Jolo-Prozess hat er durch Verurteilung der Fälschung Genoss die Geschworenen zur Verurteilung Jolas verurteilt.

Asien.

Der Philippinen-Krieg. Der „Geroldo de Madrid“ veröffentlicht ein Schreiben aus Manila, in welchem gemeldet wird, ein amerikanischer höherer Offizier mit 50 Soldaten sei in einen Hinterhalt gefallen und von den Aufständischen gefangen genommen worden.

Partei-Nachrichten.

Anton Kopp gestorben. Ein tiefschmerzlicher Verlust hat die Partei getroffen. Am 14. Juli ist der langjährige Vertrauensmann des Kreises Niederrhein, unser Genosse Anton Kopp im Ausland (in Aich in Böhmen) verstorben. Anton Kopp war am 1. November 1849 zu Reulichen in Oesterreich geboren. Seit dem Jahre 1863 war er in Preußen anständig. Der ruhige, zielbewusste, opferwillige Weber Anton Kopp war im gewerkschaftlichen und im politischen Leben tätig. Seit dem Jahre 1892 war er Kreis-Vertrauensmann im Kreise Niederrhein. Pflüchlich, am 12. Dezember 1899, wurde er bekräftigt aufgeführt, das preussische Staatsgebiet innerhalb vierzehn Tagen zu verlassen, da er als Ausländer sich „tätig gemacht“ habe. Täglich weil Anton Kopp ohne mit den Strafgesetzen in Konflikt zu kommen, rastlos, stets opferbereit für das Wohl der Allgemeinheit unermüdet tätig war. Das konnte der Kulturstaat Preußen nicht vertragen — Anton Kopp wurde ausgewiesen. In Weihnachten 1899 veranfaßten die Genossen Niederrheins ein imposantes Abschiedsfest für den Ausgewiesenen. An dem Fest nahmen fast nur erprobte Kämpfer und Kämpferinnen Berlins und der Umgegend teil. Tiefgerührt dankte Kopp damals für all die Beweise der Dankbarkeit und für die Zeichen des Ingrimmes über die Ausweisung des treuen, braven Genossen. Schon damals aber sollte Schmerz das Herz so mancher Freunde, denen es nicht entging, daß der treue, brave Kamerad infolge der plötzlichen Ausweisung und der dadurch verursachten Aufregung einem schweren Herzensleiden entgegenging. Leider wurde die Verstärkung zur Wahrheit. Der unermüdetliche, unermüdetliche Streiter mußte in Aich, wohin er sich mit seiner Frau infolge der Ausweisung begeben hatte, bald ein Krankenhaus aufsuchen. Vor wenigen Wochen verließ er dies — trotz der Pflege durch seine Frau starb er am 14. d. M. — ein Opfer der Verfolgung preussisch-deutscher Politik, ein braver Streiter für die Arbeiterfrage, einer der treuesten stillen Kämpfer für das hehre Ziel der Sozialdemokratie, Friede seinem Angehörigen. Das Leiden, das Streiten, die Entbehrungen des teuren Kameraden, so unheilvoll sie ihm geworden sind, sie werden keine vergeblen sein. Dein, Anton Kopp, gedanken viele tausende Genossen und in Erinnerung an dich beledet sich Opfermut und Opferfreudigkeit; Dir geloben Tausende: in Deinem Sinne weiter zu streben, und durch den Erfolg des Strebens die Unbill zu rächen, die Dir zugefügt ist. Dein Andenken lebt weiter.

Genosse Seifarth hat am Sonnabend die in dem mehrfach erwähnten Zeugniszwangs-Verfahren über ihn verhängte Haft angetreten müssen. Unser rechtliches Bruderorgan bemerkt dazu:

Genosse Seifarth ist mit dem Gefühl ins Gefängnis gegangen, daß ihn auch kein Mittel des „Rechtsstaats“ zwingen wird, seiner stitlichen Pflicht, Redaktionsgeheimnisse zu wahren, untreu zu werden. Er kam der Sympathie aller rechtlich denkenden Menschen versichert sein. Wie lange das Ministerium als Auftraggeberin der Disziplinaruntersuchung den Landratsamts-Assistenten Richter und indirekt des Zeugnis-Zwangsverfahrens gegen Genossen Seifarth die Tortur der Zwangshaft verhängen lassen wird, ist noch ungewiß. Auch ist das Rechtsmittel der Beschwerde gegen die Haft eingelegt worden. Ein höheres Gericht wird also noch zu prüfen haben, ob die Zwangshaft im Falle Seifarth gesetzlich zulässig ist. Korberer wird das Ministerium in der ganzen Sache sicherlich nicht pfänden.

Der verantwortliche Redacteur des „Schleswig-Holst. Volkszeitung“, Genosse C. Horn, ist am 13. Juli von der Kieler Strafkammer wegen Gendarmenbeleidigung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Beleidigung wurde gefunden in einer Korrespondenz, welche sich mit der bei der letzten Verbreitung des „Norddeutschen Volkskalenders“ erfolgten Wiedereinmahlung der verbreiteten Schriften durch den Gendarmen befahte. Die Thatsache selbst erwies sich als zutreffend.

In Sekretären des am 1. Oktober ins Leben tretenden Hamburger Arbeiterssekretariats sind mit 128 resp. 127 von 142 abgegebenen Stimmen die Genossen M. Ockelmann und Fr. Lesche aus Hamburg gewählt worden. Ockelmann ist ein alter Hamburger Parteigenosse, der früher Lehrer an einer Privatschule war und seit deren Verstaatlichung vor einigen Jahren im Geschäft von Auer u. Co. beschäftigt ist. Lesche, ursprünglich Tischler, ist seit etwa 6 Jahren Vorsteher und Leiter der großen Allgemeinen Arbeiter-Krankenkasse von Hamburg-Altona und war bei den letzten Reichstagswahlen Kandidat unserer Partei im Herzogtum Lauenburg, wo er das letzte Mal mit dem Grafen Verstorff in Stichwahl stand.

Verichtigung. In der Sonntags-Kummer des „Vorwärts“ ist unter der Rubrik „Polizeiliche Logik“ ein Schriftstück des Regierungspräsidenten von Posen veröffentlicht, worin unter anderem gesagt wird: Daß auf dem polnisch-sozialdemokratischen Parteitag in Berlin (am 15./16. April d. J.) die Parteiführer dahingehende Erklärung abgegeben haben, daß das Posener Kartell bezw. Arbeiterssekretariat sozialdemokratische Tendenzen verfolge. Als Leiter des genannten Parteitags und Vorsitzender des polnisch-sozialdemokratischen Parteivorstands erkläre ich dieses als nicht den Thatsachen entsprechend: im Gegenteil, den Posener Delegierten, welche auf dem gen. Parteitag für die Auflösung der polnisch-sozialdemokratischen Partei plädierten, wurde der Vorwurf „rein gewerkschaftlicher Bestrebungen“ gemacht und ihnen das Recht diesbezügliche Anträge für die Auflösung der polnisch-sozialdemokratischen Partei zu stellen abgesprochen.

August Verfus, Berlin SO., Reichenbergerstr. 50 III. Die Nr. 87 des „Robotnik“ („Arbeiter“, Organ der sozialistischen Partei Polens, ist am 8. Juli aus der neuen Geheimdruckerei der Partei erschienen. Den Inhalt der Nummer bilden zunächst eine ausführliche Beschreibung der letzten Warschauer Kundemonstrationen und ein Artikel über zwei Bedenklige, welche die Jarenregierung in der letzten Zeit selekte: die Peter Szworow, des Führers der fürstlichen Nordarbeit in Praga, der Vorstalt Warschau, im Jahre 1794, und das Jubiläum der Aufhebung der Union, einer der barmherzigsten Taten in der Reihe der religiösen Verfolgungen. Es folgen Korrespondenzen aus allen Mittelpunkten der polnischen sozialistischen Bewegung. Sie zeigen alle von einer großen Ausbreitung der sozialistischen Partei-Organisation. Eine Fülle von Nachrichten aus dem Land bezieht die Nummer. Die Nummer hat zwei Beilagen. Eine aus Warschau mit zahlreichen Korrespondenzen aus verschiedenen Fabriken und Berichten der Hauptstadt. Die andere für Lodz, wo die sozialistische Bewegung sich immer mehr ausbreitet. Die Nummer des „Robotnik“ ist jetzt bereits in allen Mittelpunkten der Bewegung in Kongregypolen und Litauen verbreitet worden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung Musikinstrumenten-Arbeiter. In allernächster Zeit wird eine öffentliche Berechnung von der Tätigkeit der Schuldentilgungskommission gegeben werden, wir fordern deshalb die Kollegen, welche noch Marken oder Gelder in Händen haben auf, am Donnerstag, den 19. Juli, abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Sitzungszimmer 2, endgültig abzurechnen. Die Kommission.

Achtung, Tapezierer! Heute Dienstagabend findet bei Cohn, Deutstraße 21, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher es gilt, unsere Stellung zu präzisieren bez. der Beteiligung an der Wahl des Gehilfen-Ausschusses zur Zwangsabstimmung. Da außerdem noch einige andre für die Berliner Kollegen sehr wichtige Punkte zu erledigen sind, ist vollzähliges und pünktliches Erscheinen notwendig. Der Vertrauensmann: Leo Schmidt, Schönberg, Belgierstr. 8.

Achtung, Glasarbeiter! Wie bereits bekannt, befinden sich die Stralauer Glasarbeiter sowie Pflieger in einer Lohnbewegung. Die Forderungen sind folgende: 1. Verlängerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde. 2. Lohnzuschlag von 15 Pf. pro 100 Pfacken. 3. Erhöhung des Lohns der Pflieger um wöchentlich 2 M. Ferner noch einige kleinere Forderungen. Die drei Hauptforderungen wurden von der Direktion rundweg abgelehnt.

Da nun in unserer Branche eine überaus gute Konjunktur herrscht und ferner die Lebensbedingungen der Arbeiter sich immer schwieriger gestalten, wurde durch Urabstimmung beschlossen, unsere Forderungen eventuell durch Streik durchzusetzen. Nach nochmaliger Verhandlung mit der Direktion, welche abermals resultatlos verlief, wurde von sämtlichen Glasarbeitern, 270 Mann und Pfliegern, welche sämtlich dem Verband der Glasarbeiter Deutschlands angehören, die Kündigung am 13. Juli eingereicht. Wir sind fest entschlossen, unsere Sache durchzusetzen und ersuchen die Kollegen, den Zugzug nach Stralau streng fernzuhalten. Alle Arbeiterblätter bitten wir um Abdruck.

Internationale Arbeiterkongresse in Berlin. Der Zeitartikel unserer Sonntags-Kummer enthielt einen Irrtum: Es hieß da, der jetzige Legitilarbeiter-Kongress sei der zweite internationale Arbeiterkongress, der in Berlin toge. Thatsächlich ist es der dritte, denn außer dem internationalen Vergardarbeiter-Kongress des Jahres 1895 hat auch — 1898 — ein internationaler Glasarbeiter-Kongress hier getagt.

Deutsches Reich.

Eine Massenanspernung von Arbeitern haben die Hamburger Werkbesitzer unter Führung des Herrn Wolkm, Vorsitzender des noch vom großen Hafenarbeiter-Ausschuss her satfam bekannten Hamburger Arbeitgeber-Verbandes, am Sonnabend vorgenommen. Die Vorgeschichte dieser brutalen Unternehmerterrorismus offenbareren Thatsache ist folgende: Anfang Juni richtete die Sektion Werftarbeiter vom Metallarbeiter-Verband ein Schreiben an den Verband der Eisenindustriellen, in dem um bessere Verbesserungen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses gebeten wurde. Vorsehentlich war dies Schreiben wohl mit Verband der Metallarbeiter, Sektion Werftarbeiter unterzeichnet, nicht aber mit einem Namen. Der Sekretär der Eisenindustriellen (Grieb) deshalb zurück, die Arbeitgeber wollten

auf diese Angabe nicht eingehen, weil die Unterschrift fehle, und weil der Ton der Eingabe ein „ungehöriger“ sei. Am 19. Juni wurde deshalb eine neue Eingabe an den Verband der Eisenindustriellen gesandt, die sich in überaus höflichen Formen hielt und zum Schluss um Verhandlungen über die aufgestellten Forderungen bat. Dieselbe wurde am 30. Juni beantwortet, und zwar ablehnend. Inzwischen hatten die Rieter der Meißnerberg-Werke sich an die Direktion der Werke direkt mit bestimmten Forderungen, geringe Lohnaufbesserung und neunstündige Arbeitszeit, gewandt. Auch sie proponierten Verhandlungen, wurden aber sowohl mit diesem Vorschlag, wie mit ihren Forderungen kurzer Hand abgewiesen. Am 3. Juli legten dieselben, nachdem sie tags zuvor die Direktion davon benachrichtigt hatten, deshalb die Arbeit nieder. Der Zeitpunkt war ein sehr günstiger, denn die Arbeiter auf der Werk drängten sich. Die Werke suchte Hilfe bei anderen Werken, so beim Altien-Doz. Es wurden von diesem 10 Schmiede beauftragt, Rieterarbeit auf der Meißnerberg-Werke zu verrichten. Die Leute weigerten sich und wurden entlassen. Darauf erklärten sich die übrigen 90 Schmiede und Schlosser des Doz mit den Gemahregelten solidarisch und legten am 5. Juli ebenfalls die Arbeit nieder. In verschiedenen Versammlungen der Metallarbeiter Hamburgs wurde beschlossen, keine Arbeit für die Meißnerberg-Werke und das Altien-Doz zu verrichten. Am 11. Juli fand sodann eine Zusammenkunft der Werkbesitzer mit Vertretern der Arbeiter statt. Die Ersteren forderten sofortige Wiederaufnahme der Arbeit, machten aber im übrigen nicht die geringsten Zugeständnisse. Nur gaben sie das nach früheren Erfahrungen sehr vage Versprechen, es sollten keine Maßnahmen stattfinden. Die Zusammenkunft verlief ergebnislos. Am Sonnabendabend haben die Werkbesitzer nun eine Drohung eines Teilnehmers an obiger Zusammenkunft wahr gemacht: „falls die Rieter nicht bedingungslos die Arbeit aufnehmen würden, werde ein Sechstel der gesamten Werkarbeiter ausgesperrt werden“, indem von der Werk von Blohm und Voß 800 Mann der verschiedenen Branchen, von der Meißnerberg-Werke 200, von der Brandenburg-Werke 100, von Janssen und Schmilinsky 60 und bei Wend Söhne 40 Mann entlassen wurden. Es sind das zusammen 1200 Mann, die von dem Unternehmertum erhaltunglos auf das Straßenpflaster geworfen werden, weil etwa 300 andre Arbeiter in zwei Betrieben die Arbeit eingestellt haben, um ihren wahrhaft witzigen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die die 3. „ausgesperrten“ prosperierenden Werken ihnen abgelehnt haben und über die sie mit ihnen nicht einmal zu verhandeln bereit waren. Da die Werken mit Arbeiter geradezu überhäuft sind, dürfte dieser brutale Terrorismus ihnen hoffentlich nicht zum Besten ausfallen.

Nach einem Wollfischen Telegramm beläuft sich die Gesamtzahl der Ausständigen und Ausgesperrten auf über 2000 Mann. Auch soll der Arbeitgeber-Verband beabsichtigen, noch weit größere Entlassungen vorzunehmen, falls die Arbeiter durch die vorläufige Aussperrung nicht mürbe gemacht werden sollten. Bei dem Stummigen Geist, der in den Kreisen des Hamburger Arbeitgeberverbandes umgeht, würde ein derartiges Vorgehen nicht übertrieben. Hoffentlich aber legt der Ausgang dieser von dem Hamburger Unternehmertum frivol heraufbeschworenen „Nachprobieren“ einen gehörigen Dämpfer auf. An das Solidaritätsgefühl der deutschen Arbeiter braucht wohl nicht erst appelliert zu werden. Ein Privattelegramm meldet uns noch, daß 40 Rieter der Brandenburg-Werke die Arbeit niedergelegt und auf Stuelens Werks 85 Rieter ausgesperrt wurden. Weitere Entlassungen stehen bevor. Am Dienstag findet eine Versammlung der Arbeiter statt, in der zu der Aussperrung Stellung genommen werden wird.

Der Verband der Zimmerleute, Zahlstelle Hamburg, ist aus dem Kartellverband der Hamburger Gewerkschaften ausgeschieden, weil er mit dem Majoritätsbeschluss, ein Arbeitersekretariat für Hamburg ins Leben zu rufen, nicht einverstanden ist und sich dem Beschlusse nicht fügen will. Die Zimmerleute glauben, die durch die Schaffung des Sekretariats, das mit zwei Sekretären und zwei Bureauelementen besetzt werden soll, entstehenden Mehrkosten, soweit dieselben auf ihren Teil fallen, nicht aufbringen zu können. Auch bei den organisierten Maurern ist viel Stimmung dafür vorhanden, aus dem gleichen Grunde aus dem Kartell auszuscheiden.

Der Ausstand der Glasarbeiter in Hildesheim ist siegreich beendet. Es wurde eine ganze Reihe der von den Streikenden gestellten Forderungen bewilligt, auch gab der Direktor der Fabrik sein Ehrenwort, daß keinerlei Maßnahmen stattfinden würden.

Der Versuch der Leipziger Steinseher-Zinnung, die in Leipzig ausgesperrten Steinseher auch in Berlin außer Arbeit zu bringen, hat sich, wie sich nun herausgestellt hat, als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Es ist nur ein kleiner Teil der schon in Arbeit stehenden entlassen worden, die bis auf einen sofort wieder bei andern Berliner Meißern in Arbeit gekommen sind, und nur eine Anzahl eben Jugereifere mußte — vorläufig — wieder abziehen, da man denselben überall, wo sie anfragten, offen erklärte, es sei ein Rundschreiben von Leipzig eingetroffen, demzufolge alle hier arbeitenden Leipziger Steinseher entlassen werden müßten.

Diese nicht gelungene Aussperrung der Leipziger Steinseher in Berlin hat sich nun als ein arger Strich durch die Rechnung der Leipziger Zinnung entpuppt. Diese hat nämlich — jedenfalls in ganz sicherer Erwartung der „niedererschmetternden“ Wirkung der obermaltigen Aussperrung — es abgesehen, das von den Arbeitern nach der Aussperrung angerufene Einigungsamt des Gewerbegerichts ebenfalls anzurufen.

Wenn auch diese niedererschmetternde Wirkung ganz bestimmt nicht eingetreten wäre, so ist doch nunmehr nach dem glänzenden Erfolg der Zinnung die Situation für die Aussperrten die denkbar beste, indem von den ca. 170 Streikenden und Ausgesperrten über 100 in auswärtiger Arbeit sind und noch täglich weitere untergebracht werden, so daß Leipzig in kurzer Zeit von Steinsehern vollständig entblößt sein dürfte. Damit geraten dann aber die Leipziger Unternehmer in eine ganz verzwickte Lage. Haben dieselben schon durch die ganz willkürlich und plötzlich vollzogene Aussperrung bei den Behörden ins Fettnäpfchen getreten, und durch die Ablehnung des Einigungsamtes die offenbare Verlegenheit des Stadtbauamtes noch gesteigert, so ist es jetzt vollständig ausgeschlossen, daß selbst, wenn die Aussperrung in nächster Zeit aufgehoben würde, auch nur annähernd die genügende Anzahl von Steinsehern sich in Leipzig einstellen wird, um die massenhaften Arbeiten bewältigen zu können.

So vermag der Eigeninn von einem Duzend Unternehmern über ein großes Gemeinwesen die schlimmste Kalamität herauf zu beschwören.

Die Glasergehilfen Offenbach sind am Montag in eine Lohnbewegung eingetreten. Die den Meißern unterbreiteten Forderungen, auf die in 14 Tagen Bescheid erwartet wird, sind: Geregelt 9stündige Arbeitszeit von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends mit je 1/2 Stunde Frühstückspause und Vesperpause, sowie 1/2stündiger Mittagspause. An gewöhnlichen Sonntagen tritt der Arbeitsbeginn eine Stunde früher ein, an den Sonntagen vor hohen Festtagen jedoch bereits um 4 Uhr nachmittags. Ein Lohnzuwachs darf dafür nicht gemacht werden. Sodann wird eine 13prozentige Lohnerböschung sowie ein Zuschlag von 15 Proz. für Ueberstunden und 20 Pf. für Sonntagsarbeit pro Stunde gefordert. Für Arbeit außerhalb des Stadtgebietes fordert man einen Stundenzuschlag von 15 Pf. und außerdem, falls übernachtet werden muß, einen Zuschlag von 3 M. Die Löhne schwanken zwischen 18 und 24 M. Letzteren Satz erhalten jedoch nur meistens verheiratete Arbeiter. Eine Forderung, auf die noch besonders Gewicht gelegt wird, ist die Anerkennung des Gehilfenarbeitsnachweises durch die Unternehmer; auch soll die noch in einigen Geschäften herrschende Accordarbeit gänzlich beseitigt werden. Bei circa 140 in Betracht kommenden Gehilfen sind etwa 100 Gehilfen organisiert. Die Aussichten sind also die besten und hofft man, daß es gelingen wird, die Lohnbewegung in beiderseitigem Interesse gütlich zu regeln. Alle Arbeiterblätter werden ersucht, von Nachstehendem Notiz zu nehmen.

Schwarze Listen haben anlässlich des Kasseler Maurerstreiks die dortigen Unternehmer an ihre Kollegen in Deutschland verandt. Es sind 800 Maurer aufgeführt, vor deren Einstellung die Kasseler Unternehmer warnen. Ein Baumunternehmer in Gelsenkirchen äußerte angefaßt des Kriegsbriefes: „Schade, daß nicht schon welche hier sind, ich habe gerade viel Leute nötig!“

Ausland.

Die Färber in Kopenhagen sind zwecks Erlangung höherer Löhne in einen Streik eingetreten. Die jetzigen Löhne der Färber in Kopenhagen betragen durchschnittlich 20 M. Es wird dringend ersucht, den Zugang von Färbern nach Dänemark streng fernzuhalten.

Die Jute Weber in Södertele (Schweden) befinden sich in einer Lohnbewegung, da die Fabrikanten beabsichtigen, unter dem Vorwand der schlechten Konjunktur früher gemachte Lohnaufbesserungen wieder rückgängig zu machen. Der Vorstand des Jute Weber-Vereins ersucht daher eine Fernhaltung des Zugangs nach Södertele.

Sociales.

Die unheilvollen Einflüsse des chinesischen Kriegs auf die Eisenindustrie machen sich immer stärker bemerkbar. Namentlich die rheinisch-westfälische Kleinereisen-Industrie leidet merklich unter einer schweren Depression. Dieselbe war in den letzten Jahren stark an der Ausfuhr nach China beteiligt und hatte auch neuerdings eine Reihe bedeutender Aufträge erhalten, die teils bereits ausgeführt, teils in der Ausführung begriffen sind, aber jetzt nach Ausbruch des Krieges nicht abgehandelt resp. weiter ausgeführt werden können. Die Folge davon ist, daß die Kleinereisen-Industrie in Iserlohn, Hagen, Altena, Remscheid und Solingen darniederliegt und auch einige große Walz- und Stahlwerke vergebens auf ausreichende Bestellungen warten. Beträchtliche Arbeiterentlassungen dürften unter diesen Umständen für die nächste Zeit bevorstehen. Es handelt sich bei der Kleinereisen-Industrie um eine Depression, die nicht, wie bei dem Kanonen- und Panzerplatten-Fabrikanten Krupp, nach Beendigung des Krieges oder vielleicht auch noch während des Krieges durch gesteigerte Bestellungen wieder weit gemacht wird, sondern um eine industrielle Schädigung auf Jahre hinaus.

Erholungsurlaub für kaufmännische Angestellte. Der Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband versendet an die Presse folgende Notiz:

Die Ferienzeit ist wieder mal herangelommen. Allenthalben werden Vorbereitungen zu Erholungsreisen getroffen. Weil in unserer Zeit die tägliche Arbeit in so vielen Berufen von einem nervenzerstörenden Hasten und Jagen begleitet wird, deshalb ist es auch ganz selbstverständlich, daß die Einführung eines Erholungsurlaubs immer allgemeiner werden muß. Im Kaufmannstande giebt es zwar heute ebenfalls bereits eine Reihe angesehener Handelshäuser, die ihren Angestellten zwei Wochen Ferien gewähren, immerhin muß man aber doch sagen, daß diese Firmen selber nur einen kleinen Bruchteil sämtlicher Handelsbetriebe bilden. In den meisten Handelshäusern müssen die Angestellten ohne Unterbrechung auch in den Sommermonaten Tag für Tag hinter dem Ladentisch oder vor dem Pult stehen. Es wurde deshalb im vorigen Herbst bei den Beratungen über die Gewerbenovelle im deutschen Reichstage bereits die Frage aufgeworfen, eine Ferienzeit für Handelsangestellte gesetzlich anzuordnen. In Anbetracht der großen Schwierigkeiten, die sich einer gesetzlichen Regelung dieser Angelegenheit entgegenstellen würden, ist zu hoffen, daß immer weitere Kreise der selbständigen Kaufmannschaft für ihre Angestellten einen Erholungsurlaub freiwillig einführen werden. Es dürfte gerade gegenwärtig angebracht sein, auf seine Vorgänge hinzuweisen.

Trotzdem die Arbeitgeber, die für ihre Angestellten und Arbeiter Ferienurlaub eingeführt haben, infolge der dadurch erlangten großen Ersparnisse ihrer Angestellten durchaus keine materielle Schädigung erlitten haben, ist doch kaum zu erwarten, daß sich weitere Unternehmerkreise zur freiwilligen Einführung des Ferienurlaubs verstehen werden. Auch diese Forderung der Arbeiter, deren Berechtigung selbst vom kapitalistischen Standpunkt aus nicht erst erwiesen zu werden braucht, muß von der Arbeiterklasse erlämpft werden. Den Handlungsangestellten kann auch aus diesem Anlaß nicht dringen genug der Anschluß an die Organisation, den „Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen“ und den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Verband der Handels-Hilfsarbeiter empfohlen werden.

Fleischhandfahr Südaustralien. Südaustralien hat noch nicht 500 000 Einwohner, gleichwohl führte diese Kolonie im Jahre 1899 nicht weniger als 71 260 geschlachtete Schafe, 1562 Hammel, 407 096 Kaninchen, 14 828 Jungen, 212 812 Rieren und eine große Menge sonstiger Fleischstücke nach Großbritannien aus. Diese Waren hatten einen Weg von ungefähr 12 000 Meilen quer über den Äquator um die halbe Erde zurückzulegen, um einen Markt zu finden. Mit den genannten Fleischwaren gingen auch noch aus jenem fernen Lande eine Menge Güter, Gänse und Hühner auf den europäischen Markt.

Geriichts-Deitung.

Wie verschieden bisweilen die Feststellungen des Gerichts von denen der Polizei sind, zeigte eine Verhandlung, die gestern vor der siebenten Ferien-Streikammer des Landgerichts I stattfand. Auf der Anklagebank befand sich der Droischlensburger August Richter unter der Beschuldigung der fahrlässigen Körperverletzung. Nach der Anklage sollte er am 23. Februar d. J. in unvorsichtiger Weise und rücksichtsloser Weise an einer Pferdebahn-Halle in der Charlottenstraße vorübergefahren sein und dabei eine Dame umgestoßen und verletzt haben. Er sollte nicht angerufen und nach dem Unglücksfall nicht angehalten haben. Der Angeklagte bestritt die Richtigkeit dieser Behauptungen und die Verletzte hatte sich bei dem Vorfall in solcher Aufregung befunden, daß ihre Wahrnehmungen nicht besonders zuverlässig waren. Aber der Kaufmann Tempel, der damalige Postkassier des Angeklagten, hielt es für seine Pflicht, als Entlastungszeuge für den Angeklagten aufzutreten. Er behauptete, daß der Angeklagte langsam an der Haltestelle vorbeigefahren sei. In der Mitte zwischen der Haltestelle und der Vorderstange und dem Bürgersteig habe die Dame gestanden. Der Angeklagte habe wiederholt angerufen, die Dame habe sich aber nicht einmal umgesehen, geschweige denn ihren Standpunkt verändert. Sie habe einen sich nähernden Pferdebahnwagen im Auge gehabt und sei plötzlich einige Schritte vorwärts getreten, um sich zu überzeugen, ob sie den Wagen benutzen könne. Dies sei wohl nicht der Fall gewesen, denn ebenso unvernünftig sei sie wieder einige Schritte zurückgetreten, und dadurch gerade gegen das Pferd des Angeklagten gelaufen. Sie habe es in ihrer Angst um Gehilf gepackt und sich daran festgehalten, bis es dem Angeklagten gelungen sei, das Pferd zum Stehen zu bringen. Die Dame sei dann beiseite gerungen, und da anscheinend ein Schaden nicht entstanden war, habe der Junge den Angeklagten gedrängt, weiter zu fahren, da er sonst ausweichen müsse. Der Angeklagte habe dann nach einer kurzen Strecke wieder angehalten und gesagt, er könne es nicht über sich gewinnen, weiter zu fahren, er müsse sich erst überzeugen, ob die Dame verletzt sei oder nicht. Der Zeuge fügte hinzu, daß er seit Jahrzehnten viel Droische gefahren, aber ein so anständiger Droischlensburger, wie der Angeklagte, sei ihm noch nicht vorgekommen. Tatsächlich hat die Dame doch eine Quetschung der linken Hüfte erlitten. Der Staatsanwalt beantragte die Freisprechung des Angeklagten, dem ein Verschulden nicht nachzuweisen sei, und der Verteidiger, Rechtsanwalt Rorick, trat diesem Antrag bei unter dem Hinweis darauf, daß vorliegender Fall so recht zeige, daß es manden Damen an der Entschlossenheit, Gehilf-

gegenwart und Umsicht fehle, die auch für das weibliche Publikum, das sich im Straßenverkehr bewege, so notwendig sei. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung.

Gegen den Spieler Hermann Wolff ist nunmehr die Voruntersuchung geschlossen worden. Ob die Sache vor dem Herbst zur Verhandlung gelangt, dürfte fraglich sein, da die Mehrzahl der Zeugen so glücklich gestellt ist, daß sie während der Sommermonate verreisen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Bronker, wird auch noch einige Zeugen laden. Ebenso fraglich ist es noch, ob der zu erneuernde Prozeß gegen die „Harmlosen“ mit der Sache Wolff verbunden werden wird.

Herr Adolf Brand, der durch sein Attentat auf den Abgeordneten Dr. Lieber so viel von sich reden machte, stand dieser Tage wegen Verleumdung durch die Presse vor der Justiz Strafkammer. Brand hatte in einer dortigen Zeitung kürzlich im Anschluß an die Affäre des Stabsarztes Dr. Sternberg über die Entmündigung eines Militär Arztes einen Aufsatz veröffentlicht. Durch den Artikel fühlten sich die Sachverständigen des letztgenannten Entmündigungsverfahrens beleidigt und stellten gegen den Verfasser Brand, den Verleger und den verantwortlichen Redakteur der Zeitung, Strafantrag. Das Urteil der Strafkammer lautete auf zwei Monate Gefängnis gegen Brand; die Mitangeklagten erhielten 500 und 200 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte gegen Brand vier Monate Gefängnis beantragt.

Tanzvergütungen geschlossener Gesellschaften können besteuert werden. Beim Gastwirt Beul in Krefeld hatte im Februar dieses Jahres der dortige „Sängerbund“ sein Stiftungsfest mit Tanz abgehalten, ohne daß vorher eine Lustbarkeitssteuer entrichtet worden war. Beul wurde deshalb wegen Uebertretung der Krefelder Lustbarkeits-Steuerordnung mit Geldstrafe belegt. Er remonstrierte und machte geltend, daß es sich hier um das Vergütigen einer geschlossenen Gesellschaft handle und daß solche Vergütungen nicht zu besteuern seien. Die Steuerordnung wäre insoweit ungültig, als sie auch Lustbarkeiten von Vereinen und geschlossenen Gesellschaften der Steuer unterwerfe. Das Schöffengericht sprach den Angeklagten auch frei, das Landgericht als Berufungsinstanz verurteilte ihn jedoch zu einer Geldstrafe und erklärte die Steuerordnung für rechtsgültig. A. legte Revision ein, wiederholte seine früheren Ausführungen und betraf sich auf das Kommunal-Abgaben-Gesetz. Das Kammergericht wies die Revision zurück, indem es ebenfalls annahm, daß durch die Steuerordnungen die Lustbarkeiten geschlossener Gesellschaften den öffentlichen Lustbarkeiten gleichgestellt werden könnten. Nach der Ausführungsanweisung des Finanzministers sollten dagegen keine Familienfestlichkeiten nicht besteuert werden.

Versammlungen.

Nizdorf. Eine sehr gut besuchte polnische Volksversammlung fand am 15. Juli in Kaulners Lokal statt. Genosse Hase Berlin referierte über „Christentum und Arbeiterbewegung“. Er erläuterte die wirtschaftlichen Ursachen, welche zum Entstehen des Christentums geführt haben. An der Hand des Neuen Testaments führte der Redner den Beweis, daß das Christentum in seinen Anfängen kommunistisch war. Im Laufe der Zeit hat es seinen Charakter von Grund auf geändert. Mit dem Entstehen des Verfalls der Menschheit und der letzte Rest des Kommunismus aus den Lehren des Christentums. Zur Parole wurde die Eroberung der politischen Macht und des wirtschaftlichen Einflusses. Der heutige Klerus verleugnet in seinen Thesen vollständig die Lehre, die er vertreten soll. Der Beamten-Priester kann der Arbeiterbewegung nicht einmal neutral gegenüber stehen. Er ist Partei und handelt als solche gegen jede Bewegung zur Verbesserung der Lage des arbeitenden Volks. Redner geht in scharfen Worten die volksfeindliche militärische und Vrowaderpolitik der katholischen Partei, des Centrums, das polnische Volk, welches unter dem schwersten wirtschaftlichen, politischen und nationalen Joch leidet, hat die meiste Verantwortung, sich endlich gegen seine katholischen „Führer“ zu wenden. Die Erfahrung hat ihm bewiesen, wie weit diese Führer es gebracht haben. Der Referent erläutert die Bestrebungen der politischen und gewerkschaftlichen Organisation des Proletariats und fordert die Anwesenenden zum Anschluß an die Socialdemokratie auf. Damit schließt er, werden Sie viel mehr im Sinn des wahren Christentums handeln, als alle Pfaffen mit den schönen Worten und den schlechten Thaten! (Stürmischer Beifall.) In der Diskussion sprachen die Genossen Verus, Poddang und Saturna im Sinne des Referenten. Von den anwesenden Mitgliedern des polnischen katholischen Vereins ergriff, trotz wiederholter Aufforderung, keiner das Wort. Im Schlusswort erwähnte der Referent die Anwesenenden, dem polnischen socialdemokratischen Klub „Jaroslav Dobrowski“ beizutreten. (Anmeldungen nimmt der Genosse W. Kellinski, Nizdorf, Bergstraße 30, entgegen.) Damit hatte die gut verlaufene Versammlung ihr Ende erreicht.

Der chinesische Krieg.

Tschin, 15. Juli. Hier ist die Nachricht verbreitet, daß Fort und die Chinesenstadt in Tientsin seit am 13. Juli von den Verbündeten unter japanischem Oberbefehl mit schwerem Verlust genommen worden. Angeblich hätten auch Truppen des Schantungscorps gegen die Verbündeten im Feuer gestanden.

Berlin, 16. Juli. Heute eingetroffene Telegramme des kaiserlichen Konsuls in Tientsin vom 9., 11. und 12. Juli melden: Die Fremdenbesatzungen wurden am 9. Juli festig belagert. Japaner und Russen eroberten sechs Geschütze und töteten 500 Chinesen. Ein in der Nacht zum 11. Juli unternommener Versuch der Deutschen, Russen und Japaner, eine Straße von der Chinesenstadt aufgestellte feindliche Batterie zu umgeben und zu nehmen, mußte aufgegeben werden, da die Pontons über den Kanal unbrauchbar waren. Engländer, Franzosen und Japaner hielten die Eisenbahnstation unter Verlusten gegen einen Angriff am Morgen. Auf das Bombardement der Niederlassungen am 11. Juli antwortete eine verstärkte englische Batterie scharf mit gutem Erfolge. Am 12. Juli ruhte der Kampf.

London, 16. Juli. (B. Z. W.) Unterhaus. Parlaments-Untersekretär des auswärtigen Prodriz erklärt, obgleich die Regierung keine positive Mitteilung bezüglich der schrecklichen Katastrophe in Weking erhalten habe, so könne man doch kaum sich noch irgend welcher Hoffnung hingeben. Prodriz teilt ferner mit, es sei ein Telegramm eingetroffen, welches besage, Admiral Seymour sei wieder an Bord eines Schiffes gegangen, nachdem er eine genügende Anzahl Mannschaften der Marinebrigade in Tientsin zurückgelassen, um die Geschütze zu bedienen.

Admiral Seymour telegraphierte aus Tatu vom 14. d. M.: Er glaube, daß die vereinigten Truppen von allen Forts mit Ausnahme des Forts von Tientsin Besitz ergriffen hätten. Prodriz giebt sodann folgende Darstellung über die Stärke der bei Tatu und Tientsin am 10. Juli vereinigten Truppen der Mächte: Die Russen haben 149 Offiziere, 8200 Mann, die Japaner 124 Offiziere, 5100 Mann, England 175 Offiziere, 2400 Mann, Frankreich 103 Offiziere und 2400 Mann, Deutschland 36 Offiziere, 2400 Mann. Die Amerikaner 10 Offiziere, 1300 Mann; außerdem sind noch kleine Abteilungen der Oestreicher und Italiener dort, so daß sich die Gesamtstärke der vereinigten Truppen auf 804 Offiziere und 20 700 Mann beläuft. Bedeutende Truppenverstärkungen werden jetzt ausgeschickt und sind noch unterwegs, jedoch ist das Land von Truppen in Tatu infolge mangelnder Verbindungen beschränkt.

Paris, 16. Juli. Nach einem Telegramm des „Temp“ aus Shanghai beschlossen die Gouverneure der Provinzen Sowe, Sumang und Donan, den Befehlen des Prinzen Tuan zu gehorchen. Zahlreiche Christen wurden massakriert, Kirchen zerstört. In der Provinz Che-kiang begannen gleichfalls Unruhestörungen. Auf Eruchen des französischen Konsuls in Shanghai traf der dortige Gouverneur Maßnahmen zum Schutz der Franzosen.

Trübe Stimmungen.

London, den 14. Juli 1900.

Die parlamentarische Saison nähert sich ihrem Ende, und die Saison der oberen Gehirntätigkeit ist so gut wie zu Ende. Sie war eine der trübsten, die London seit langem zu verzeichnen gehabt hat. Der Krieg in Südafrika hat viele Familien der bestgehenden Klassen in der einen oder anderen Weise mitgenommen; die einen beklagen den Verlust von Angehörigen, die anderen den von Kapitalien. Kein Wunder, daß „Rayfair“, das Quartier der eleganten Welt, sehr viel weniger Gäste und Gesellschaften gesehen hat wie in anderen Jahren. Und das macht sich dann wieder allerhand Geschäftsleuten empfindlich bemerkbar. Ein Blumenhändler in Regent Street berechnet, wie mir erzählt wurde, seinen Verlust während der Saison auf 6000 Pfd.-Sterl. Daraus kann man auf die Ausfälle der Modewarenhändler z. B. schließen. Zum Schluss gefellte sich zu allen andern Trübseligkeiten auch noch die Erhebung in China, die das Geschäftsleben mehr noch durch das Gefühl der Unsicherheit hinsichtlich der nächsten Zukunft trifft als durch direkte Abhängigkeiten, obgleich auch diese nicht gering sind. Insbesondere leidet die Baumwollindustrie Lancashire, der schon die Hungersnot in Indien schwere Wunden geschlagen hatte. In Bradford, Curlew, Keelson usw. stehen Tausende von Webstühlen leer oder gehen „kurze Zeit“, und was das für die betreffenden Arbeiter bedeutet, bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung.

Sonst ist es die Furcht vor Fortwärtissen mit europäischen Mächten, welche den Dogen-Aussand vielen Engländern ganz besonders bedenklich erscheinen läßt. Bei allen Vorgängen in Asien stellt sich immer wieder die Gefahr eines großen russisch-englischen Konflikts den Blicken dar, und es fehlt nicht an Schriftstellern, die sie auch jetzt in den lebhaftesten Farben schildern. Letzte England nicht jetzt energisch und bestimmt auf, und entschließt es sich nicht endlich zu einer konsequenten Politik der Befähigung von Rußlands Vorgehen in China, so werde das Ende vom Liede des jetzigen Aufstandes sein, daß Rußlands Einfluß dort auf Kosten Englands eine neue Stütze erfährt. Hier gebe es keine Wahl mehr, alles Verdrängen und Verdrängen verschlechtere nur die Aussichten des unvermeidlichen Messens der beiderseitigen Kräfte für England.

Diesen Stimmungen gegenüber mag das liberale Wochenblatt „Speaker“, das vor einiger Zeit in neue Hände übergegangen ist und seitdem den linken Flügel der Partei vertritt, auf folgende bemerkenswerte Zahlen der englischen Handelsstatistik aufmerksam:

Table with 2 columns: 'England's Einfuhr betrug in Millionen Pfund Sterling' and 'Ausfuhr betrug in Millionen Pfund Sterling'. Rows include years 1890, 1898, 1900, 1908 and categories 'Nach China' and 'Nach Rußland'.

Während der Handel mit China im fortwährenden Rückgang begriffen ist, ist danach der mit Rußland im Zunehmen und jedenfalls viel bedeutender als der erstere (1894: 22 gegen 7,7 Millionen). Selbst Englands Ausfuhr nach Hongkong sei von 2,7 Millionen im Jahre 1890 auf 2,3 Millionen im 1898 zurückgegangen.

Die Zahlen sind tendenziös ausgeschaut, aber insofern korrekt, als sie das Uebergewicht von Englands Handel mit Rußland über den mit China veranschaulichen. Und doch führen unsere Handelsjünglinge, rüst der „Speaker“ aus, „beständig Reden, als ob ein Krieg mit Rußland um des chinesischen Handels willen eine vernünftige Geschäftsanlage wäre.“ Faktisch würde er vom Geschäftspunkt aus noch verfehlter sein wie der Krieg in Südafrika. England würde 200 Millionen Pfund Sterling ausgeben, einen ausgedehnten und steigenden Handelsverkehr zu schädigen, um der entferntesten Möglichkeit der Steigerung eines schwachen und zurückgehenden Handels willen. Der „Speaker“ hofft daher, daß die Zeit nahe ist, wo die produzierenden Klassen dieses Landes und die Großhändler und Ladenbesitzer auf die Warnungen Mr. Morleys hören und zu den gesunden Lehren Brights und Cobdens zurückkehren.

Sichtlich Rußlands ist diese Hoffnung insofern nicht unberechtigt, als in der That eine starke russisch-englische Stimmung vorhanden ist und in Lord Salisbury einen willigen Helfer findet. Sonst aber fehlt die Darlegung des „Speaker“ darin, daß sie, wie so viele Anklagen der Nichts als Freihändler, einige wichtige Tatsachen durch Ignorierung einer Anzahl mit ihnen verbundener Fragen im falschen Lichte darstellt. So wird der Umstand völlig übergangen, daß England nicht nur als Verkäufer und Käufer von Waren am Handel mit China interessiert ist, sondern auch in außerordentlich hohem Grade als Expeditur von Waren, daß sein Seetransportdienst eine der wichtigsten Industrien Englands ist, wovon die strammste Freiheit bei andern Gelegenheiten selbst mit Energie verwehrt. Und dann ist die chinesische Frage nicht bloß eine Frage zwischen England und Rußland, sondern eine internationale Frage der großen Handelsnationen, und würde sich England durch Willkür gegenüber Rußland in Gegensatz zu einer Reihe dieser und damit wieder in immer größere Abhängigkeit an Rußland bringen. Es ist der große Fehler des bürgerlichen Radikalismus, durch den er sich hier außerordentlich geschadet hat, daß er die Fragen der auswärtigen Politik gewöhnlich immer nur unter einem speziellen, nobelstehenden Gesichtspunkt zu betrachten pflegt. So sind auch die summarischen Handelsziffern, wie eine Betrachtung der Hauptgegenstände des Warenverkehrs zwischen Rußland und England zeigt, sehr trügerisch.

Augenblicklich scheint übrigens Rußland selbst hinsichtlich in der Abnahme zu liegen, um sich den Luxus aggressiver Vorgehens und Intriguen gegen die andern Mächte zu leisten. Und England wiederum hat, wie die Niederlage bei Nikols-Wel zeigt, in Südafrika noch genug zu thun, als daß es sich leichtfertig in einen Handel mit Rußland stürzen sollte.

Daß die erwähnte Niederlage hier große Enttäuschung hervorgerufen hat, ist selbstverständlich. Von der Siegesfeierlichkeit der Tage von Moskau und Victoria ist wenig übrig geblieben. Trotzdem darf man nicht erwarten, daß die Deputation von Kap-Holländern, die herübergekommen ist, um gegen die Anzöger der Vorenstauten zu agitieren, hier Nennenswertes ausrichten wird. Wohl ist es vielen Engländern erst jetzt zum Bewußtsein gekommen, welche Aufgabe die Armee bedeutet, und vielfach fragt man sich ernsthaft, ob die Sache der Opfer wert war. Aber vor Schwierigkeiten zurückzuweichen, nachdem man eine Sache einmal in Angriff genommen, liegt so wenig im Charakter der Engländer, und das Gefühl, daß das Recht auf Seiten Englands ist, ist so stark verbreitet, daß es noch ganz anders kommen möchte, bevor es gelänge, die Masse der Engländer für eine andre als die von der Regierung angelegte Politik zu gewinnen. Die erste Erfahrung der Kap-Holländer war, daß sie das Hotel, in dem sie abgestiegen waren, auf Verlangen eines Teils der Gäste wieder verlassen mußten, eine Intoleranz der letzteren, für die kein Wort der Verurteilung klar genug ist, die aber zeigt, welche Stimmung im Publikum vorwaltet.

Vierter internationaler Textilarbeiter-Kongreß.

Berlin, den 16. Juli 1900.

Der Kommerz und die Festräden.

Zur Begrüßung der auswärtigen Kameraden und Delegierten gaben die deutschen Textilarbeiter am Sonntagabend einen Kommerz. Die mit Bannern und Emblemen reich geschmückte weiche Halle des Gewerkschaftshauses war von 6 Uhr abends an von einer festlichen Menge gefüllt. In langen, weiß gedeckten Tafeln hatten die Delegierten und Gäste Platz genommen. Auf der Tribüne standen unter Vorbäumen rechts und links die Wägen von Marx und Lassalle, während von der Hinterwand ein breites rotes Banner herabhing, das die aufgehende Sonne und darunter in Goldbuchstaben die Aufschrift: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ zeigte. In beiden Seiten des Banners wurden die Fahnen der einzelnen Nationen durch ein weißes Band zusammengehalten, das in Englisch und Französisch den Ruf des kommunistischen Manifestes trug: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Männerchor leitete das Fest ein.

Dann besang Kogte-Verlin die Tribüne und entbot den Erschienenen im Namen der Textilarbeiter Deutschlands ein herzliches Willkommen. Als im Jahre 1897 in Moudair der Beschluß gefaßt wurde, den nächsten internationalen Kongreß in Deutschland abzuhalten, konnten unsere deutschen Delegierten zunächst keine bindende Zusicherung geben. In jener Zeit stand die Justizhandlung auf der Tagesordnung und die Gefahr war vorhanden, daß sie Gesez werden würde. Dann wäre es unmöglich gewesen, den Kongreß in Deutschland abzuhalten. Aber die gemeinsame Arbeit der deutschen Arbeiterkraft besitzte die Gefahr, die Justizhandlung wurde den Machthabern zerissen vor die Füße geworfen. Im Kampf um das bisherige Koalitionsrecht hat auch die deutsche Textilarbeiterkraft ihren Mann gestellt. So konnten wir Sie denn hier begrüßen, und wir sind besonders stolz darauf, daß wir Sie in unserer eigenen Mauer, auf eigenem Grund und Boden, in diesem Gewerkschaftshaus begrüßen können. (Beifall.) So wie sich beim Van dieses Hauses Ziel an Ziel gefügt hat, bis das helllichte Ganze bestand, so ist die Massenorganisation der Arbeiterkraft zu einer Macht herangewachsen, mit der jeder rechnen muß, und mag er noch so hochgefühlt dastehen. (Beifall.) Die Deutschen reichen den Arbeitern der übrigen Nationen die Bruderhand. Wir alle sind Arbeiter, wir alle wollen, daß der Arbeit die Welt gehört. Es mag bessere Organisatoren geben, als wir sind, aber in der Theorie zu dem einmal als richtig erkannten Grundfassen lassen wir Deutsche uns von keinem überbieten, auch nicht im treuen Festhalten an der Hoffnung, daß die Wälder sich schließlich einmal verständigen werden. (Bravo!) Wenig können wir unsern fremden Gästen bieten, aber es kommt aus vollem Herzen. Die Ueberzeugung werden die auswärtigen Delegierten jedenfalls mit nach Hause nehmen, daß die deutschen Textilarbeiter jederzeit für ihre außerordentlichen Brüder einzutreten bereit sind. Mit einem Hoch auf die Gäste, das begeistert angenommen wurde, schloß der Redner.

Es folgten kurze Erwidern der auswärtigen Delegierten. G. H. B. J. überbrachte die Grüße der Textilarbeiter Oesterreichs, deren Organisation durch die Abhängigkeit der politischen Zustände und die Vielvölkigkeit erschwert werde. Doch ist in der letzten Zeit ein wichtiger Schritt nach vorwärts gethan. (Bravo!)

L. P. ers-Roubaix dankt namens der französischen Delegation für den freundlichen Empfang; ihm schließen sich Wilkinson für die Engländer und der Name Vandewyn-Gent für die Belgier an.

Es war bereits 9 Uhr vorüber, als Genosse Liebnecht, von jubelndem Beifall und Händeklatschen begrüßt, die Tribüne betrat. Er feierte den Kongreß als eine Kulturthat ersten Ranges. Eine andre Welt erblickt man hier in diesem Saal, als die offizielle Welt da draußen. Vor einem Menschenalter mühten Oesterreicher und Preußen, vor 30 Jahren mühten Franzosen und Deutsche als Soldaten einander gegenüberstehen, auf einander schießen. Hier stehen Deutsche, Oesterreicher, Franzosen einander die Brustband. Der englische Arbeiter geht hier mit dem deutschen Schulter an Schulter, während das offizielle Deutschland jahrelang eine schmachvolle Hege gegen England entfesselt hat. Der Vorentwurf, der England auch im deutschen Volk unpopulär gemacht hat, ist ja nur von der kapitalistischen Gesellschaft gemacht worden, das englische Volk ist daran unschuldig. Während der deutsche Reichstag eine Flotte bewilligt, die bestimmt ist, die englische Flotte zusammenzuschießen — beiläufig ein wahnsinniges Unterfangen! — sitzen hier die englischen Arbeiter bei den deutschen. Wir sehen: es ist hier eine neue Welt, sie vertritt eine neue Weltanschauung und treibt eine neue Weltpolitik. (Beifall.) Die Weltpolitik da draußen schießt die Soldaten zur Meuterei nach China. Sie sollen dort ein gewaltiges Reich zerschmettern, das eine über 10000 Jahre alte Zivilisation hat, und das man bei uns nur deshalb verachtet, weil die Chinesen die Kunst nicht so gelernt hatten, auf ihre Mitmenschen zu schießen, weil dieses alte Kulturvolk den Krieg für eine Barbarei gehalten hatte. Nun, jetzt haben sie dort das Schiefes gelernt. Luste Offiziere haben es ihnen beigebracht, und unser patriotischer Herr Krupp hat ihnen die Kanonen geliefert, mit denen sie unsere Soldaten zusammenschießen. (Beifall.) Was sucht denn der Kapitalismus in China? Er sucht ein neues Land, um es auszurauben, da er seine eignen Länder bereits bis auf den Grund ausgegraben hat. (Beifall.)

Das ist die Welt da draußen. Und hier? Während dort ein Weltkrieg sich vorbereitet, sitzen hier die Nationen in der Person ihrer Vertreter brüderlich vereint. In diesem Saale herrscht ein höherer Gedanke, unsere Welt ist eine höhere. Für die Arbeiter sind die verschiedenen Nationen nur, was die Familien in der Gemeinde sind. Die deutschen Arbeiter wissen, was Frankreich für die Sache der Freiheit, was England für die Unterdrückung der Menschheit durch die Schaffung seiner Arbeiterorganisationen gethan hat. Eine der ältesten und bedeutendsten dieser Organisationen ist die der Textilarbeiter. Denn die Weberei ist von jeder bis in die neueste Zeit hinein dasjenige Gewerbe, welches die meisten Menschen beschäftigt hat. Der Hauptkampf gegen den Kapitalismus ist durch die Weberei geführt. Der Kampf gegen die Webereiorganisationen führte vor 100 Jahren zu dem schmutzigen Judenhausgesetz Englands: der Anti-Koalitionsbill. Aber nach 25jährigem Kampf mußte die Regierung nachgeben. Die englischen Arbeiter erhielten volle Koalitionsfreiheit.

Es kam die Periode der Großindustrie. Gerade die Weberei haben unter der neuen Produktionsart am meisten zu leiden gehabt. Redner schildert den Verzweiflungskampf der englischen Handwerker mit der Maschine, dessen letzte Rudimente er selber in den 50er Jahren in England studiert habe. 30 Jahre später habe er dasselbe Schauspiel in Deutschland miterlebt. Und dieser Uebergang zur Fabrikindustrie sei vorteilhaft für die Arbeiter. Nichts komme dem Uebers der Hausindustrie gleich. Jetzt aber gelte es, weiter zu gehen. Das nächste Ziel sei Erhöhung der Löhne und Herabsetzung der Arbeitszeit. Das könne aber nur durch die Kampforganisationen der Arbeiter erreicht werden.

Die Arbeiter dürfen nicht auf die Manöver der Kapitalisten hereinfallen, die die nationalen Gegensätze der Arbeiter gegen einander auspielen. Belgien soll nicht mehr von seinen Fabrikanten hören, daß die Löhne nicht erhöht werden können, weil die deutschen Fabrikanten Hungerlöhne zahlen. Die Arbeiter aller Völker sind nur eine Nation. In der heutigen Welt giebt es überhaupt nur zwei Nationen, und diese werden bestimmt durch das Klassen-Interesse. Auf der einen Seite die Reichen, die Kapitalisten,

auf der andern die Armen, die Arbeiter. Ich war in amerikanischen Fabriksstädten und in Strimmitzhan, in Manchester und Moudair. Ich sah überall da Arbeiter aus den Fabriken kommen. Überall derselbe Typus! Die Furchen der Arbeit auf den eingefallenen Gesichtern, vor der Zeit gealtert. Aber wenn man auf die Börsen geht, in London und Berlin, in Wien und Paris, wenn man die Stumm und die anderen Magnate des Großhandels sieht: überall daselbe Gesicht, dem man es anmerkt, daß es Geld hat, Geld im Ueberflusse hat, das durch jenes andre Volk da verdient ist.

Wir aber hier, wir gründen den „Zukunftsausschuss“: die Vereinigten Staaten der Welt (lebhafter Beifall), wir kennen nur einen Krieg, den gegen Unterdrückung, Unkultur, Ungerechtigkeit und Unwissenheit. Das ist die Weltpolitik der Socialdemokratie. Und darum: Arbeiter aller Länder vereinigt Euch! Hoch die internationale Organisation der Arbeiter. (Stürmischer Beifall.) Nieht abersetzt sodann seine Rede ins Englische. Als er sie auch ins Französische überlesen will, unterbricht ihn Genosse L. P. ers und bittet ihn mit französischer Liebenswürdigkeit, sich nicht weiter zu bemühen. Die Franzosen hätten ihn vollkommen verstanden, denn man kenne in Frankreich seinen Charakter und seine Ideen, die die Ideen der Arbeiterkraft der ganzen Welt seien.

Anher der Festrrede sei noch des Prologs gedacht, den Genosse Wagner verfaßt hatte und vortrug. Ebenso lebhaften Beifall fanden auch zwei wirkungsvoll gestellte lebende Bilder, von denen das eine eine Huldigung an Karl Marx, das andre die Marxellise darstellte. Fröhliche Musik und die Vorträge des Rathhaus-Arbeiter-Gesangsvereins hielten die Teilnehmer noch lange beisammen.

Erster Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Kogte eröffnet um 10 1/2 Uhr den Kongreß. Er teilt mit, daß das Bureau von Vertretern aller Nationen gebildet ist und heißt noch einmal die Anwesenden herzlich willkommen. Wenn man gestern den Proßum habe walten lassen, so heißt es heute, erste Arbeit verrichten, um die Lebenshaltung der Textilarbeiter zu verbessern und der Beschaffung der einzelnen Länder die Wege zu weisen, die sie zu gehen hat. Er sei davon überzeugt, daß jeder der Delegierten seine Pflicht thun und den Beratungen seine volle Kraft zur Verfügung stellen werde.

Als Vertreter der österreichischen Textilarbeiter überbringt Reichstags-Abgeordneter H. B. J. den Dank der österreichischen Kollegen für die materielle Unterstützung, die die von ihnen ausländischen Fachgenossen in ihrem vorjährigen großen wirtschaftlichen Kampf erhalten hätten. Das Auftreten der österreichischen Textilarbeiter sei eine Verzweiflungsthat gewesen. Sie hätten eingesehen, daß nur die Unterstützung der Arbeiterschaft ihnen helfen könnte, und so sei man zuerst in Wien in den Streik eingetreten um Erreichung des Fünftundentags. Die lokalisierte Bourgeoisie hätte alles gethan, um ihn niederzuschlagen. Es sei ihm nicht gelungen. Heute hätten sich mehr als 100000 österreichische Arbeiter den Fünftundentag angeschlossen. Der Sieg wäre aber unmöglich gewesen, wenn nicht die Kollegen aus England, aus der Schweiz usw. so thätig Hilfe geleistet hätten. Und so müsse er ihnen seinen herzlichsten Dank sagen, und er hoffe, daß der vierte internationale Textilarbeiter-Kongreß eine weitere Stärkung der internationalen Solidarität unter den Textilarbeitern bedeuten werde. (Beifall.)

Wilkinson-Lancashire verweist die Delegierten auf den Bericht des internationalen Sekretariats. Er ist mit dem Verlauf der Bewegung in den letzten drei Jahren nicht so zufrieden. Die internationale Organisation funktioniert doch noch ziemlich langsam, er hofft aber, daß die Beschlüsse des Berliner Kongresses die Sache in ein etwas schnelleres Tempo bringen werden.

Engels-Roubaix begrüßt im Namen der französischen Gewerkschaften, im speziellen der Textilarbeiter von Lille und Moudair. Es handle sich um die Sache aller, die für Hungerlöhne arbeiten. Noch in der vorigen Woche habe er Arbeiter gesprochen, die einen Taglohn von noch nicht 1 Fr. bezogen. Und trotzdem sei es schwer, die Arbeiter zu organisieren. Sie, die sich gegen Feuer und Hagel vertheidigten, zögerten immer noch, in diese größte Verfassung, in die Gewerkschaften einzutreten. Es bedürfte da unermüdlicher propagandistischer Arbeit. Nur die gewerkschaftliche Organisation sei imstande, die Lebenshaltung der Arbeiter dauernd zu heben. Er hoffe, daß der Kongreß auf diesem Wege ein höchstes Ziel leisten werde. (Beifall.)

Der Vorsitzende verliest hierauf folgende Erklärung des Vertreters der jüdischen Arbeiter der westfälischen Stadt Pletstorf:

„Werte Genossen! Ich bin beauftragt, Ihnen die brüderlichen Grüße der jüdischen Weber von Pletstorf zu übermitteln. Aus dem ausführlichen Berichte des Pletstorker Komitees der jüdischen Weber, welcher während der Dauer des Kongresses unter Ihnen verteilt werden wird, werden Sie sehen, daß — trotz der enormen Schwierigkeiten, mit denen die Arbeiterbewegung in einem Lande verknüpft ist, in dem das Volk weder das Koalitions- und Versammlungsrecht, noch die Pressefreiheit hat und der unbeschränkten administrativen Willkür der Regierung ausgesetzt ist — es den Pletstorker Webern während der letzten drei Jahre gelungen ist, die Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden durchzusetzen — sie arbeiten jetzt von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends mit zwei Stunden Unterbrechung für Frühstück, Mittagessen und Abendbrot — und das Zwischenmeister-System, unter dem ein Teil der Pletstorker Weber zu leiden hat, zum Teil zurückzuführen —, daß aber die angeordnete vollständige Beilegung dieses Systems leider infolge der Krise, von der die Pletstorker Industrie seit einem Jahr betroffen ist, zur Zeit unmöglich ist. Ferner werden Sie aus diesem Bericht sehen, daß diese Kämpfe schwere Opfer erfordern haben — eine Anzahl Pletstorker Weber befindet sich zur Zeit in der Verbannung in Sibirien —, daß aber diese Verfolgungen den russisch-jüdischen Webern dazu gebracht haben, daß er seinen schmutzigen Feind im Jargonismus sieht.“

Mit Rücksicht auf die politischen Verhältnisse Rußlands halte ich es im Interesse unserer Sache für geboten, auch hier außerhalb Rußlands nicht öffentlich aufzutreten und werde mich daher an den Abstimmungen des Kongresses nicht beteiligen. Ich werde mich darauf beschränken, Ihren Verhandlungen aufmerksam zu folgen, um meinen Auftraggebern einen ausführlichen Bericht über die Arbeiten des Kongresses geben zu können.

Ich bin überzeugt, daß die Kenntnisnahme von den Verhandlungen, die Sie hier im vollen Lichte der Öffentlichkeit zu pflegen in der Lage sind und von Ihren Kämpfen, die Sie in allen Ländern Westeuropas unter bestimmten Rechtsgarantien ausfechten können, dazu beitragen wird, bei den Textilarbeitern Rußlands das Bewußtsein ihrer eignen Rechtslosigkeit zu stärken und ihnen als neuer Ansporn dienen wird, im Verein mit der gesamten Arbeiterkraft Rußlands danach zu streben, sich die Möglichkeit zu erringen, im freien, offenen Verkehr mit einander und mit den Kollegen des Auslandes, ohne der Willkür einer despotischen Regierung preisgegeben zu sein, am großen Befreiungskampfe des Proletariats der ganzen Welt teilzunehmen. (Beifall.)

Sodann heißt der Vorsitzende der Generalkommission Legien im Namen der deutschen Gewerkschaften die Delegierten willkommen, besonders die Delegierten der fremden Länder. Bis vor wenigen Jahren sei es noch unmöglich gewesen, auf deutschem Boden einen internationalen Kongreß abzuhalten. Daß diese Periode der schwierigsten Reaktion besichtigt sei, das dünne man nur der Kraft der deutschen Arbeiterbewegung, die sich sich auf politischem, wie auf wirtschaftlichem Gebiet betätigt habe. Sie habe es erreicht, daß nunmehr schon zum drittenmal hier in Deutschland ein internationaler Arbeiterkongreß tagen könne; 1894 sei ihm der Bergarbeiter-Kongreß vorausgegangen, der Glasarbeiter-Kongreß sei diesem gefolgt. Durch die Anteilnahme aller

Länder habe es sich gezeigt, daß die Arbeiter begriffen hätten, wie sehr eine internationale Organisation notwendig sei im Kampf gegen das internationale Kapital. Das Kapital sei international; wenn es durch Zollschranken beengt werde, verlege es ruhig seine Produktion in ein andres Land. Gerade in der Textilbranche habe sich das gezeigt. Das Kapital nehme ausländische Arbeitskräfte, wenn sie billiger seien. Da müßten auch die Arbeiter international zusammenhalten. Besonders erfreulich sei die Anteilnahme der englischen Arbeiter. Leider müsse er hier auch etwas weniger Erfolgreiches erwähnen. Die Gesamtorganisation der englischen Arbeiterklasse, vereinigt in dem Parlamentarischen Komitee und dem Trades Union's-Kongreß, nehme sehr wenig Anteil an der internationalen Bewegung. Auf dem Festlande, und speziell in Deutschland, habe die Resolution des letzten Trades Union's-Kongresses in Manchester, zu den ausländischen Kongressen keine Delegierten zu entsenden und mit den ausländischen Organisationen nicht einmal Berichte auszutauschen, keineswegs Sympathie bewirkt. Redner hofft, daß die hier anwesenden englischen Delegierten bestrebt sein werden, den Trades Union's-Kongreß über die Bedeutung der festländischen Arbeiterorganisationen besser zu unterrichten. Erst das Zusammengehen aller Nationen stärke das Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse, es verschaffe ihr die Macht und damit das Recht. (Lebhafter Beifall.)

Von englischer Seite wird die Rede Regiens mißverstanden. Die englischen Delegierten glauben, er habe den Textilarbeiter-Kongreß in Manchester gemeint. Regien erwidert ihnen, es handle sich um den allgemeinen Trades Union's-Kongreß in Manchester. Dort habe man eine Resolution, die ein Zusammengehen mit dem Auslande verlangte, abgelehnt. Die englischen Delegierten verlangen einen gedrungenen Beweis dieser Behauptung. Regien zeigt ihnen einen Artikel des Genossen v. Elm über „Organisationsstarre“, den derselbe in den „Socialistischen Monatsheften“ veröffentlicht hat, und der jene Resolution und ihre Ablehnung mitteilt. Beide Teile behalten sich vor, auf die Angelegenheit noch einmal zurückzukommen, wenn der offizielle Bericht jenes Trades Union's-Kongresses vorliege, den Regien herbeischaffen will.

Ramens des Vorstands der socialdemokratischen Partei Deutschlands heißt sodann Reichstags-Abgeordneter W. Pannluch die anwesenden Delegierten willkommen. Der Redner betont, daß die Berliner Socialdemokratie, die Avantgarde der deutschen Arbeiterbewegung, den Pflichten, die ihr die internationale Solidarität auferlegt, stets in hohem Maße nachgekommen sei. Er ermahnt die Anwesenden, bei ihren Beratungen stets den großen Gesichtspunkt im Auge zu behalten, daß die Notlage der Arbeiter nur dadurch völlig gehoben werden könne, daß man ihre Ursache beseitigt: die Trennung der Arbeitsmittel von der Arbeitskraft. Die deutsche Arbeiterklasse habe immer neben dem wirtschaftlichen Kampf auch den um die Eringung der politischen Macht geführt. Das deutsche Proletariat habe eine Anzahl ausgezeichneter parlamentarischer Vertreter, es sei in die kommunalen Verwaltungsgremien eingedrungen, in die Kantonsräte, in die Gewerbe-gerichte. Der Klassenkampf der deutschen Arbeiterklasse sei allein der heutige Stand der deutschen Socialreform zu danken. Diesen Klassenkampf gelte es zu führen bis an das Endziel: die Aufhebung des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln. (Lebhafter Beifall, in den auch ein Teil der Engländer einstimmt.)

Es wird hierauf zur Wahl des Bureaus geschritten, in das alle Nationalitäten zwei Vertreter entsenden. Von deutscher Seite sollen heute Hübsch-Berlin und Kogke präsidieren, am Dienstag ruht die Leitung in den Händen der Engländer Holmes und Allange, am Mittwoch in den Händen der Franzosen, am Donnerstag in den Händen der Desterreicher, und am Freitag in denen der Belgier.

Ueber die Arbeitszeit des Kongresses entspringt sich eine lebhafteste Debatte. Die Engländer bestehen darauf, nur 5, höchstens 5 1/2 Stunden täglich zu tagen, während die Deutschen eine etwas längere Arbeitszeit vorschlagen.

Reichstags-Abgeordneter Waudert weist darauf hin, daß die Arbeitszeit vieler Textilarbeiter allein bis zum Mittag 6 Stunden betrage. Da könne doch der Textilarbeiter-Kongreß insgesamt 6 Stunden tagen. Schließlich einigt man sich dahin, von 9—12 und von 2—5 Uhr, also 6 Stunden zu tagen.

Hierauf wird die Mandatsprüfungskommission gebildet. Jede Nation ernannt 3 Mitglieder derselben.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung beantragt Wagner-Chemnitz den Punkt: Wie ist die internationale Streikunterstützung zu regeln? einzufügen. Ein englischer Delegierter wundert sich darüber, daß man die Bekämpfung des Alkoholverbrauchs auf die Tagesordnung gesetzt habe, während von den meisten Delegierten ein Glas Bier siehe. (Heiterkeit.) Die endgültige Festsetzung der Tagesordnung wird auf den Nachmittag vertagt. Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Die Prüfung der Mandate ergibt, daß Deutschland vertreten ist durch ein Mitglied des Vorstands der deutschen Socialdemokratie, ein Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, einen Vertreter der Birler- und Weber-Jungung zu Berlin (900 Mitglieder), einen Vertreter des elsässischen Textilarbeiter-Vereins (1000 Mitglieder) und 29 Vertreter des deutschen Textilarbeiter-Vereins (42—43 000 Mitglieder). Desterreich hat 3 Vertreter, Frankreich 2 Vertreter (12 000 Organisierte) und Belgien 2 Vertreter für Gent und Alost entsandt. England schickt 25 Delegierte, die 81 525 Weber, Hospler und Weiser, 23 472 Kramel-Stube-Arbeiter, 18 000 Spinner, 3884 Wuischer, 8808 Doublierer und Fieher, 2000 Portfaher und 4000 Lancashire Textilarbeiter vertreten, zusammen 136 719 organisierte Arbeiter. — Kein Mandat wird beanstandet.

Enghele-Lille giebt im Anschluß an die Mandatsprüfung nähere Auskunft über den letzten großen Viller Streik. Der Eintritt des Genossen Willebrand ins Ministerium hat zur Folge gehabt, daß die Arbeitszeit für Frauen und Kinder, die nach dem früheren Gesetz 10 Stunden betragen sollte, in Wirklichkeit aber 12 Stunden dauerte, zu 11 Stunden festgelegt wurde, welche Bestimmung auch streng durchgeführt wurde. Das wollten sich nun die Fabrikanten in Lille nicht gefallen lassen; sie wollten nun auch eine entsprechende Lohnreduktion für die verlorene Arbeitsstunde eintreten lassen. Das hatte einen Anstand zur Folge, der sich mit rasender Geschwindigkeit über das ganze Revier verbreitete. Er hielt 9 Wochen an und erstreckte sich zum allergrößten Teile auf die unorganisierten Arbeiter. Die organisierten gaben sich nun alle Mühe, die Streikenden für die Organisation zu gewinnen. Die Agitation hatte auch den Erfolg, daß die Organisation auf 5000 Mitglieder anwuchs. Redner hofft, daß sie in kurzer Zeit auf 8000 steigen werde. Was den Streik selbst betrifft, so verlief derselbe erfolgreich.

Bar-Gent verlangt, daß ein ausführliches Protokoll der Kongreßverhandlungen herausgegeben werde. Dasselbe werde in der Agitationsarbeit wesentliche Dienste leisten.

Ein englischer Delegierter meint, es könne sich doch höchstens um die Wiedergabe der Hauptpunkte handeln. Sonst werde das Protokoll ja so bald wie eine Bibel.

Nunmehr wird die Tagesordnung wie folgt festgestellt:

1. Berichterstattung des internationalen Sekretariats.
 2. Berichte über den Stand des Gewerbes und die seit dem letzten Kongreß eingetretenen Veränderungen.
 3. Abschaffung von Tages-Lohnarbeit.
 4. Abschaffung der Ueberzeit- und Nachtarbeit.
 5. Wie ist eine bessere Durchführung der Arbeiterschönheitsbewegung möglich?
 6. Mittel und Wege, Gehe für die Arbeiterklasse zu erreichen.
 7. Die Vertretung der Arbeiter in öffentlichen Körperschaften.
 8. Wie können es die organisierten Arbeiter bewerkstelligen, um dem Genuß alkoholischer Getränke in der Arbeiterklasse wirksam entgegenzutreten?
 9. Die Regelung der internationalen Streikunterstützung.
 10. Wie sind die Kongreßkosten zu decken?
- Die provisorische Tagesordnung hat also nur insofern eine Aenderung erfahren, als Punkt 9 eingefügt worden ist. Das hatte

die deutsche Delegation verlangt. Der Kongreß tritt nunmehr in die Tagesordnung ein.

Der Bericht des internationalen Sekretariats ist den Delegierten schriftlich übergeben worden. Der Berichterstatter verliest daher auf eine mündliche Darstellung. Aus dem gedrungenen Bericht geht hervor, daß das internationale Sekretariat über eigene Geldmittel nicht verfügt, weshalb es die Anträge auf Streikunterstützung an die Einzelaktionen überweisen muß. Auf diesem Wege haben 1899 die streikenden österreichischen Textilarbeiter eine namhafte Geldunterstützung erhalten. Die Finanzfrage soll im übrigen auf diesem Kongreß erörtert werden.

Reichel-Chemnitz findet, daß der Bericht denn doch gar zu mager sei. Wie es möglich, daß auf einer kleinen Olivseite der ganze Bericht über die ganze internationale Thätigkeit gegeben werde! Damit könne man nicht einverstanden sein. In Gent seien die Funktionen des Sekretariats festgesetzt, in Roubaix seien sie erweitert worden. Das Sekretariat sei verpflichtet, von den einzelnen Ländern Berichte einzufordern und diese an die einzelnen Organisationen zu verteilen. Man müsse sich fragen: Hat das internationale Sekretariat seine Pflicht erfüllt? Aus dem Bericht sei nichts zu erfahren, nicht das geringste statistische Material über die Lohnkämpfe in den einzelnen Ländern sei darin enthalten, nichts sei angegeben über die zu ergreifenden Maßregeln. Es sei Pflicht und Schuldigkeit der von den Kongressen eingesetzten obersten Behörde, Auskunft zu geben über ihre Thätigkeit. Mit oberflächlichen Redewendungen sei den Organisationen nicht gedient. Das Sekretariat müsse nachweisen, was es in den drei Jahren gethan habe, ehe man ihm Decharge erteilen könne.

Holmes-Lancashire weist darauf hin, daß die Engländer für sich einen ausführlichen Bericht vorgelegt hätten. Man dürfe dem Sekretariat aber doch nicht die Schuld der andren Länder in die Schuhe schieben. Dem Sekretariat seien von nirgends her Berichte eingeschickt worden. Es könne sich doch keine aus dem Kermel schütten. Man solle lieber den säumigen Organisationen Vorwürfe machen, nicht dem Sekretariat.

Willinson erklärt sich bereit, den englischen Bericht noch durch mündliche Ausführungen zu ergänzen.

Lepers schlägt sich den Vorschwören der Deutschen an. Er beklagt sich darüber, daß das Sekretariat auf mindestens 50 Anfragen von französischer Seite nicht geantwortet habe. Man habe schließlich in Frankreich gar nicht mehr gewußt, ob das Sekretariat überhaupt noch bestiehe, oder nicht. Man habe mehrfach um Streikunterstützung gebeten, ohne daß je eine Antwort erfolgt sei.

Willinson vermahnt sich gegen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe. Er habe sich Duzende von Malen an die Franzosen in Roubaix gewandt, aber die Antworten ließen noch heute auf sich warten. Er dagegen habe stets mit Hilfe seines Sekretärs jeden Brief sofort beantwortet. Redner fragt sodann die Deutschen, welche Berichte sie ihm denn eigentlich geschickt haben. Er hätte nie einen erhalten, obgleich er mehrfach angefragt habe. Ueberhaupt, wie dächten sich die deutschen Brüder die internationale Organisation? Sie hätten während der drei Jahre insgesamt 6 Bld. Stiel, 6 St. 7 Pence (ungefähr 130 M.) eingeschickt. (Heiterkeit.) Was glaubten Sie wohl, was man mit einer so lumpigen Summe anfangen könne? Er habe hunderte von Malen Ermahnungen und Anfragen nach Deutschland geschickt. Kein Mensch habe sich darum gekümmert. Die Herren Interpellanten, die hier das Sekretariat anrangten, sollten sich also lieber an ihre eigene Nase fassen.

Bar-Gent findet die Vorwürfe, die man dem Sekretariat mache, sehr seltsam. Die belgischen Kameraden hätten von dem Sekretariat auf alle ihre Anfragen stets prompte Antworten erhalten.

Reichel bleibt dabei, daß das Sekretariat verpflichtet gewesen sei, von den Vertrauensmännern der verschiedenen Länder Berichte einzufordern. Wenn der Sekretär das gethan, aber keine Antworten erhalten habe, so hätte er uns davon unterrichten sollen. Was die Anzuspung Willinsons bezüglich des Beitrags betreffe, so habe Deutschland den festgesetzten Beitrag voll entrichtet. Man dürfe überhaupt nicht vom Standpunkt einer Geldaristokratie sprechen. In der internationalen Streikunterstützung sei die deutsche Textilarbeiterklasse nicht zurückgeblieben. Sie habe nach Oestreich, nach Dänemark, nach England genügend Geld abgeführt. Aber das komme hier gar nicht in Betracht. Die Delegierten wollten sich vor allem informieren. Und sie seien berechtigt, von dem Sekretariat Informationen zu verlangen.

Willinson erklärt, er habe sich an die verschiedenen Vertrauensmänner in der That gewandt, aber ohne Erfolg. Er könne doch nicht jedem Vertrauensmann einen persönlichen Besuch abstatten.

Wagner-Chemnitz, der Vertrauensmann der deutschen Textilarbeiter für den internationalen Verkehr, bestreitet, jemals einen Brief des internationalen Sekretärs unbeantwortet gelassen zu haben. Dagegen habe Mr. Willinson höchst selten geschrieben. Wichtig sei nur, daß die halbjährigen Berichte, die die einzelnen Länder dem internationalen Sekretär zu erstatten verpflichtet seien, manchmal nur sechs Monate verspätet abgegangen seien. Reichel habe Willinson nur den Vorwurf gemacht, daß er keinen ausführlichen Bericht erstattet habe. Ob nun viel oder wenig Geld eingegangen sei, jedenfalls müsse man wissen, wie es verhandelt worden sei. Man müsse erfahren, ob die einzelnen Länder ihren Verpflichtungen nachgekommen seien. Von Deutschland seien die Beiträge in der Höhe, wie sie die internationalen Kongresse beschlossen, regelmäßig abgehandt worden. Gesündigt sei wohl auf beiden Seiten, auf Seiten der Sekretäre und mancher Vertrauensleute. Deutschland aber habe seine Schuldigkeit gethan.

Willinson erkennt an, daß der einzige Vertrauensmann, der einen schriftlichen Bericht erstattet hat, Wagner gewesen ist. Die Belgier hätten einen Bericht wenigstens mitgebracht; aber die Holländer, Franzosen und Desterreicher hätten trotz aller Mahnungen keinen Bericht eingeschickt. Was solle er da thun? Er sei nach einem Beschluß eines internationalen Kongresses berechtigt, für seine Arbeiten als internationaler Sekretär 80 Pfund (1200 M.) zu liquidieren. Er habe das Geld nie erhoben und habe bisher umsonst gearbeitet, weil sonst alles Geld, das eingegangen, nur für ihn hätte ausgegeben werden müssen. Wenn aber solche Anzuspungen lämen, dann würde er künftig die ganze Summe beanspruchen, die ihm zukomme. Er sei Arbeiter und müsse als Arbeiter seinen und seiner Familie Lebensunterhalt verdienen. Zuweit gehenden Anforderungen könne er nicht nachkommen. Es wäre deshalb besser gewesen, wenn die scharfen Worte gegen ihn unterblieben wären.

Enghele-Lille spricht die Vermutung aus, daß Briefe an den internationalen Sekretär an der Grenze unterschlagen worden seien. (Heiterkeit.)

Willinson erklärt sich bereit, seine Abrechnung vorzulegen und sie durch Revisionen prüfen zu lassen. Vor drei Jahren habe er in Roubaix öffentlich abgerechnet. Die Abrechnung sei aber wegen schlechter Uebersetzung nicht verstanden worden. Mit dieser verständlichen Erklärung schließt die Diskussion.

In ihrem ganzen Verlauf hatten sich die Unterredungen zwischen englischer und deutscher Form der Geschäftsordnung störend bemerkbar gemacht.

Die Deutschen hatten es als geschäftsordnungswidrig empfunden, daß die Engländer ohne vorherige Wortmeldung das Wort nahmen. Die Engländer wieder empfanden es als unzulässig, daß ein Diskussionsredner zu demselben Gegenstand mehrmals das Wort nehmen durfte. Um diese Schwierigkeiten zu überwinden, wurde schließlich Einverständnis darüber erzielt, daß die Präsidenten der verschiedenen Nationen eine Geschäftsordnung unter sich vereinbaren und dem Kongreß morgen vorlegen sollen.

Mit diesem Beschluß endigen die heutigen Verhandlungen.

Schluß 5 Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

„Die Organisationsfähigkeit der Arbeiterinnen“ bespricht Gertrud Dyrnsfurth in der socialen Praxis. Gelegenheit hierzu giebt ihr ein Artikel in einer englischen Zeitschrift für Frauen-gewerkschaften. Der englische Autor hält im Grunde nicht viel von der weiblichen Gewerkschaftsthätigkeit. Die Ursache dieser Minderwertigkeit findet er in dem Doppelberufe der Frau, welder ihr Interesse zwischen häuslicher und gewerblicher Arbeit teilt. Die freie Zeit, welche der Arbeiter dem Vereinsleben widmen kann, muß sie für Familie und Haus verwenden. Und das dies die höhere Pflicht sei, beileibe nicht die Gewerkschaft, das sagt ihr nicht nur das eigene Gefühl; es wird ihr sehr nachdrücklich durch die ganze Umgebung gepredigt. Denn daß die Familie durch eifrige und zweckbewusste Berufsorganisation der Frau schließlich auch am meisten gewinnt, das kommt ihr nur selten zum Bewußtsein.

Leichter ist es natürlich für selbständige Mädchen, die auf sich allein angewiesen sind, einen Berufsverein zu pflegen. Der Sekretär des weiblichen Buchdruckerverbandes bezeichnet die Unverheiratete als das weit bessere Mitglied, nicht nur, weil sie nicht durch häusliche Pflichten gebunden ist, sondern auch weil sie ein Existenzminimum zu verdienen hat. Bei den Verheirateten gilt der Lohn ja doch meist als Zubuße, eines Kampfes nicht wert, der auch Opfer, und vielleicht vergebliche fordern muß. Als Beispiel für das Besagte führt er folgendes an:

„Vor einiger Zeit hatten wir einen Ausstand in Nord-London; 75 Frauen streikten um eine Lohnerhöhung. Alles ging glatt. Ich unterhandelte mit der Firma und sah alle Aussicht, zu einer befriedigenden Abmachung zu kommen. Die Mitglieder erhielten am Wochenschluß Streikgeld und man war entschlossen, fest auszuharren. Nun stelle man sich unsere Entlohnung vor, als am Montag 7 oder 8 Frauen die Arbeit vom alten Lohnsatz wieder aufnahmen. Das Resultat war, daß der Ausstand im Sande verlief, und Nachforschungen ergaben, daß die Streikbrecherinnen verheiratete Frauen waren und zwar die Gattinnen von Männern in gut bezahlten Beschäftigungen, darunter einer mit einem Wochenlohn von 40 M.“

Ueber die Frau als Gewerkschafterin ist eine Klatsche von Aussprüchen männlicher erfahrener Genossen angeführt: „Sie ist ein schlechter Gewerkschafter, weil ihr so lange gelehrt wurde, daß sie Abhängigkeit und Unterordnung als ihr Teil hinzunehmen habe.“ Die Frauen haben kein Selbstvertrauen, weder als Individuum noch als Klasse.“ „Die Hoffnungslosigkeit der Arbeiterinnen ist tragisch und bildet eins der größten Hemmnisse für ihre Organisation.“ „Sie wollen das Geld nur dergestalt, doch nicht offenen Protest gegen diejenigen erheben, die es verschulden.“ „Erst wenn unfern Mädchen Unabhängigkeit und ein Gewerbe gelehrt wird wie den Knaben, werden wir Frauen auf den Arbeitsmarkt bekommen, die bereit zu handeln wissen, wie die Männer; bis dahin wird die Raffe der Lohnarbeiterinnen zu bleiben, wo sie jetzt zu finden ist — außerhalb der Linie der organisierten Arbeit.“ So lauten die Urteile über die große Masse. Andererseits aber heißt es, daß, wenn manche Frauen das Princip, um das es sich handelt, auch wirklich erfährt haben, sie ganz so standhaft und lokale Mitglieder werden wie die Männer.

Wie sehr gilt doch das Obengesagte auch von der deutschen Frau! Alle die Ursachen ihrer Schwäche treffen hier in noch erhöhtem Maße zu und erklären wohl genügend die ursprüngliche Abneigung der Arbeiter, sich mit Frauen in Vereinen und Gewerkschaften zusammen zu thun. Hier aber wie dort haben sie eingesehen, daß das beste Mittel, die Frau zur Selbstständigkeit, zum Klassenbewußtsein zu erziehen, die Aufnahme in die bestehenden Organisationen sei, wo sich dieselbe irgend durchführen läßt. Hier findet sie kräftigen Rückhalt, tüchtige Schulung und den Geist des festen Zusammenhalts, der sie durchdringen muß, um sie zu einem brauchbaren Mitglied zu machen.

Nur selten und bei ganz eigentümlich entwickelten Berufszweigen werden sich speziell weibliche Organisationen als zweckmäßig erweisen. Immer werden sie vermutlich zu Anfang männlicher Hilfe bedürfen, um die Leitung in richtige Bahnen zu lenken. Erst allmählich erwächst ein Stamm von Arbeiterinnen, fähig und tüchtig, die Arbeit zu leisten. Als Regel bleibt die gemischte Organisation wünschenswert für beide Teile, weil die verschiedene Veranlagung der Geschlechter in glücklicher Weise die Mängel des Einzelnen ausgleichen und ergänzen.

Es giebt aber Arbeiterinnen und ganze weibliche Berufe, welche der Organisation einen hartnäckigen Widerstand entgegensetzen, aus Trägheit und Abneigung gemischt. Ihnen führt G. Dyrnsfurth das Beispiel von Viktoria in Australien an, wo für die ausgedehnten Arbeiterklassen, denen die Energie zum Zusammenschluß fehlt, zwangsweise Organisation von Staats wegen eingeführt wurde. Sie kommt zu dem Schluß, daß dies im Interesse der wirtschaftlich Schwächsten die gedeihlichste Lösung sei. Ohne eine so schwierige Frage entscheiden zu beurteilen zu wollen, meinen wir doch, daß sich nicht eins für alle scheidt. Bei uns würden staatlich organisierte Zwangs-Berufsvereine unter den gegenwärtigen Verhältnissen kaum etwas Verlorendes haben.

Wo es sich um die allgemeine menschliche Natur handelt, da sind die Erscheinungen in den verschiedenen Ländern gleich. Die Entwicklung der äußeren Verhältnisse aber, von zahlreichen wirtschaftlichen Einflüssen abhängig, geht überall andre Wege. Die großartige Organisation der englischen Textilarbeiter, der 95 Proz. des Gewerbes angehören, in welcher seit einigen Generationen die Kinder von klein an arbeiten, feste feiern, heiraten und sterben, bildet eine Macht, hat aber in ihrer selbstthätigen Einseitigkeit alle Fehler ihrer Vorgänger. Sie kann uns nicht Beispiel sein. Wir haben andre Vorteile, — eine treibende und wirkende Kraft, welche nicht nur einer Gewerkschaft dient, welche jeder Berufsart gleichmäßig Anregung giebt und Freudigkeit zu aufstrebendem Gedeihen einzuflößen weiß.

Es ist dies das Bestehen einer großen Arbeiterpartei, deren Kämpfe für das arbeitende Volk in jedermanns Bewußtsein lebendig sind, deren bloßes Dasein schon dem widerstrebenden Gegner so manche Verbesserung abgerungen hat. Das Parteiprogramm giebt auch der Frau das, was sie sonst überall umsonst sucht: Gleichberechtigung mit dem Mann in allen Lebensverhältnissen. Die Arbeiterin empfindet, daß ihr hier doppelter Schutz geboten ist: als Arbeiterin und als Frau.

Von einer fast unglaublichen Rückständigkeit der Ansichten in einem Teile unserer Lehrerschaft legen die Thesen Zeugnis ab, die unlängst auf einer Versammlung von Lehrern des schlesisch-märkischen Grenzgebietes mit großer Mehrheit angenommen wurden.

Im Vollgefühl ihrer männlichen Ueberlegenheit dekretierten diese Herren nach Anhörung eines Vortrags über die Gefahren, welche der Schule angeblich durch eine übermäßige Verwendung der weiblichen Lehrkräfte drohen, einfach: Lehrerinnen sind weder für Erziehung noch Unterricht unter Jugend notwendig. Ihre vermehrte Heranziehung zum Schuldienste und ihre übermäßige (?) Verwendung in demselben ist aus pädagogischen (?) Gründen zu vermeiden. Man „beschränke“ sich, daß die physische Kraft der Damen nicht ausreichend sei für eine längere Wirksamkeit in der Schule. Bei übermäßiger Verwendung der Lehrerinnen besteht für die Schule die Gefahr einer einseitigen Gemütsbildung bei Vernachlässigung der notwendigen Charakterbildung, sowie die Gefahr einer mangelhaften Charakterbildung. Die Forderung der Lehrerinnen auf absolute Gleichstellung mit den Lehrern sei zu befämpfen. Punktum!

So dokumentieren deutsche Lehrer ihre Gemüts- und Charakterausbildung, so verbirgt sich hinter der Besorgnis um das Gedeihen der Schule nichts weiter als der gewöhnlichste Egoismus. Der vor seinem Tode halb vergessene ehemalige Kultusminister Fall würde sich wahrscheinlich im Grabe herumdrehen, wenn er von den in den Thesen niedergelegten reaktionären Ansichten hörte. Wenn er auch nicht der liberale, heroische Edelmann auf dem Ministerstuel war, zu dem ihn die freisinnige Presse jetzt wieder einmal erhebt, so war er doch ein Mann, der ein gewisses Verständnis für den Zug der Zeit

Befehl, während der schlesisch-märkische Grenzgau nebst Genossen mit seinen Bestrebungen um eiliche Jahrzehnte hinter unsrer Zeitrechnung zurückgeblieben ist.

Versammlungen.

Maurer-Verammlung. Am 13. Juli 1900 tagte eine Mitglieder-Verammlung vom Centralverband deutscher Maurer Filiale II Berlin im Restaurant Königsplatz, Wiltonstraße als Referent war Rechtsanwalt Pränzl erschienen. Er sprach über das Thema: „Einiges über die Irrtümer der Justiz“. Er wies nach, daß von der Zeit Chavomoras und Giordana Brunos, ohne von den Klassenurteilen unserer Zeit zu reden, fortgesetzt Justizirrtümer begangen worden sind. Die Ursachen dieser Irrtümer seien einerseits Fanatismus und böswillige Voreingenommenheit, andererseits auch menschliche Vorurteilsmöglichkeit gewesen. Diese auf Irrtum beruhenden Urteile würden auch in Zukunft, hauptsächlich in unserer heutigen Gesellschaftsordnung, nicht ausgeschlossen sein. Es erweise sich deshalb als dringend notwendig, unsere Strafgesetze zu ändern. Vor allen Dingen müsse die Todesstrafe aus den Paragraphen des Strafgesetzbuchs verschwinden. Niemand sei mehr ins Leben zurückzurufen, wenn er als Opfer eines Justizirrtums gefallen sei. Ueberhaupt biete sich Gelegenheit, wenn die Todesstrafe abgeschafft sei, den unschuldig Verurteilten beim Beweis seiner Unschuld seiner Leiden wegen zu entschädigen. Auch das Strafverfahren bedürfe bedeutender Änderungen. Das Wiederaufnahme-Verfahren zum Beispiel im Fall Bietzen bedürfe bedeutender Erleichterungen. Diese Bestrebungen, das Strafrecht zu ändern, hätten ihren Ursprung hauptsächlich in der Socialdemokratie. Deshalb sei es notwendig, diese Bestrebungen zu unterstützen und sich der socialdemokratischen Partei anzuschließen. Man sollte dem Referenten lebhaften Beifall. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Im „Gewerkschaftlichen“ gab man bekannt, daß die Statistik zur Aufnahme der Arbeitslosigkeit im August wieder vorgenommen werde. Es wurde den Kollegen empfohlen, die zu beantwortenden Fragen am Schlusse einer Woche genau einzutragen. Da sich bei den Erhebungen in den Wintermonaten die Notwendigkeit einer scharfen Kontrolle erwiesen hat, so wurde ein Antrag Gollnick angenommen, der die Kontrolle der statistischen Wähler auf der Arbeitsstätte durch die Baudeputierten empfiehlt. Jedoch soll dieser Antrag erst den 3ler-Kommissionen vorgelegt werden. Es soll dann Ende Juli eine außerordentliche Mitglieder-Verammlung stattfinden, woran sämtliche Mitglieder und Parteifreien des Streitgebiets beteiligt sind, um denn endgültig Beschluß zu fassen. Weiter waren 5 Bezirke führerlos. Es meldeten sich aber sofort freiwillig die Kollegen Rudolf, Müller, Katschowsky, Wall und Wegner.

in diese Posten zu übernehmen. Sie wurden einstimmig gewählt. Die Vorwürfe gegen Billeit, welcher sein Amt als Beisitzer in der 3ler Kommission nicht regelmäßig ausgeführt haben sollte, wurden erledigt, indem man ihn auf seinem Posten beließ und den Wunsch äußerte, daß er die kommenden Sitzungen pünktlich besuche. Zu den Fällen Dobella, Schwarz, Ludwig und Paul Briefemeister, welche Recordarbeit ausgeführt hatten, wurde beschlossen, die Benannten von der Kommission laden zu lassen, um dann das Weitere zu veranlassen. Ein Antrag, jedem Versammlungsbefucher einen Stempel ins Mitgliedsbuch zu drücken, um regen Versammlungsbefuch herbei zu führen, wurde, nachdem mehrere Kollegen dagegen gesprochen haben, abgelehnt. Für den Kollegen Johann Edhardt wurde eine Zeller-Verammlung veranstaltet, welche 16,10 M. einbrachte.

Köpenick. Am Dienstag, den 10. Juli, hielt der Socialdemokratische Arbeiterverein seine Jahresversammlung im Lokal des Genossen Albert Stippel ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Vorstandes über das verfloßene Geschäftsjahr. 2. Kassenbericht und Bericht der Revisoren. 3. Rennewahl des Gesamtvorstandes. 4. Vereinsangelegenheiten. Aus dem Bericht des Vorstandes ging hervor, daß der Verein 155 Mitglieder gegen 128 des Vorjahres zählte. Versammlungen wurden 10 abgehalten, darunter eine öffentliche. Sitzungen fanden 15 statt. Die Bibliothek besteht aus 253 Bänden. Gelder wurden vom 1. Juli 1899 bis 1. Juli 1900 92 Werke. Der Kassenbestand am 1. Juli 1899 betrug 203,50 M., die Einnahme 557,75 M., in Summa 761,25 M., die Ausgabe betrug 488,30 M., so daß ein Bestand von 272,95 M. verbleibt. Genosse Anders teilte im Namen der Revisoren mit, daß die Bücher und Beläge geprüft worden seien und sich alles in bester Ordnung befunden habe. Er bittet, dem Kassierer und dem Gesamtvorstand Deklaration zu erteilen, was einstimmig geschah. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Karl Schulze einstimmig wiedergewählt. Als 2. Vorsitzender wurde einstimmig Gen. Ernst Wijnjorta gewählt. Zum Kassierer wurde Genosse Kuching und zum Schriftführer Otto Liegner einstimmig wiedergewählt. Zum Beisitzenden wurde Genosse Hermann Dittmann gewählt und zu Revisoren die Genossen Herbst, Springhorn und Regel auf ein halbes Jahr. Genosse Wolf beantragt, der Vorstand möge beim Magistrat vorstellig werden, um dem Verein eine Abkürzung der Wählerlisten gegen Entgelt anfertigen zu lassen.

Eingegangene Druckschriften.
Im Verlag von J. F. W. Diez Nachf. ist soeben erschienen: Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch von Arthur Stadthagen, Mitglied des Reichstags. Besondere Ausgabe. 19 Bogen Oktav. Preis gebunden 2,50 M.

Diese besondere Ausgabe des „Führers“ ist nicht identisch mit dem „Führer“, der dem „Arbeiterrecht“ angeheftet ist. Alle Erweiterungen des „Führers“ auf das „Arbeiterrecht“ müßten normalerweise in die neue Separat-Ausgabe übernommen werden, wodurch sich der Umfang des „Führers“ wesentlich erweitert hat.
Im Verlag von J. F. W. Diez Nachf. ist soeben erschienen Heft 3 und 4 des „Führers“ der Arbeitervereine in Zinn, Gemeinde und Familie, herausgegeben unter Mitwirkung von Herzgen und Fachgelehrten von Emanuel Baur.
Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Abkündigung des Menschen. — Art und Mensch. — Der menschliche Körperbau. — Leben und Tod. — Lebensdauer, Krankheitsfähigkeit und Sterblichkeit. — Unsere liebsten Feinde. Außerdem enthält Heft 4 eine farbige Tafel: „Epileptische oder Batterien“.
Das Werk wird in Lieferungen von je 32 Seiten a 20 Pf. erscheinen und in 25 Heften komplett vorliegen.
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Kolportage entgegen.
Alle 14 Tage erscheint ein Heft.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.
Dedes. Ohne Rücksicht mit dem Zeugen nicht aufzunehmen.
Kriegsbahn. Der „Krieg“ der Großen Berliner Pferdehändler-Gesellschaft wurde in einzelnen Abteilungen gebaut, die nacheinander in den Jahren 1873-1879 in Betrieb gesetzt wurden. Der erste Abschnitt war die Strecke Oranienburger Thor-Neustädter Thor, die am 13. September 1873 eröffnet und zunächst im Anschluss an die bereits bestehende Pferdebahnlinie Neustädter Thor-Gesundbrunnen betrieben wurde. Der zuletzt fertiggestellte Abschnitt war die Strecke Stralauer Platz-Landsberger Platz, mit deren Inbetriebnahme am 20. Oktober 1879 der „Krieg“ geschlossen war.

Witterungsüberblick vom 16. Juli 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (Hand mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. (Luft)	Temp. in C. (Boden)
Eutin	768,9	SW	1	heiter	21	14
Hamburg	769,0	SW	2	wolkig	21	14
Berlin	768,8	SW	2	wolkig	24	16
Frankf./M.	767,0	SW	2	wolkig	24	16
München	770,0	SW	2	wolkig	20	13
Wien	768,0	SW	1	wolkig	19	13

Weiter-Prognose für Dienstag, den 17. Juli 1900.
Vorwiegend heiter und sehr warm bei meist nur schwacher Ostwindbewegung; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.
Berliner Wetterbureau

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 17. Juli.
Opernhaus. Geschlossen.
Schauspielhaus. Geschlossen.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Festung. Die Getzha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Noblenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
S. Hiltnerwiesen. Vorher: Sommerregen. Anfang 8 Uhr.
Wehen. Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Wilhelm Tell. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Berlin nach Elb. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Die Tochter Jerusalems. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weh. Die Anna-Offe. Anfang 8 Uhr.
Velle-Alliance. Doppelgänger. Aus dem Paradiese. Im Garten: Spezialitäten-Vorstellung und Konzert. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshütten. Im Garten: Großes Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Venus auf Erden. Anfang 8 Uhr.
N. Schall. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
V. H. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Hants. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr (im Theateraal): Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.

Urania

Taubenstraße 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr.
Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM

Neu! Lebende Photographien:
Die Flottenparade in Kiel, Ausf. d. Panzergeschwaders nach China u. a. m.
Der arm- und beinlose Hindu-Knabe.
Die Hindostanerin mit dem Apfelsinenkopf.
Tiroler-Gesellschaft „Almrausch“.
Das Sensations-Tableau: Liebesdrama im Bärenzwinger.

Passage-Panopticum.

Der Haar-Athlet Sascha und 15 erstklass. Spezialitäten.

Metropol-Theater.

Der Zauberer am Nil.
Mumien-Ballett
Juli-Spezialitäten-Programm.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.

Zum 158. Male:
Venus auf Erden.
Bernhard Mörbitz.
Messier's neue Aufnahmen: Unsre Marine auf dem Wege nach China.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Garten-Konzert 7 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Carl Weiss Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
Socias volkstümlicher Vorstellungen. Mit hoher Genehmigung der kgl. königlichen General-Intendantur:
Die Anna-Lise, des alten Dehners' Jugendliebe. Schauspiel in 5 Akten von G. Desch. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dielebe Vorstellung. Im Garten: Theater, Konzert, Spezialitäten. Anfang 5 1/2 Uhr. Mittwoch: Kinderbesuchen.

See-Terrasse

Röderstr. 6, Lichtenberg (zwischen Landsberger Allee und Dorf Lichtenberg).
Größtes Sommer-Etablissement Berlins mit herrlichem 3 1/2 Morgen gr. See.
Säle, Vereins- und Gesellschaftszimmer.
Das Grossfeuer hat nur die Eiswerke zerstört, während das Vergnügungs-Etablissement (25000 Personen fassend) verschont blieb und sich nach wie vor in flottem Betrieb befindet.
Täglich: Grosses Konzert.
Jeden Sonntag: Erstklassige Spezialitäten im Variété-Theater.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr an geöffnet.
4 hochelegante Kegelbahnen. — Grosser Vergnügungspark.
Grosser Tanz im neuen Bal champêtre (auch jeden Montag u. Donnerstag).
Aus treten der vorzüglichen Tyroler Alpensänger im Gartensaal.
Gesamt-Entree 10 Pf. Kinder frei. Wochentags frei.

ZOOLOGISCHER GARTEN.

Letzte Woche! Ausstellung unserer neuesten Kolonie SAMOA
Vorher nie in Berlin gesehen: Das Braten eines ganzen Schweins auf samoanische Weise zwischen glühenden und glühenden Steinen.
Verteilung von Kostproben an das Publikum!
Ausserd. das ganze interessante Progr. Geöffnet von 10-12 u. 3-5 Uhr. Vorstellungen 11, 4, 5 1/2, 7 Uhr.
Entree direkt von der Strasse (Stadtbahn-Eng.) 50 Pf., Kinder 25 Pf. vom Zoologischen Garten aus 25 Pf., Kinder 15 Pf.

Schweizer-Garten.

Koncert, Theater, Ballett, Spezialitäten-Vorstellung, Ball.
Täglich:
„Clown Tanti“ Familie Patty-Frank
mit seinen dressierten Ponnys, Affen und Hunden.
Hombert und Renardo, musikalische Excentrics.
Catrini-Ballett, Eugen Milardo, Ella Bertini, 7 Damen. — Moderne Karikatur — Tanz-Soubrette.
Jeden Abend 10 Uhr: Die lustigen Weiber von Berlin, ausgeführt vom Theater-Ensemble (20 Personen). Anfang 4 resp. 5 Uhr. Entree 30 Bfa.

Max Kliems Sommer-Theater

Hafenstraße 13-15.
Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich:
Grosses Doppel-Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Mittwoch: Die beliebten Kinderfeste. — Donnerstag: Grosse Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr an geöffnet. 2 hochelegante Kegelbahnen, Würfelsbuden, Konfektbuden, Blumenstand etc.
Sonntag, Montag und Donnerstag: Familien-Kränzchen.
Max Klem.

Thalia-Theater.

Heute und folgende Tage: Schauspiel der Orientalischen Operetten-Gesellschaft.
Die Tochter Jerusalems
Orientalische Operette in vier Akten von J. Auerbach. Musik von Wolfsthal.

Belle-Alliance-Theater.

4. Schauspiel des Vaudeville-Ensembles. Doppelgänger. Schwanz in 3 Akten von G. F. Diezich. Aus dem Paradiese. Drama. Genesbild von S. Kroneder. Im herrlichen Sommer-Garten: (Allerhöchster Lebenswürdigkeit Berlins) Gala-Abend. Militär-Doppel-Konzert.

Ostbahn-Park

Hermann Imbs
71 Rübendörfer Straße 71 am Rübendörfer Platz.
Täglich Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Nur erstklassige Nummern.
Anf.: Sonntag 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Spezial Nachzahl. 20 Pf.
Anf.: Wochen 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Spezial Nachzahl. 10 Pf.
Hermann Imbs, Direktor.

Puhmanns Vaudeville-Theater.

Schönhauser-Allee 148. Kastanien-Allee 37-39.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Künstler L. Ruge. — Im renovierten Saale: Großer Ball. — Anfang 4 Uhr.
Lehmann.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Entree 50 Pfennig. Vorverkauf 40 Pf.

Wedding-Park

Müller-Strasse 178.
Täglich:
Original Norddeutsche Sänger. Biegler, Wolf, Hohenberg etc. Pächter: Tanz. W. Trapp.

Fahrräder

Deutsche Fahrrad-Industrie, Richard Driesen, Hannover, Brüderstr. 4.

Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7-9.
Täglich: Der wilde Jäger.
romant. Tage mit Gefang u. Lang in 4 Akte von Hugo Schütz, Musik von K. Reichen. Ballett unter Leitung der Ballettmeisterin Frä. Döring. Musik. d. Excentric-Quintette Molly Borch, d. Excentric-Quintette Gebr. Ricardo, Zamban: Quartett, The Wiltons, Rezitator. Mit Toni Pico, exaltierte Trapezkünstlerin, Fred und Max, Chinesen, The Greenwood, Pantomime: „Die musikalische Schokolade“.
Konzert. Im Saale: Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Num. Platz 50 Pf. Kalbe.

Victoria-Brauerei.

Lützowstr. 111/112.
Im Garten oder Saal
Täglich:
Norddeutsche Säger (Hühmann, Gerst. Walde.)
Anfang: Sonntags 7, Wochen-tags 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Familien-Billets 3 Stück 1 M. Sons nur in der Woche gültig. Sonntags und Donnerstags: Tanzkränzchen.

Natur-Garten

jeden Sonntag u. Donnerstags humorist. Solos der Norddeutschen Quartett-Sänger Gams, Gahnbly, Nega etc.
Anfang Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf. Donnerstags 8 Uhr. Entree 20 Pf. Nach der Solos: Tanzkränzchen. Tanz frei. Donnerstags haben Vereinsmitglieder und Ballpartoutants Gültigkeit.

Deutsche Konzert-Hallen

Spandauer Brücke 3. 7 Stadtbahnhöfen.
Großer Naturgarten. Täglich von 6 Uhr ab:
Gr. internationale Konzerte von berühmten Gesangs-Musik-Kapellen.
Entree frei.
Son 8 Uhr ab:
Theater-Abteilung.

Eberts Klub-Haus.

72. Kommandantenstr. 72. Säle mit Bühne an Sonnabenden und Sonntagen noch frei.
Bon der Reize zurück.
Dr. Scholl, Stralauerbergerstr. 10
Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben
Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Reifrocken etc. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überraschend billigen Preisen schnellstens angefertigt im Zuschneide-Atelier bei A. Karle, Waldemarstr. 66.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen des 6. Berliner Wahlkreises. Wie abträglich, so liegen auch in diesem Jahr die Wählerlisten zur Kommunalwahl in der Zeit vom 15. bis einschließlich 30. Juli täglich von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr im Wahlbureau Poststr. 16, 2 Tr., Zimmer 57, zur Einsicht der Bürger öffentlich aus. Bei der zunehmenden Wichtigkeit der Stadtverordneten-Wahl ist es Pflicht unserer Parteigenossen, sich zu überzeugen, ob ihr Name in die Listen eingetragen ist. Wer jetzt nicht eingetragen ist, kann bei einer in diesem Jahr etwa stattfindenden Neuwahl seine Stimme nicht abgeben, sieht infolge dessen den Maßnahmen der Gegner recht und schutzlos gegenüber. Daß es aber notwendig ist, Leute in das Stadtverordneten-Kollegium zu entsenden, welche die Rechte der Arbeiter energisch vertreten, haben die Vorcommisssion der letzten Zeit wieder so recht deutlich bewiesen. Arbeiter, denkt an das Verhalten der städtischen Behörden der Straßenbahn-Gesellschaft gegenüber, denkt aber auch daran, wie bei der Kohlennot der Coalsverkauf der städtischen Gaswerke „ge-regelt“ wurde.

Den Wählern des 44. Kommunal-Wahlbezirks müßten wir nun besonders ans Herz legen, Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen, da durch die eingereichte Klage einiger Antisemiten gegen die Gültigkeit des Mandats unseres Genossen Glöde möglicherweise eine Neuwahl in diesem Bezirk stattfindet. Unmöglich ist eben nichts. Auf alle Fälle muß also jeder Wähler auf dem Posten sein. Wer jetzt nicht seine Pflicht erfüllt, hat mit Schuld daran, wenn sich bei einer eventuell stattfindenden Neuwahl die Gegner vernünftig die Hände reiben, weil so und so viele Arbeiter nicht eingetragen sind und deshalb ihre Stimme nicht in die Waagschale werfen können.

Da nun die Zeit der Auslegung der Listen für die Arbeiter besonders schlecht gewählt ist, haben sich folgende Genossen bereit erklärt, für andre Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen und bitten wir diesen die nötige Legitimation zu überweisen, welche gewissenhaft zurückgestellt wird:

Schönhauser Vorstadt: Kamlow, Schönhauser Allee 135; Augustin, Schönhauser Allee 78; K. Schulz, Pappel-Allee 106; Nieb, Dongestraße 93; Wahnlof, Dunderstraße 13; Mars, Kasanien-Allee 66/68, Partei-Expedition; Dierke (J. F.), F. Viehle, Schwedterstraße 33; Schönfeld, Reichelstraße 9; Gobien, Preussener-Allee 232; E. Schmidt, Treddowstr. 22; Pinner, Treddowstr. 36; Siebert, Wörtherstr. 15.

Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen: O. Wachgänger, Swinemünderstr. 34; Kossin, Nippinerstr. 42, Ede Schönholzerstraße; Hoppe, Adersstr. 21; G. Herrmann, Untere-Preussenerstraße 45; Abendroth, Bodstr. 42/43; W. Gohmann, Partei-Expedition, Grünhaldenstr. 65; Geiseler, Veteranenstr. 4; F. Siegel, Brunnenstraße 85.

Wedding und Oranienburger Vorstadt: Seidel, Neue Hochstr. 39; H. Schulz, Schwaryloffstr. 15; Siegel, Boyenstraße 40; Dobats, Seilerstr. 2; J. Krause, Müllerstr. 7a; G. Krawczak, Müllerstr. 189a; Aug. Done, Müllerstr. 32a; F. Kleinert, Schulstr. 29; H. Tauschel, Weienstr. 29; F. Bergmann, Papestr. 3; Müller, Gerichstr. 62; S. Joleph, Dierkestr. 34; F. Wölfl, Vorfigstr. 25; E. Diede, Adersstr. 123; Hügensfeld, Bergstr. 60; Wiedner, Gartenstr. 63.

Noahstr.: J. Döring, Weußelstr. 79; A. Fabra, Waldstr. 57; Fischer, Weußelstr. 9; O. Fischer, Weußelstr. 66; Greife, Weußelstraße 17; Guss, Weußelstr. 44a; A. Bloth, Siedingenstr. 43; Wai, Rostoderstr. 18; Pfarr, Gutlichtstr. 10; Renfer, Lurmerstr. 80; Scairel, Huttenstr. 9; Streitz, Kirchstr. 22; Wendt, Siedingenstr. 4; Wachstein, Salzweberstr. 16; Faber, Stephanstr. 11; Anders, Partei-Expedition, Salzweberstr. 8.

Lokales.

Unberührt von dem herrschenden Wohnungselend hängen die Mitglieder des „Berliner Spar- und Bauvereins“ in den freundlichen und behaglichen Wohnstätten, welche ihnen die vom Verein errichteten Genossenschaftshäuser bieten. Die unerlässliche Gewinn-sucht des Hausagrariums, welches gerade in letzter Zeit durch fortwährende Mietssteigerungen einen Vortrieb auf die Einkünfte der Mieter, und ganz besonders der kleinen, unbemittelten Leute ausgeführt hat, haben die Bewohner der Genossenschaftshäuser nicht zu fürchten. Wer da einmal eine Wohnung inne hat, dem kann sie weder gesteigert noch gelindert werden. In den Ansiedelungen des Spar- und Bauvereins waltet kein Hauspapa, der mit Argusaugen jeden Schritt der Mieter bewacht, um etwaige Verstöße gegen eine rigorose Hausordnung zu erspähen. Da giebt es keinen unumschränkten Gebieter, der die spielenden Kinder vom Hofe hinausstreift in das lebensgefährliche Strahlengewühl. Im Gegenteil: Die Genossenschaft hat auch für das Wohl der Kinder ihrer Mieter gesorgt. In vollster Freiheit dürfen sich die Kleinen auf dem geräumigen, luftigen Hof tummeln, und wenn Vater und Mutter tagsüber außer dem Hause der Erwerbsarbeit nachgehen, so befinden sich die Kinder unter Aufsicht und Fürsorge einer von der Genossenschaft eingewählten Lehrerin. Das genossenschaftliche Zusammenwirken bietet den Genossenschaftsmitgliedern nicht nur äußere Vorteile in Gestalt von preiswerten unständbaren Wohnungen, sondern es wirkt auch auf das Verhältnis der Hausbewohner untereinander günstig ein. Während sonst in großen Mietshäusern mit ihrem beständigen Wechsel der Bewohner ein Mieter dem andern fremd gegenübersteht, der Nachbar den Nachbar nicht kennt und ein freundschaftlicher Verkehr zwischen denselben deshalb nicht stattfindet, Jant und Streit aber desto häufiger vorkommt, herrscht unter den Hausgenossen in den Ansiedelungen des Spar- und Bauvereins ein schönes freund- nachbarliches Verhältnis. Das Bewußtsein, Vorteile mancherlei Art zu genießen, die für den Einzelnen nur durch planmäßiges Zusammenwirken mit andern zu erlangen sind, erzeugt bei den Hausgenossen das Gefühl, als ob sie gewissermaßen alle Glieder einer großen Familie wären.

Dies schöne Verhältnis kam in recht anschaulicher Weise zum Ausdruck bei dem Kinder-Sommerfest, welches die Bewohner der genossenschaftlichen Ansiedelung an der Schreiner-, Prossauer- und Ribbachstraße am Sonntag feierten.

Das Häuserviertel umschließt einen geräumigen Hof, der sich von den Höfen der Berliner Mietshäuser nicht nur durch seine Größe, sondern auch durch das überaus freundliche und anheimelnde Aussehen vorteilhaft unterscheidet. Ein in der Mitte des Hofes befindlicher Spiel- und Turnplatz wird von gärtnerischen Anlagen umgeben, und die den Hofraum begrenzenden Haus-salladen bieten durch ihre abwechslungsreiche Architektur ein Bild, welches den Beschauer angenehm berührt und sich von der bekannten Oede der Berliner Hofsaladen vorteilhaft unterscheidet. Dieser an und für sich einladende Hofraum war am Sonntag in einen Festplatz umgewandelt, zu dessen Aus schmückung alle Hausbewohner ihr Teil beigetragen hatten. Die zahlreichen Ballons, von Vohnenlaub, Aesche und wildem Wein umrankt, sowie die mit Blumenkranz verzierten Fenster waren mit farbigen Lampions, Transparenten und Fahnen decoriert, und an jedem Fenster, auf jedem Ballon drängten sich Hausgenossen und Gäste, um auf das fröhliche Treiben im Hofe herniederzuschauen. Eine nach Hunderten zählende Kinderschar sah da auf dem Spielplatz an langen Tafeln, und alle die kleinen Proletariatskriegerchen ließen sich den ihnen dargebotenen Kaffee und Kuchen gut schmecken. Nach Aufhebung der Tafel folgten dann verschiedene festliche Veranstaltungen: Kinderpolonaise, Gesangs-vorträge eines Sängerkorps der Hausgenossen, Feste, Darstellung einer

Pantomime, an der Kinder und Erwachsene mitwirkten, lebende Bilder und andres mehr. Einen wunderschönen Anblick bot der Festplatz am Abend, als Kerzenschein aus den zahlreichen Fenstern strahlte und dazwischen das milde Licht aus Hunderten von bunten Lampions schimmerte.

Wenn auch das Fest den Kindern gewidmet war, so nahmen doch auch die Erwachsenen vollen Anteil an demselben. Wer, selber unter dem Druck des Berliner Wohnungselends leidend, diesem Fest als Gast beizuwohnte und gesehen hat, wie hier etwa 120 Familien in schönster Eintracht, unbehelligt von einem Handgewaltigen, im eigenen Heim zusammenleben, der kann der Genossenschaft „Berliner Spar- und Bauverein“ nur das beste Gedeihen wünschen.

Die ganz und gar unschuldigen Hausbesitzer. Den Berliner Hausbesitzern sollen wir in unserer Klauerei „Auf der Wohnungssuche“ Unrecht gethan haben. Die Mietsteigerungen, erwidert uns das „Grundbesitzer“, haben ihre Ursache nicht in der willkürlichen Laune der einzelnen Hauswirte, sondern in tiefer liegenden Verhältnissen rein wirtschaftlicher Natur. Sie seien nicht zurückzuführen auf rücksichtslose Ausnutzung der gegenwärtig für die Hausbesitzer günstigen Konjunktur des Wohnungsmarktes, sondern auf das Steigen des Hypotheken-Zinsfußes, sowie auf die Minderung der Reparaturkosten infolge Erhöhung der Baumaterial-Preise und der Löhne. Das Bestreben, auch die Wohnungsmieten angemessen zu erhöhen, sei eine notwendige Konsequenz der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Andere Berufe hätten dieser längst Rechnung getragen; der wirtschaftlich konservativste Stand, der Stand der Hausbesitzer, komme ziemlich verspätet nach. Nicht Annäherung und Ueberhebung, nicht rücksichtslose Ausbeutung leide die Hausbesitzer bei den Mietsteigerungen, sondern nur der Trieb der Selbsterhaltung. — Mit einem Teil dieser Ausführungen reimt das Blatt offene Thüren ein. Wachsende Annäherung hatten wir der Mehrzahl der Berliner Hausbesitzer vorgeworfen, nicht weil sie bei der für sie günstigen Gestaltung des Wohnungsmarktes die Mieten steigern, sondern weil sie gleichzeitig in ihrem Benehmen gegenüber den Mietern und den Wohnungssuchern wieder mehr den Pascha heraus-lehnen. Im kapitalistischen Gegenwartstand hat ja jeder das Recht, den Preis seiner Waren, also auch der Wohnungen, so hoch zu steigern, wie er will; kein Mensch wird das anmaßend nennen. Wer klug ist, steigert allerdings höchstens so weit, wie er kann — so weit, wie er noch darauf rechnen darf, Abnehmer zu finden. Auch die Berliner Hausbesitzer sind meist klug genug, über diese Grenze nicht hinaus-zugehen. Deshalb stimmen wir dem „Grundbesitzer“ auch in dem anderen Punkte bei, daß die gegenwärtigen Mietsteigerungen ihre Ursache nicht in „willkürlicher Laune“ der Hausbesitzer haben. Die Ursachen sind wirtschaftlicher Natur, das ist klar; aber so ganz unschuldig, wie das Blatt glauben machen möchte, sind die Hausbesitzer deshalb doch nicht. Die Mieten werden niemals bloß wegen der Erhöhung des Hypotheken-Zinses oder der Reparaturkosten gesteigert. Ausschlag-gend ist immer die Lage des Wohnungsmarktes. Die Hausbesitzer steigern die Mieten gegenwärtig weniger deshalb, weil sie müssen, als deshalb, weil sie es können — weniger deshalb, weil ihre Unkosten größer geworden sind, als deshalb, weil die Zahl der unvernünftigen Wohnungen abgenommen hat. Andernfalls würde ihnen selbst bei Erhöhung der Unkosten die Lust zum Steigen vergangen sein. Sie deuten die Konjunktur aus, und zwar, wie die letzten Wochen wieder gezeigt haben, thörichtlich rücksichtslos; man thut dem „wirtschaftlich konservativsten Stand“, dem angeblich ganz und gar unschuldigen Hausbesitzern, wirklich nicht Unrecht, wenn man das von ihnen sagt. Sie steigern nicht bloß in „angemessener“ Weise, sondern — wo's geht — in einer Weise, die mindestens den Mietern nachteilig erscheint. Natürlich ist auch diese Maßlosigkeit wieder nicht auf bloße „Laune“ zurückzuführen, sondern auf den jedem Kapitalisten innewohnenden Trieb, einen möglichst hohen Profit herauszuschlagen. Daß die Hausbesitzer ihren Steigerungseifer unter andern mit „Erhöhung der Löhne“ zu bemänteln suchen, das muß die Arbeiterklasse geradezu als Hohn empfinden.

Im Stadtbahn- und Vorort-Betriebe herrschte am vergangenen Sonntag ein Verkehr, wie ihn die Bahnverwaltung in dieser Saison noch nicht zu bewältigen hatte. Die Zahlen der beförderten Passagiere, die die Bahn zu Ausflügen be-nützen, dürften diejenigen in den Fingertagen übersteigen. Der bereits am Sonnabend an die Stationen heraus-gegebene Sonntag-Fahrplan mußte vollständig geändert werden. Nach Grunewald und Hohenes, auf dem Siedring und nach Johannisthal folgte Zug auf Zug. Da jedoch das Gros der Ausflügler in der Zeit von 2—3 Uhr nachmittags sich auf den Bahnhöfen sammelten, wurden die Wagen-Abteile außerordentlich stark überfüllt und Hunderte fanden keinen Platz. Zeitweise mußte der Verkauf der Fahrkarten auf verschiedenen Stationen inhibiert werden. Ähnliche Zustände herrschten im Vorort-Betriebe, der Schlesischen, Hamburger und Nordbahn. Auf dem Vorort-Bahnhof der letzteren in der Invalidenstrasse drängten sich zeitweise 800—1000 Personen zusammen. Hier mußte, um ernste Unfälle zu vermeiden, der Bahnsteig gesperrt und das Publikum truppweise zu den Zügen zugelassen werden. Auf der Strecke nach Friedrichshagen und Ferner befanden sich nicht nur in einzelnen Wagen 80 bis 90 Personen, sondern auch die Platt-formen wurden besetzt, wiewohl vom Schlesischen Bahnhof zahlreiche Ertragszüge abgelassen wurden. Die Strecke war mit Trains derartig besetzt, daß eine Fahrt von Ferner nach Berlin annähernd drei Stunden in Anspruch nahm. — Ähnlich waren die Zustände bei dem Betriebe der Wannicebahn. Ein vorzügliches Geschäft machte auch die Straßenbahn; die sich in Ab-ständen von 3—5 Minuten folgenden Züge nach Tegeler bestanden aus je drei Wagen und beförderten je nach 109—114 Personen. Die Wagen der Linie Kreuzberg-Alexanderplatz-Gesundbrunnen wurden sämtlich zur Unterstützung des Verkehrs nach Reinickendorf nach diesem Vorort geleitet. Auch auf vielen andern Linien war vielfach an ein Mitsommen nicht zu denken. Die Wagen der Untergrundbahn-Linie wurden bei ihrem Eintreffen auf der End-station am Schlesischen Bahnhof gestärmt. Hunderte kämpften vergeblich um ein Plätzchen und es mußte schließlich zur Aufrecht-erhaltung der Ordnung ein Polizei-Aufgebot entwickelt werden. Auf der Strecke Behrenstraße-Treptow folgten sich die Motorwagen mit je 1—2 „Anhängern“ in Abständen von 2 Minuten.

Der Händler mit Mikroskopen. Der Händler steht vor seiner Karre und sucht durch immer neue Redewendungen Kunden heranzulocken: „Nimmer tan, meine hochgeehrten Herrschaften, zehn Fennige der Mikroskopinstrument, ein Froschen, Herrschaften, für so ne kleine Vergrößerungsmaschine. Sehr interessant, meine Damens und Herr'n! Mit so'n Vergrößerungslos kam Se großes Vergrößerung. Wenn Se een Tropfen Bier rinn dhun, denn wird det so froh, det Se denken, Se sim' mitten mang bei Schultze'n oder bei Döw'n. Lun wenn Se mit so'n Dings hier uff een bielen Schrippe stecken, denn denken Se, det es 'n Fänsfroschendrot is.“

Doch für de kleinen Wägens, die 'nen Vießten hom, is so'n Dings sehr jut, denn, meine hochgeehrten Herrschaften und Freileins, wenn Se eene Lode von Ihr'n Vießten nehm', un Se dhun so unters Mikroskop, so wird se so stark, det Se Ihr'n Vießten d'ran feste bind'n könn', un Se könn' denn mit 'n mach'n, wat Se woll'n.“

„Lun so 'n Mikroskop, hochgeehrte Herrschaften, det kost' bei mich keene Mark, keene Fänsfroschen, keene Zwecum'halt, nee, nee, een Froschen, zehn deitliche Reichspennige kost' et. Wer will noch so'n Dings mitnehm'?!“

Im nächsten Augenblick kommt ein Schutzmänn; der Händler zieht schleunigst mit seiner Karre weiter, denn er darf keinen festen

Stand einnehmen. An der nächsten Ecke, wenn der Schutzmänn ver-schwinden ist, beginnt das Anpreisen von neuem, und die Zehn-pennig-Mikroskope finden flotten Absatz.

Ein interessanter Umzug begann am Montag und wird einige Tage in Anspruch nehmen. Das Institut für Infektionskrankheiten siedelt aus seinem alten Gebäude in der Charitéstr. 1 nach dem Nordufer über, um dem vierten städtischen Krankenhaus angegliedert zu werden. Die meiste Mühe machen dabei die Tiere, an denen die Versuchsimpfungen vorgenommen worden. Es sind mehrere hundert Stück Hef, Ziegen, Gänse, Kaninchen, Tauben, Fische, Ratten, Schildkröten und Mäuse. Alle diese Tiere und Tierchen werden in Kisten auf Möbelwagen transportiert. Auch die Tollwut-Schutzstation siedelt nach dem neuen Krankenhaus über. Der Neubau ist zwar im Innern noch nicht ganz fertig; der Umzug kann aber doch schon erfolgen und er muß es schon jetzt, weil das alte Gebäude in der Charitéstraße möglichst schnell abgebrochen werden soll, damit der Neubau für die Professor Heubner'sche Kinderklinik, die bisher in der alten Charité im ersten Stock untergebracht war, in Angriff genommen werden kann.

Der Bilsener Bierkrieg will kein Ende nehmen. Beide Parteien, die Gastwirte und auch die Vertreter des böhmischen Braubaus, erschöpfen sich in Beteuerungen patriotischer Gesinnung und Begeisterung für die Flotte, — aber den Zoll will keiner zahlen. Der Verein Berliner Gastwirte hat sich sogar in seiner letzten Sitzung zu einer ganz besonders patriotisch schillernden Manifestation emporgeschwungen, die folgenden Wortlaut trägt:

„In Erwägung, daß von böhmischen Brauereien und ihren Vertretern aus Anlaß der Erhöhung des Preises für Bilsener Bier von einer Plottensteuer in ironischer und abfälliger Weise gesprochen worden ist, erklären die heute in den „Vismarskälän“ versammelten Mitglieder des Vereins der Berliner Gastwirte, daß sie diese Behauptungen als eine Verhöhnung der Deutschen und ihres Kaisers ansehen; sie weisen daher jene Herren in ihre Schranken zurück und sprechen ihnen jedes Verständnis für innere deutsche Verhältnisse ab.“

Ein Drittel des Zolls wollten die Flottenbegeisterten Gastwirte auf dem Altar des Vaterlands opfern, von der böhmischen Brauerei verlangten sie zwei Drittel. Auf die Forderung patriotischer Gesinnung gingen aber die Vertreter der böhmischen Brauerei nicht ein und so soll fürder das böhmische Bier von den Gastwirten boykottiert werden. Auch müssen die Vertreter jener Brauerei für immer das Recht tragen, daß sie kein Verständnis für die deutschen Verhältnisse haben. Unter dem Fluch würden die Herren wohl nicht so niedergedrückt werden, wenn nicht das Geschäft in Frage stünde, und da hängt auch bei unsern Wortführern im Bilsener Bierkrieg erst das Verständnis für deutsche Verhältnisse an, das nichts andres ist, als das Verständnis für ihre Geschäftsinteressen.

In der Badeanstalt für Frauen und Kinder, welche der Verein für häusliche Gesundheitspflege in der Steinwegstr. 16 unter-hält, sind im Jahr 1899 insgesamt 5157 Bäder verabreicht worden, davon 3850 Wasserbäder pro Bad 15 bis 25 Pf., und 1307 Salz-bäder pro Bad 20 bis 35 Pf. Davon waren 1143 Bäder auf ärztliches Attest nach festgestellter Bedürftigkeit frei oder doch fast ganz frei gegeben worden. Nachdem die Anzahl im Frühjahr wegen Aus-beitungsarbeiten auf ganz kurze Zeit geschlossen war, ist sie seit Mai wieder im vollen Betrieb und erfreut sich lebhaften Zuspruchs. Die Aufsicht wird von Ehrenamten geführt, die dafür Sorge tragen, daß den Kindern Aufsicht und den leidenden Frauen, wenn nötig, Beistand zu teil wird. Die Badezeit ist im Sommerhalbjahr Dienstag, Donnerstag, Freitag und Sonnabend von 8 bis 8 1/2 Uhr.

Beim Spielen ertrank am Sonnabendnachmittag die 6 Jahre alte Tochter Franziska des Milchhändlers Jilmann auf der Huel-strasse Nr. 9. Das Kind spielte am Erdbecken auf der Boots-anlage. Als ihm die Suppe ins Wasser fiel, hastete es danach, verlor dabei das Gleichgewicht, stürzte in die See und ging sofort unter. Erst nach einer geräumten Weile tauchte es etwas unterhalb der Unglücksstelle wieder auf. Einem Schiffer gelang es, den nun auf der Oberfläche treibenden Körper mit einem Bootshaken zu erreichen und ans Land zu ziehen. Ein Arzt, der sofort gerufen wurde, stellte Wiederbelebungsvorläufe an, mußte aber nach langem Bemühen erkennen, daß der Tod bereits eingetreten war. Die Leiche wurde nach Feststellung der Persönlichkeit zunächst nach der elterlichen Wohnung und von dort später nach dem Schauhaus gedrückt.

Bei einem Wirtshaus-Diebstahl ertrank wurde am Sonntag-nachmittag in Grünau ein Schlächtergehele Rogge. Er wurde ab-gelacht, als er im Begriff stand, mit je einem Dutzend Messer und Gabeln zu verschwinden. Auf dem Polizeibureau fand man bei ihm auch noch eine wertvolle goldene Uhr und zwei Hundertmark-Scheine.

Bei einer Benzinexplosion verbrannte sich am Montag-nachmittag die 12-jährige Franziska Kaul, Tochter des Tischlers K., der Adolferstraße 60 im dritten Stock des rechten Seitenflügel wohnt. Seine Frau ist seit zwei Tagen verstorben, so daß drei kleinere Kinder im Alter von 1/2 bis 9 Jahren tagsüber der Obhut der Franziska anvertraut waren. Kurz nach Mittag wollte das Mädchen Feuer in der Küche anzünden und goß — weil die Preßhölzer nicht brennen wollten — aus einer Fänsfroschflasche Spiritus auf die Kohlen. Unter heftigem Knall explodierte hierbei die Flasche und der erzeugte Luftdruck zertrümmerte die Fensterläden, die Knurren in den Hof stürzte. Gleichzeitig drangen glühende Dampferne aus dem dritten Stock und eine im gegenüber-liegenden Seitenflügel wohnende Frau sah zu ihrem Schrecken das Mädchen in eine Feuerfalle gerät. Die Treppe herabstürzen. Der zufällig auf dem Hofe anwesende Werkmeister Krämer und der Portier Lafelt stürzten nach oben und fanden die Franziska brennend auf der zweiten Treppe liegen. Sie gossen dem Kinde einige Eimer Wasser über den Körper und löschten die Flammen. Während nun Lafelt dem Mädchen, dem alle Kleider wie Funder vom Leibe fielen, auf den Armen noch dem nahe gelegenen Krankenhaus Verhauken trug, rettete Krämer dessen keine halb-jährige Schwester aus der bereits total verqualmten Stube und löschte den Küchenbrand noch vor Ankunft der Wehr ab. Die er-littenen Brandwunden der Franziska sind sehr schwere, so daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird.

Einem tödlichen Ausgange hat ein Baumsturz genommen, der sich am Donnerstagnachmittag in der Ludenerstr. 19 ereignete. Der 86 Jahre alte verheiratete Bauarbeiter Gustav Müller aus der Dunderstr. 86, der infolge eines Fehltritts zwei Stock hoch vom Gerüst herabfiel, ist an einem Schädelbruch und inneren Ver-letzungen im Krankenhaus am Friedrichshagen gestorben.

Durch einen Sturz vom Wagen verunglückte am Sonnabend-abend um 7 Uhr der 39 Jahre alte Kollereibesitzer Wilhelm Kauter aus der Schützstr. 50. Kauter war mit mehreren Wagen nach Pantow gefahren, um Grünfutter zu holen. Oben auf einer Gras-ladung sitzend, fiel er bei einem Zusammenstoß der Wagen herab und zog sich so schwere innere Verletzungen zu, daß man ihn mit einem Krankenwagen nach der Charité bringen mußte.

Ihr Kind und sich selbst zu ermorden, versuchte gestern früh um 1/2 Uhr die 96 Jahre alte Frau des früheren Fleischer's, jetzigen Bekleidungs-Relovsky, Minna geb. Piele, aus der Anklamer-strasse 15. Die Leute sind erst seit zwei Jahren verheiratet und haben eine noch nicht ganz ein Jahr alte Tochter Elisabeth. Vor-gefallen machten sie mit dem Verein der Pommeren einen Ausflug nach Schildhorn. Auch das Kind nahmen sie mit. Wegen Abend wurde geizig. Da forderte nun eine dem Ehepaar bekannte Frau A. auf, auch mit ihr einmal zu tanzen. Er entsprach der Aufforderung ebenso arglos, wie sie gestellt war. Frau A. aber geriet in maß-lose Eifersucht. Vor einigen Tagen war ihr Mann einmal eine

Nacht weggeblieben; er hatte einen Salat gepfeffelt und dann durchgeschneidelt. Sofort fand es nun bei ihr fest, daß er den Salat und die Meiseerei nur vorgeschießt habe und daß er in Wirklichkeit jene Nacht bei der Frau gewesen sei, die jetzt mit ihm tanzt. Das sagte sie ihrem Manne laut, als sie vom Ausfluge zurückkehrte und um 11 1/2 Uhr vor dem Hause Anklamerstraße 15 angekommen waren. Wenn er nicht mache, so schreie sie ihn auf der Straße an, daß er in die Wohnung hinaufkomme, so werde sie ihm auf der Stelle eine Flasche an den Kopf schlagen. Um nicht weiter Aufsehen zu erregen, und in der Erwartung, daß seine Frau ihm folgen werde, schloß Rekowski die Haustür auf und ging hinein. Die Frau aber folgte ihm nicht, sondern lief mit dem Kind weg, irrte einige Stunden umher und kam schließlich um 1/2 Uhr an den Nordhafen. Hier stieg sie über das Geländer, um sich mit dem Kind auf dem Arm in das Wasser zu stürzen. Ein Schutzmann des 5. Reviers jedoch, der ihr Gedahren wahrgenommen hatte, sprang in diesem Augenblick hinzu, rief die Frau zurück und brachte sie, da sie sich augenscheinlich in krankhafter Aufregung befand, mit dem Kind noch der Charité. Die Frau, die abermals einem Ereignis entgeht, wird wegen versuchten Kindesmordes als Polizeigefangene gehalten.

Bei einem Zusammenstoß zwischen seinem Zweifüßer und einem Zweirad schwer verunglückt ist in der Nacht zum Montag der 30 Jahre alte Sattlermeister Karl Wensky aus der Schmalerstraße 9. Wensky machte vorgestern mit seiner 21 Jahre alten Frau einen Ausflug nach Erkner. Auf der Heimfahrt begegnete dem Paar kurz vor Mitternacht in der Nähe von Johannisdahl an der Straße, die Johannisdahl mit Wilhelmshagen verbindet, ein anderer Radler. Dieser fuhr mit seinem Zweirad den Zweifüßer so heftig an, daß er umfiel und schwer beschädigt wurde. Wensky, der vorn saß, stürzte rückwärts, fiel auf den Hinterkopf und blieb bestimmungslos liegen, seine Frau fiel auf die Seite und kam mit einer leichten Verletzung am linken Ellenbogen davon. Der Radler, der das Unheil angerichtet hatte, kümmerte sich um die Verunglückten nicht im geringsten, sondern jagte davon und entkam flüchtig. Von andern Radfahrern erhielten die Verunglückten später Hilfe. Ein Arzt, der sich unter ihnen befand, legte Wensky, der sich eine schwere Gehirnerschütterung zugezogen hat, einen Kotverband an. Unterhalb Stunden mußten der Schwerverletzte und seine Frau auf eine Transportwagen nach Berlin zu kommen. Dann hielt ein Gendarm, der benachrichtigt worden war, ein noch der Markthalle fahrendes Fuhrwerk an und veranlaßte es, sie mitzunehmen. Von der Sanitäts- und Rettungswache am Görtzler Bahnhof wurde sodann Wensky mit einem Rüstschienen Rettungswagen nach dem Krankenhaus Wehmannen gebracht. Hier liegt er sehr schwer darnieder.

Dem Richter entzogen hat sich der 42 Jahre alte Schneider Gustav Goemann aus Spandau, indem er sich im Untersuchungsgefängnis zu Raabitz erkängte.

Eine Wanderung durch die Weltlandstellung von Paris. Das ist gegenwärtig das Repertoire der Urania in der Taubenstraße. In 150 Bildern, die durch den großen Projectionsapparat vorgeführt werden, erhält der Zuschauer einen Einblick in die Wunder der Ausstellung dieser großartigen Schöpfung menschlicher Kunst und Schaffenskraft. Wir durchwandern die wichtigsten Punkte und an den schönsten Aussichtspunkten ein Bild der Gesamtentwicklung, deren, was Wissenschaft, Kunst und Industrie in ebem Wettstreit hervorgebracht haben. Als liebenswürdiger Führer dient und hierbei Herr Franz Görlz in seinem Vortrag, der da, wo die bildliche Darstellung und im Stich läßt, in anregender Schilderung das Beklebende ergänzt. Denn so schön die Aufnahme der Kunstwerke in ihrem Innern sowie in ihrem Äußeren gelungen ist, es fehlt ihnen der Farnreiz, die Wirkung jener feinsten Beleuchtung, die das Entzückte jedes Besuchers hervorruft. Aber wir erkennen dankbar an, daß das so beliebt gewordene Institut sonst seine Aufgabe in bester Weise gelöst hat.

Hundertmeilen-Rennen in Friedenau. Zum Glück waren es nur hundert englische Meilen, gleich 160,9 Kilometer, also eine Strecke, so lang wie von Berlin nach Leipzig. Die Fahrt wurde am Sonntag von dem Sieger, dem Münchener Th. Kobl, bei einer Temperatur von 35 Grad Wärme in 3 Stunden 8 Minuten 36,4 Sekunden zurückgelegt. Ein Schnellzug gebraucht zu der erwähnten Fahrt von hier nach Leipzig 3 Stunden und 23 Minuten. Die tausend Meilen, die dem Sieger zuzueilen, sind allerdings ein respektables Stück Geld, und bei dem geistigen Wettkampfe, zu dem ein Teilungsbetriebsredakteur verdammt ist, erst in etlichen Monaten zu holen. Vom Fahrerarbeiter, der bei angestrengter Accordarbeit oft ein volles Jahr gebraucht, um tausend Meilen zu verdienen, ganz zu schweigen. Aber wer dem vorgerichtigen Jagen auf Leben und Tod zuseht, wird bei alledem dem Sieger seinen Preis nicht misgönnen. Drei Stunden in rasender Hast hinter dem bengalisch-indischen Schrittmacher-Apparat umherzugeschleift die Pedale treten, immer rund im Kreise herumfahren, nichts hören und nichts sehen und an nichts denken, als an die fünf Konkurrenten, die sich zu gleichem Zweck trainiert haben, das muß entsetzlich sein. Und nun die Gefahren, die hinter hundert Fußfalligkeiten lauern, und die Mitleidslosigkeit, mit der das vieltausendköpfige Publikum die Rennfahrer betrachtet. Es waren zwanzig Runden zurückgelegt worden, als ein „Accident“ eintrat. Dem Sieger in dem vorigen Rennen, dem Amerikaner C. Kles, war der Luftreifen platzt; der Mann stürzte kopfüber die Bahn hinab, überschlug sich ein paar Mal im Grase und blieb dann bestimmungslos liegen. In langen, schmalen Streifen räumte ihm das Blut am Arm und Bein entlang; Samariter brachten den also unheimlich auf der Zahl der Mitbewerber Ausgeschickenen auf einer Tragbahre zur Bahn hinaus, während die Konkurrenten unaufhaltsam weiter stürmten. Was sollten sie auch anders? „Bravo Kobl!“ „Gut gespielt. Kobl!“ rief es jetzt. Kobl hatte nämlich in der letzten Runde ausgelegt. Bei der 108. Runde glückte es ihm, die Führung zu bekommen; unter ungeheurem Jubel des patriotisch-führenden Publikums ist es dem Deutschen gelungen, den Engländer Walters zu überholen. Zwar giebt sich dieser so leicht nicht verloren; ein paar Mal kämpft er noch mit einzigem Erfolg gegen den Münchener, doch ist die Mühe auf die Dauer vergebens. Die geübten Schrittmacher des zum Glück nicht gefährlich verletzten Kles eilen dem bedrängten Stammesgenossen zur Hilfe; aber dies Mittel wird vom Publikum nicht für lair angesehen, und unter lebhaften Protesten müssen sie sich zurückziehen. Kobl bleibt von nun ab Führer. Er drückt den Brusttaster-Welktreter und häuft so neue Ehren auf sich. Allerdings, ganz aus eigener Kraft ist er nicht Sieger. Auf der Rennbahn zeigt sich, als factum erfreuliches Schauspiel neben dem mörderischen Hasen, was ein glückliches Familienleben wert ist. Frau Kobl, eine sympathische Dame, kniet vor ihrer Maritische, in der sich allerhand Lederbissen und Nahrungsmittel aufbewahrt finden. Bald bereitet sie ihrem Gatten einen stärkenden Trank, bald rührt sie Ei und Zucker für ihn zusammen, bald trinkt sie einen Schwamm mit Wasser. Es erfordert einiges Geschick, diese Spenden dem Fahrer zuzuführen; noch mehr Mühe mag es kosten, die Gaben zu verwerten, ohne daß man am Tempo einbüßt, wie es Walters verschiedentlich passierte. Endlich ist die Anal zu Ende. Der mit Jubel begrüßte Kobl hat elf Runden vor Walters voraus. Diesem folgt eine halbe Runde zurück Röcher-Friedenau. Weiter wird Kaefer. — Ob das Publikum wirklich Freude an diesem Rennen hatte? Wir wollen wünschen, daß die Rennbahnverwaltung ihre Matadorens hinfür mit allzu ausgebreiteten Arbeiten versehen.

Dem Hundertmeilenrennen gingen Fliegerrennen voraus, die wie folgt verliefen: Großes internationales Hauptfahren. Distanz 1000 Meter. Seidl 1. (1 Min. 40.1 Sek.) Huber 2. Rindner 3. Unpl. — Wächner. — Tandem e Hauptfahren. Distanz 3000 Meter. Zwei Vordränger. Entscheidungslauf; Wächner-Kaefer 1. (4 Min. 30.2 Sek.) Green-Vocquillon 2. Huber-Seidl 3. Unpl. Rindner-Studela.

Der Orgelvortrag, welchen Herr Musikdirektor Otto Diemel, Mittwoch, den 18. Juli, mittags 12 Uhr, bei freiem Eintritt in der Marienkirche hält, wird durch Herr Gerzab Rauisch, Herr Lotte Diemel, Herr Martha Wiedendor, Herr Alex. Curt, Herr Karl Knoch und Herrn

Organist Wilhelm Schmidt unterstützt. Es werden Quartett-Lieder, Ariens und Orgelkompositionen von Bach, Mendelssohn, Rheinberger, Beethoven, Michele Costa, Carlsmann, Blümmner, Paul Blumenthal, Diemel u. a. aufgeführt.

Die Orgelvorträge am Mittwoch, den 25. Juli und 1. August sind nach Konzert.

Für die Besuche der „Trepion-Strawarte“ werden am Dienstag und Mittwoch nach 12 Uhr 20 Minuten und 12 Uhr 40 Minuten noch wegen der günstigen Beobachtungs- und Beobachtung der elektrischen Straßenbahn von Trenzow nach Berlin fahren.

Jungen gesucht. Am Montag, den 2. Juli, wurde auf der nach Prig fahrenden Straßenbahn an der Stadtbahn Brücke ein Mann vom Bordperron herabgeschleudert. Jungen des Vorfalls werden gebeten, ihre Adresse Herrn Julius Strunt, Wilmannsstr. 46, zu übermitteln.

Aus den Nachbarorten.

Paunschnalenweg. Am Mittwoch, den 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Richter, Grünstr. 26, die Versammlung des Socialdemokratischen Vereins „Vorwärts“ statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Th. Wegner über: „Socialdemokratie, ihre Entstehung und ihre Verwirklichung.“

Friedrichsfelde. In der am Donnerstag, den 10. d. M., stattfindenden Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins wird Genosse Victor Fränkel einen Vortrag über „Freimaurer der Justiz“ halten. Der ansehend wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig.

Pankow-Niederschönhausen. Heute, Dienstag, findet die Generalversammlung des Arbeitervereins Pankow-Niederschönhausen bei Großkurth, Berlinerstraße, statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassierers. 3. Wahl der Verwaltung. 4. Verschiedenes.

Das Kreisfest des Arbeiter-Turnerbundes in Nizdorf-Prig nahm einen glänzenden Verlauf. Etwa 2000 Turner und Turnerinnen aus allen Gegenden der Mark waren dem Rufe des Kreisvorstandes zu der Herrshau draußen im und beim Waldhain des Herrn Köderer gefolgt. Uebrigens historischer Boden, der Festplatz; ein Ueberbleibsel der ausgebreiteten, bis Nizdorf herankommenden Waldungen, die der Altmeister der Turnkunst Vater Jahr, oft mit seinen Schülern ausfuhrte. Am Sonntag, der diesmal ein früher Sonntag war, wurden dort bereits in aller Früh Besichtigung und Kraft im friedlichen Wettstreit gemessen, und schon hatte sich auch ein tausendköpfiges, lebhaft interessiertes Publikum eingefunden. Wahrscheinlich ungeladene Gäste aber der große Aus- und Aufmarsch am Nachmittag. Im Hauptquartier bei Philipp Thomas, im weiten Garten des Apollo-Theaters, gegenüber der Vereinsbrauerei, wimmelte es von Turngenossen und -Genossinnen, sowie von festlich gekleideten Arbeitern und Arbeiterinnen, die den Zug durch die Stadt mitwogen wollten. Die Aufführung konnte wegen dieser Fülle nicht im Lokal, sondern mußte in der Jägerstraße erfolgen. Obwohl sich mindestens 5000 Personen den 2000 Turnern anschlossen und andre Tausende in der Hermannstraße und Jägerstraße Spatier bildeten, klappte es vorzüglich. Die beiden Schuppleute, die zu sehen waren, hätten auch noch dahem bleiben können. Bald nach 2 Uhr setzte sich der Zug in Bewegung. Mit Allgondem Spiel ging es durch die Jäger-, die Berg-, die Waller- und die Rudowstraße nach dem Festplatz, wo der große Aufmarsch der Jahnjugend und -Jungfrauen erfolgte. Mit ihren Heftigen Kostümen, die bei den verschiedenen Vereinen sich in Schnitt- und Farbenzusammensetzung unterscheiden, boten sie ein abwechslungsreiches, lebendiges Bild. Den Nachmittag über folgten dann in bunter Reihe die Aufführungen der Männer- und Lehrlingsabteilungen, der Frauengruppen und der Nizdorer -Priger Schüler- und Schülerinnen - Abteilungen. Die Darbietungen fanden den lebhaftesten Beifall der etwa 15000 Teilnehmer. Alles in allem genommen kann man nur sagen: es war ein Volksfest in des Wortes allerbesten Bedeutung. — Abends fand in vier großen Sälen in Prig und Nizdorf der Festball statt.

Die zweite Märkerbahn, wie die neue Pferdebahn-Linie Tempelhofer-Groß-Lichterfelde bereits genannt wird, hatte sich am Sonntag, dem Eröffnungstage, eines überaus lebhaften Ausdrucks zu erfreuen, so daß besonders am Nachmittag und Abend die Wagen stets besetzt waren. Auf der 36 Minuten dauernden Fahrt hat man Gelegenheit, ein großes und vielen gänzlich unbekanntes Stück der südlichen Umgebung Berlins kennen zu lernen und sich wieder einmal davon zu überzeugen, daß in der Nähe unserer Stadt Gegenden zu finden sind, die einen hohen landschaftlichen Reiz haben. Gleich hinter dem Anfangspunkte der Tour an der Ecke der Wellner- und der Prinz Friedrich Straße, beim Tempelhofer „Lidell“, stehen sich zu beiden Seiten der Föhrenstraße Kornfelder entlang, deren goldene Reiftracht daran erinnern, daß die Erde nahe bevorsteht. Sehr hübsch von hier aus über die Felder hinweg ist der Blick auf Mariendorf und Marienfelde, deren Häuser zur Linken in der Ferne aufstehen. Hinter Marienhöhe biegen die Wagen zur Rechten in das schöne Süden ein, das wir in einem Zuge vollständig durchfahren, worauf dann wieder in die Chaussee, die wir bei Marienhöhe verlassen haben, eingelenkt wird. An Feldern vorbei kommen wir nach Pankow und durchfahren dieses uralte Dorf, das sich seinen ländlichen Charakter zum größten Teil noch vollständig erhalten hat, ebenfalls. Nach etwa 10 Minuten stoßen wir wieder auf unsere alte Chaussee, nachdem wir uns zuvor noch über den vorzüglichen Stand des Hafens auf der Zandwiger Feldmark gefreut haben. Unter schattenspendenden Kastanienbäumen hinweg und an Gärten und Landhäusern vorbei gelangen wir dann nach Groß-Lichterfelde-Ost, wo unsere interessante Fahrt gegenüber dem Bahnhof ihr Ende erreicht.

Die an der Dresdener Bahn zwischen Berlin und Jossen gelegenen Vororte, welche sich ihren ländlichen Charakter noch fast bewahrt haben, und mit den vorortlichen leicht zu erreichen sind, können jetzt bei den Vereinen immer mehr in Aufnahme. S. A. b. e. n. d. e., Marienfelde, Marienfelde und auch Lichterfelde sind schon längst sehr beliebte Ausflugsorte, die besonders an Sonntagen das Ziel zahlreicher Besucher bilden. Neuerdings hat sich diese Vorliebe nun ganz besonders auch dem darüber hinaus gelegenen 21 Kilometer von Berlin entfernten Pankow zugewendet, einem recht schönen Dorfe, an welches unmittelbar ein ausgedehnter Landwald mit sehr schönen Beständen grenzt. Auch der durch seine prächtige Lage bekannte Rangsdorfer See ist auf bequemem Wege in kurzer Zeit von Pankow aus zu erreichen, das außerdem vor allem durch seine ländliche Stille zu längerem Verweilen einlädt. Eine besondere Lebenswürdigkeit aber ist das in Weßig der bekannten Berliner Architekten Ende und Voedmann befindliche Dahliwiger Gut, auf welchem der elektrische Betrieb in vollem Umfang eingeführt worden ist und die elektrische Kraft sogar zum — Melken der Kühe verwendet wird. In der nächsten Zeit wird sich in Pankow, das schon jetzt von Dablern und Naturfreunden viel aufgesucht wird, auch eine rege Bauhätigkeit entfalten, da in der Nähe des Bahnhofes und an der Chaussee bereits eine ganze Anzahl von Baustellen erworben worden sind.

„Es ist erreicht!“ — so laut der socialdemokratische Agitationsverein für Groß-Lichterfelde andrücken, auf dessen Bekundung vom 23. Juli 1897 über den Amtsversteher in Pankow die Antwort seitens des Landrats des Kreises Teltow nunmehr am 13. Juli 1900 bei dem derzeitigen Vorsitzenden des genannten Vereines eingetroffen ist. Und das überhaupt noch drei Jahre nach eine Antwort einliefe, das ist wohl nur der Bekundung an den Regierungspräsidenten zu danken, die sich gegen den säumigen Landrat richtete. Das Verlegenheitszustand, dessen meistfachste diplomatische Formulierung allerdings ganz aus drei Jahre zu seiner Fertigstellung gebraucht haben kann, ist recht charakteristisch für unsere Rechtszustände.

„Es ist erreicht!“ — so laut der socialdemokratische Agitationsverein für Groß-Lichterfelde andrücken, auf dessen Bekundung vom 23. Juli 1897 über den Amtsversteher in Pankow die Antwort seitens des Landrats des Kreises Teltow nunmehr am 13. Juli 1900 bei dem derzeitigen Vorsitzenden des genannten Vereines eingetroffen ist. Und das überhaupt noch drei Jahre nach eine Antwort einliefe, das ist wohl nur der Bekundung an den Regierungspräsidenten zu danken, die sich gegen den säumigen Landrat richtete. Das Verlegenheitszustand, dessen meistfachste diplomatische Formulierung allerdings ganz aus drei Jahre zu seiner Fertigstellung gebraucht haben kann, ist recht charakteristisch für unsere Rechtszustände.

Weseid

auf die an den Herrn Regierungspräsidenten gerichtete Beschwerde vom 22. Mai er.

Die von Ihnen benutzte Angelegenheit war bereits bei Eingang der Beschwerde des damaligen Vorsitzenden des socialdemokratischen Agitationsvereins für Groß-Lichterfelde-Lanzwig, am 23. Juli 1897, Gegenstand amtlicher Erörterung, die zu dem Ergebnis gelangte, daß die Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung der fr. Versammlung hätte erteilt werden müssen. Daraufhin ist das Erforderliche verfügt worden. Das 1. St. zu der Versammlung bestimmte Lokal war bis dahin zu öffentlichen Versammlungszwecken noch nicht hergegeben und der in Frage stehende Raum war ein hauptzwecklich zu Restaurationszwecken genehmigter Anbau von mäßigen Dimensionen. Ob derselbe den Anforderungen der Polizeiverordnung vom 15. November 1889 entsprach, war nicht festgestellt, weil der Besitzer die im § 84 dieser Verordnung vorgeschriebenen Unterlagen der Polizeibehörde rechtzeitig eingereicht hatte. Diese war daher auch nicht in der Lage, die zulässige höchste Besucherzahl für den fr. Raum festzustellen. Hiernach verbot sich aus Sicherheitspolizeilichen Rücksichten die Abhaltung der Versammlung.

(Unterschrift unleserlich)

Der Bescheid widerspricht den altenmäßigen thatsächlichen Feststellungen. Es war nicht eine öffentliche, sondern nur eine Vereins-Versammlung angewendet. Der Amtsversteher v. Milinowski schrieb darauf, daß er keine Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung ausstellen konnte, weil ihm das Lokal nicht bekannt sei.

Von einem Verbot aus Sicherheitspolizeilichen Gründen war nirgends die Rede und konnte auch keine sein, weil ja doch dem Herrn Milinowski das Lokal, wie er selbst sagt, nicht bekannt war. Es erfolgte dann die Auflösung der Vereins-Versammlung durch den Polizeibeamten, weil ihm die Anmeldebefcheinigung, die gefehlt und rechtswidrig verweigert worden war, nicht vorgelegt werden konnte. Wenn ferner in dem Bescheid behauptet wird, daß der Besitzer des betreffenden Saals der Polizeiverordnung vom 15. November 1889 nicht nachgekommen sei, so wollen wir bemerken, daß in dem seitens des Herrn v. Milinowski gegen den Vort Herrn Zehmann angehängten Strafprozeß letzterer in allen Instanzen freigesprochen und die Kosten inklusive der Verteidigung der Staatskasse auferlegt wurden. Wir finden es sehr begreiflich, daß diesen Thatsachen gegenüber die Abfassung des landräulichen Elaborats mit einigen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Wird auch gegen diesen Bescheid des Landrats weitere Beschwerde erhoben werden, so ist die juristische Bezeichnung, die Herr v. Milinowski zu teil wurde, ganz schätzenswert. Künftig wird der Herr die Anmeldungen von Versammlungen ordnungsmäßig befeinigen müssen. Vielleicht gelingt es uns weiter, in dem Herrn Amtsversteher in nächster Zeit einen Gegner der Socialdemokratie zu finden, der sich beschäftigt, den Kampf für die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung vollkommen innerhalb der vom Gesetz gezogenen Schranken zu führen.

Röyent. Die Liste der stimmfähigen Bürger für das Jahr 1900 liegt vom 18. bis 30. Juli d. J. im hiesigen Magistratsbureau Zimmer Nr. 3 öffentlich zu jedermanns Einsicht aus. Stimmberechtigt ist derjenige, welcher sein Bürgergeld, gleichviel ob 2, 12, 16 oder 18 M. bezahlt.

Da in diesem Herbst die Neuwahlen zur Stadtvertretung vorgenommen werden und auch die im Verwaltungsvortragsverfahren angeforderte Wohl vom Jahre 1898 hoffentlich bis dahin endgültig vom Oberverwaltungsgericht entschieden sein wird, so ist es die Pflicht eines jeden Parteigenossen, sich davon zu überzeugen, ob er auch in der Liste aufgeführt ist. Für diejenigen, welche nicht in der Liste sind, selbst die Liste nachprüfen, haben sich folgende Genossen bereit erklärt, die Liste einzusehen: Aug. Kockly, Gastwirt, Riegelheimerstr. 2; Franz Weber, Eisengroßhandl., Grünauerstr. 2; Albert Stippeloh, Gastwirt, Schönerlinderstr. 5.

Vermishtes.

Eisenbahnunfall. Am Sonntagnachmittag fuhr der 7 Uhr 13 Minuten von Tharant fällige Personenzug bei der Einfahrt in die Mittelhalle des Hauptbahnhofs in Dresden so heftig an den dortigen Gleisendpuffer an, daß die Zugmaschine und der nachfolgende Aufsitzwagen mit je einer Rge entgleiste. Durch den starken Anprall erlitten fünf Reisende und drei Schaffner ganz leichte Verletzungen. Eine Verlethung trat nicht ein. Der Unfall ist anscheinend durch verheißene Anwendung der in diensttätigen Zustände befindlichen Luftbremse verursacht worden.

Eine lebhafte Bewegung gegen die Stierkämpfe macht sich gegenwärtig in Barcelona bemerkbar. Der Bischof Montflore Morgados ist sehr entrüstet, weil einige Priester ohne seine Erlaubnis die neue Stierkampfarene segneten. Die Priester sollen streng bestraft werden. Die Gesellschaft zum Schutze der Tiere und Pflanzen organisiert ein Meeting gegen die Stierkämpfe. Man will vor allem gegen die städtischen Behörden protestieren, weil auf dem Thor der neuen Arena das städtische Wappen prangt. Die demokratische Presse unterstützt diesen neuen Kreuzzug, und die Arbeitervereine wollen alle Mitglieder, die hinfür Stierkämpfen beizuwonen wieder, aus ihren Reihen ausschließen. Die meisten „corridos“ finden daher vor leeren Bänken statt, und die meisten Stierkämpfe werden niedergestrichelt. Die Bewegung gegen die Stierkämpfe ist — separatistischer Natur; man will Catalonen auch in dieser Hinsicht von den „Freunden“ (das sind die andern Spanier) befreien.

Marktpreise von Berlin am 14. Juli 1900

nach Ermittlungen des nat. Polizeipräsidiums.

Ware	Qualität	Preis	Ware	Qualität	Preis
Weizen, gut	D. Gr.	—	Kartoffeln, neue, D. Gr.	—	14 — 6
" mittel	"	—	Rindfleisch, Rente 1 kg	—	1.60 1.20
" gering	"	—	" do. Rendel	—	1.30 1.—
7) Roggen, gut	15 —	—	Schweinefleisch	—	1.60 1.10
" mittel	"	—	Kaltfleisch	—	1.60 1.—
" gering	"	—	Dammelfleisch	—	1.60 1.10
Gerste, gut	15.20	14.80	Butter	—	2.00 1.80
" mittel	14.70	14.30	Eier	60 Stck	3.50 2.20
" gering	14.20	13.90	Käse	1 kg	—
8) Hafer, gut	16.80	16.50	Kale	—	2.80 1.40
" mittel	16.40	16.10	Honer	—	2.80 1.20
" gering	16.00	15.70	Dechte	—	2.40 1.20
Milchstroh	6.15	5.82	Beichte	—	1.80 0.80
Heu	7.70	5.50	Salze	—	2.40 1.20
Gras	4.0 —	25 —	Welle	—	1.40 0.80
Eisenschienen	45 —	25 —	Arbeits	per Stck	20 — 2.50
Eisen	70 —	30 —			

*) ab Bahn. 7) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 16. Juli. Heute machte sich auf dem Getreide- markt die Thatsache, daß in Bezug auf die Wintergetreide gerade des Gegenteils der gestellten Prognosen eingetreten war, in Gestalt eines bedeutenden Preisrückgangs und einer fast absoluten Gleichzeitigkeit geltend. Die Spekulation ist offenbar momentan in der Verwirrung der für die Preisgestaltung gegebenen Momente irre geworden und hielt sich heute vom Preisgeschäft zurück. Die Ueberger brachten an Frühmarkt trotz des fortwährend schon trockenen Wetters und durchweg harter Anstandsbedingungen noch eine gewisse Blicke; man wollte erst die Speisekammer der nächsten Wochen abwarten, die möglicherweise auf Grund des nicht beständigen Saatensandes-Berichts weniger Rau hätten ausfallen können; als jedoch Budapest im Einklang mit allen andern Plätzen wesentlich ermäßigte Weizenpreise brachte, triß am Mittagsmarkt eine forcierte Gossengebung Platz, wobei Weizen 2 M., Roggen 1 M. im Preise verl. Oherien waren wiederum reichlich in veräußertem Roggen vorhanden. Futterartikel folgten fast, wenig verändert: Rindol ohne Unsay.